



Frankfurter Statistische Berichte 2023

Weniger Wohnräume, mehr Fläche: Veränderungen im Frankfurter Wohnungsbestand

Briefwahl als Alternative in der Pandemie: Ausnahme oder fortlaufender Trend?

So hat Frankfurt gewählt – die repräsentative Wahlstatistik
der Bundes- und Landtagswahlen seit 2000

Impressum

Titel	Frankfurter Statistische Berichte 2023
Erscheinungsdatum	November 2023
Herausgeber	Stadt Frankfurt am Main - Der Magistrat - Bürgeramt, Statistik und Wahlen Zeil 3 60313 Frankfurt am Main Telefon: 069 212-71555 Telefax: 069 212-36301 E-Mail: infoservice.statistik@stadt-frankfurt.de Internet: www.frankfurt.de/statistische_berichte
Verantwortlich	Lisa Rühmann
Autoren in dieser Ausgabe	Claus Lucas Letsch Dr. Michael Wolfsteiner Oliver Brücher
Koordination und Redaktion	Nadine Preiß, Dr. Michael Wolfsteiner
Druck	Eigendruck
Nachdruck	ist ausschließlich mit schriftlicher Genehmigung gestattet
ISSN	0177-7351
Schutzgebühr	Euro 7,- (zuzüglich Versandkosten)

Editorial

In den Frankfurter Statistischen Berichten gibt die Frankfurter Statistikstelle im Bürgeramt, Statistik und Wahlen tiefgehende Einblicke in ihre Analysen sowie ihr umfangreiches Datenmaterial. In regelmäßigen Abständen spielen dabei Wahlanalysen verstärkt eine Rolle, so auch in der diesjährigen Ausgabe. Dies überrascht nicht, denn in nur elf Monaten fanden vier Wahlgänge statt.

Eine Ausnahme bildet der erste Artikel, der das Thema Bauen und Wohnen, genauer die Struktur des Frankfurter Wohnungsbestandes beleuchtet. Er stellt diese vor dem Hintergrund der Haushaltestruktur dar, bettet sie vergleichend in den bundesweiten Bestand ein und betrachtet auch die Entwicklung seit der Jahrtausendwende. Darüber hinaus betrachtet der Beitrag von Claus Lucas Letsch die verschiedenen Stadtteile, die zum Teil erhebliche Unterschiede in der Struktur ihres Wohnungsbestandes aufweisen.



Im zweiten Teil des Heftes steht die Entwicklung der Briefwahl im Fokus. Das Hauptaugenmerk liegt auf den letzten Jahren, in denen die Pandemie eine besondere Dynamik im Briefwahlgeschehen hervorgerufen hat. Massiv steigende Zahlen bei den Wahlscheinanträgen bewirkten nicht nur steigende Zahlen bei den Briefwählenden, sondern hatten auch Einfluss auf die Parteiergebnisse, wie Michael Wolfsteiner aufzeigt.

Im abschließenden Artikel wird ebenfalls das Wahlverhalten der Frankfurterinnen und Frankfurter behandelt. Er bietet eine Zusammenschau der Repräsentativen Wahlstatistik von 2003 bis 2023. Eine Entwicklung des Wahlverhaltens verschiedener Wählendengruppen wird erstmals für das Stadtgebiet über einen solch langen Zeitraum aufzeigt. Oliver Brücher macht deutlich, dass es nicht nur Veränderungen gibt, sondern auch Verhaltensmuster den Lauf der Zeit überstanden haben.

Ein Heft wie die Frankfurter Statistischen Berichte 2023 ist nur durch das Zusammenwirken vieler Beteiligter machbar. Insbesondere danke ich den drei Autoren, aber auch allen Mitarbeitenden, die die diesjährige Ausgabe der Reihe möglich gemacht haben. Sollten Sie als Leserin oder Leser Fragen zu einzelnen Artikeln haben oder weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich gerne an die Frankfurter Statistikstelle.

Frankfurt am Main, im November 2023

A handwritten signature in black ink that reads "E. O'Sullivan".

Stadträtin Eileen O'Sullivan
Dezernentin für Bürger:innen, Digitales und Internationales

Den Band „Frankfurter Statistische Berichte 2023“ finden Sie auch im Internet unter www.frankfurt.de/statistische_berichte oder mit dem QR-Code auf dem hinteren Umschlag.



Editorial	I
Weniger Wohnräume, mehr Fläche: Veränderungen im Frankfurter Wohnungsbestand	1
Claus Lucas Letsch	
Briefwahl als Alternative in der Pandemie: Ausnahme oder fortlaufender Trend?	23
Dr. Michael Wolfsteiner	
So hat Frankfurt gewählt – die repräsentative Wahlstatistik der Bundes- und Landtagswahlen seit 2000	35
Oliver Brücher	
Erläuterungen	57





Weniger Wohnräume, mehr Fläche: Veränderungen im Frankfurter Wohnungsbestand

Claus Lucas Letsch

Frankfurts Wohnungsmarkt bereitete den Bürgerinnen und Bürgern bereits in den 1990er-Jahren großes Kopfzerbrechen (Stadt Frankfurt am Main, 2013). Seit dem Beginn der 2010er-Jahre ist dieser für die in Frankfurt Lebenden das größte kommunale Problem (Stadt Frankfurt am Main, 2020; Stadt Frankfurt am Main, 2022). Eine der Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt ist der Nachfrageüberhang, der sich beispielsweise in steigenden Angebotsmieten niederschlägt (Göddecke-Stellmann und Schürt, 2022, S. 5). Treibende Faktoren dieser Entwicklung sind unter anderem Zuwanderungsbewegungen, ein Mangel an verfügbarem und/oder bezahlbarem Bauland und der steigende Anteil kleinerer Haushalte, gleichzeitig aber auch die steigende Wohnkaufkraft der Haushalte und schließlich Modernisierungsmaßnahmen (Göddecke-Stellmann und Schürt, 2022, S. 3).

Die Diskussion um verfügbarem bzw. bezahlbarem Wohnraum hat an Relevanz gewonnen, weil wieder mehr Menschen in die urbanen Räume wandern (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2017, S. 15). Da aber nicht alle Bevölkerungsgruppen die gleichen Wanderungsbewegungen aufweisen, verändert sich die Bevölkerungsstruktur in Frankfurt und damit auch der Bedarf an Wohnraum. Daraus leitet sich die Frage ab: Verändert sich der Gebäudebestand durch den Wohnungsneubau adäquat zur Haushaltsstruktur?

Anstieg kleiner Haushalte und ansteigende Wohnungsgröße

Die Bevölkerungsstruktur befindet sich im Wandel. Im Zensus 2011 wurde ermittelt, dass in der gesamten Bundesrepublik Ein-Personen-Haushalte mit 37,2 Prozent und Zwei-Personen-Haushalte mit 33,2 Prozent die dominante Wohnform darstellen (siehe Tabelle 1). Der verbleibende Rest verteilt sich auf die größeren Haushalte, wobei mit zunehmender Personenanzahl der Anteil kleiner wird. Im Vergleich hierzu wurden für die Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2011 bereits 48,1 Prozent für die Ein-Personen-Haushalte ausgewiesen – fast die Hälfte der Haushalte bestand aus nur einer Person. Der Anteil an Zwei-Personen-Haushalten war mit 27,7 Prozent deutlich geringer. Auch in Frankfurt nahmen die Werte mit zunehmender Personenanzahl im Haushalt ab. Bemerkenswert ist, dass trotz der ansonsten sehr ausgeprägten Differenzen im Bun-

desvergleich die Anteile der Fünf- und Mehr-Personen-Haushalte mit 4,6 Prozent in Frankfurt sehr nah an den 4,8 Prozent im Bund lagen.

Die auf Bundesebene bereits 2011 feststellbaren Tendenzen haben sich zu 2021 deutlich verstärkt. Die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte stellten mit 40,8 bzw. 34,1 Prozent nicht nur zwei Drittel, sondern sogar drei Viertel aller Wohnformen (Statistisches Bundesamt, 2023b). Der Anteil der größeren Haushalte hat klar abgenommen. Nur noch zwölf Prozent der Wohnformen in Deutschland waren Drei-, 9,6 Prozent Vier- und 3,5 Prozent Fünf- und Mehr-Personen-Haushalte. In Frankfurt waren 2021 bereits deutlich mehr als die Hälfte der Haushalte sogenannte „Single-Haushalte“. Mit 24,6 Prozent lag der Anteil der Zwei-Personen-Haushalte noch deutlicher unter dem Bundesschnitt als zehn Jahre zuvor. Der Rückgang der Drei-Personen-Haushalte schrumpfte geringer als in Deutschland, sodass sich die Werte hier etwas annäherten. Der Anteil für die Vier-Personen-Haushalte in Frankfurt veränderte sich kaum und war mit acht Prozent ebenfalls näher am Bundesschnitt. Die größten Haushalte befanden sich in Frankfurt mit 3,7 Prozent auf einer ähnlichen Höhe wie im Bund.

Mit der sich verändernden Bevölkerungsstruktur geht auch eine veränderte Wohnungsnachfrage einher. Immer mehr Menschen lebten entweder alleine in einem Haushalt oder zu zweit in Wohnungen, in denen zuvor mehr Bürgerinnen und Bürger zuhause

Tab.1 Entwicklung der Haushaltsgrößen

Merkmal	2011		2021	
	Deutschland	Frankfurt am Main	Deutschland	Frankfurt am Main
in %				
1 Person	37,2	48,1	40,8	53,1
2 Personen	33,2	27,7	34,1	24,6
3 Personen	14,5	11,7	12,0	10,5
4 Personen	10,4	7,9	9,6	8,0
5 und mehr Personen	4,8	4,6	3,5	3,7

Quelle: Melderegister; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2022; Statistisches Bundesamt 2023b.

waren (Bundeszentrale für politische Bildung, 2021; Umweltbundesamt, 2022). Beim Blick auf die Daten für Frankfurt fällt auf, dass die Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner zwar immer wieder leicht zu- und abnahm, die Größenordnung aber recht klar umrissen war (siehe Tabelle 2). Während sie im Jahr 2001 bei 37,7 Quadratmetern pro Einwohnerin und Einwohner lag, stieg der Wert bis in die Jahre 2008/2009 auf 38,8 Quadratmeter an. Er fiel in den Folgejahren bis 2015 auf 36,9 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf und liegt mittlerweile wieder bei 38 Quadratmeter. Im gleichen Zeitraum bewegte sich der Wert für die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung, wenn man von einer methodischen Änderung 2016 zu 2017 absieht¹, nur in eine Richtung: Er wurde größer. Von 68,2 Quadratmeter in 2001 bis auf 71,5 Quadratmeter im Jahr 2021. Anhand des

¹ Die Datenquelle der Wohnfläche ist von 2001 bis 2016 die städtische Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987. Ab 2017 beziehen sich die Daten auf die Statistische Gebäudedatei.

Tab.2 Entwicklung der Wohnfläche in Frankfurt am Main seit 2001

Jahr	Wohnfläche je ... in m ²	
	Einwohner/-in	Wohnung
2001	37,7	68,2
2002	37,8	68,3
2003	38,1	68,5
2004	38,3	68,6
2005	38,3	68,8
2006	38,6	69,1
2007	38,7	69,3
2008	38,8	69,6
2009	38,8	69,9
2010	38,7	70,1
2011	38,4	70,3
2012	38,1	70,6
2013	37,7	70,8
2014	37,3	71,1
2015	36,9	71,3
2016	37,1	71,6
2017	37,7	71,0
2018	37,9	71,2
2019	37,8	71,3
2020	38,3	71,4
2021	38,0	71,5

Quelle: Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungszählung 1987; Melderegister; Statistische Gebäudedatei.

Tab.3 Wohngebäude 2021

Merkmal	Deutschland		Frankfurt am Main	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Einfamilienhäuser	12 939 452	66,8	28 567	36,0
Zweifamilienhäuser	3 166 047	16,3	10 450	13,2
Mehrfamilienhäuser	3 247 507	16,8	40 295	50,8
insgesamt	19 375 911	100,0	79 312	100,0

Quelle: Statistische Gebäudedatei; Statistisches Bundesamt 2023f.

gleichzeitigen Anstiegs kleinerer Haushalte lässt sich feststellen, dass auch in Frankfurt der Wohnflächenverbrauch eben dieser zunahm. Aufgrund der im Durchschnitt etwa gleichbleibenden Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner ist zu vermuten, dass gerade größere Haushalte in verhältnismäßig kleineren Wohneinheiten lebten.

Deutlich unterschiedlicher Wohnungsbestand in der Bundesrepublik und der Stadt Frankfurt am Main

Der weit überwiegende Teil der Gebäude, in denen wir leben, ist nicht vor kurzem fertiggestellt worden. Selbst die in den letzten fünf Berichtsjahren (2017 bis 2021) fertiggestellten Wohnungen entsprachen nur 4,9 Prozent des in Frankfurt existierenden Wohnungsbestandes (Statistische Gebäudedatei 2023). Bundesweit betrug der Anteil sogar nur 3,3 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2023a). Da durch den Neubau also nur eine recht geringe Veränderung des bestehenden Wohnraums erreicht wurde, ist im ersten Schritt eine Betrachtung des Wohnungsbestandes notwendig.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es 19375911 Wohngebäude (Stichtag 31.12.2021). Deutschlandweit waren zwei Drittel der Wohngebäude Einfamilienhäuser, die restlichen knapp 33 Prozent verteilten sich fast gleich stark auf Zwei- und Mehrfamilienhäuser (siehe Tabelle 3).

Bei der Unterteilung der Wohnungen anhand der Anzahl der Wohnräume von einem bis fünf und mehr Wohnräumen (siehe Infobox, Seite 10), nahm der Anteil der Wohnungen analog mit der Menge der Wohnräume zu (siehe Tabelle 4, Seite 3). Die meisten Wohnungen bestanden aus fünf oder mehr Wohnräumen, während Ein-Raum-Wohnungen bundesweit die geringste Bedeutung hatten.

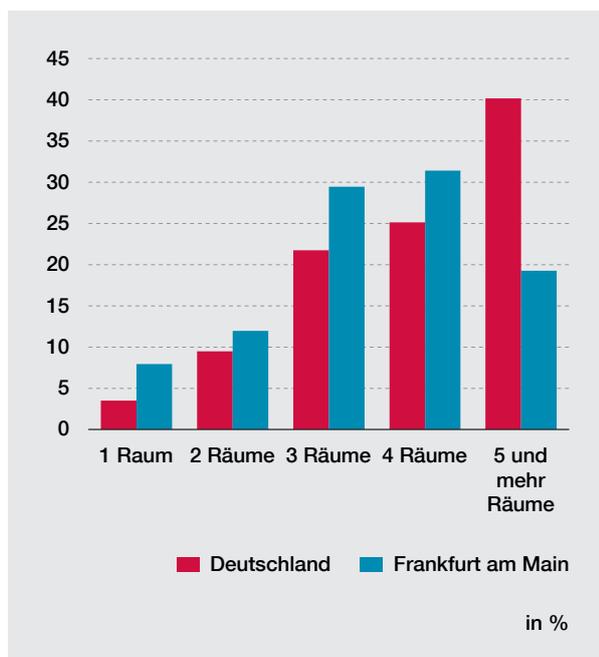
Tab.4 Wohnungen in Gebäuden mit Wohnungen 2021

Merkmal	Deutschland		Frankfurt am Main	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1 Raum	1 501 741	3,5	32 550	7,9
2 Räume	4 077 518	9,5	49 002	11,9
3 Räume	9 370 803	21,8	120 825	29,5
4 Räume	10 830 567	25,1	128 815	31,4
5 und mehr Räume	17 303 493	40,2	79 043	19,3
insgesamt	43 084 122	100,0	410 235	100,0

Quelle: Statistische Gebäudedatei; Statistisches Bundesamt 2023e.

In urbanen Räumen wie Frankfurt am Main unterschied sich die Lage deutlich. Hier waren die Hälfte der Wohngebäude Mehrfamilienhäuser. Etwas mehr als ein Drittel der Wohngebäude waren Einfamilienhäuser und nur etwa ein Achtel waren Zweifamilienhäuser. Auch die Anteile der Wohnungsgrößen war hier wesentlich anders. Die größte Bedeutung kam Vier- und Drei-Raum-Wohnungen zu. Von zehn Wohnungen waren drei Vier- und drei Drei-Raum-Wohnungen. Zwei von diesen Wohnungen waren Fünf- und Mehr-Raum-Wohnungen. Die restlichen zwei Wohnungen teilten sich auf je eine Zwei- und

Abb.1 Wohnungen 2021



Quelle: Statistische Gebäudedatei; Statistisches Bundesamt 2023e.

Tab.5 Gegenüberstellung der Haushalts- und Wohnungsgrößen 2021

Haushalte		Wohnungen	
in %			
1 Person	53,1	1 Raum	7,9
2 Personen	24,6	2 Räume	11,9
3 Personen	10,5	3 Räume	29,5
4 Personen	8,0	4 Räume	31,4
5 und mehr Personen	3,7	5 und mehr Räume	19,3

Quelle: Melderegister; Statistische Gebäudedatei.

eine Ein-Raum-Wohnung auf. Mit 7,9 Prozent hatten Ein-Raum-Wohnungen zwar die geringste Bedeutung, aber ihr Anteil war mehr als doppelt so hoch wie im Bundesschnitt. Auch grafisch ist die unterschiedliche Verteilung der Wohnungen deutlich sichtbar (siehe Abbildung 1).

Insbesondere bei der Gegenüberstellung der Verteilung der Haushalts- und der Wohnungsgrößen fällt auf, dass es einen hohen Anteil kleiner Haushalte gab, gleichzeitig aber kaum kleine Wohnungen (siehe Tabelle 5). Insofern schien die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage sehr deutlich zu sein.

Kleinräumige Betrachtung des Gebäude- und Wohnungsbestandes in Frankfurt am Main

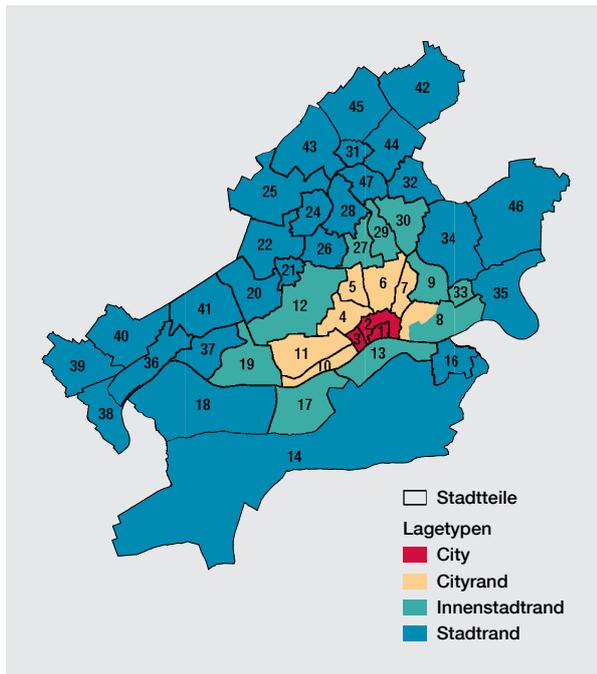
Großstädtische Strukturen sind vielschichtig. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) trägt dem Rechnung, indem in Großstädten (in Zusammenarbeit mit den Kommunen) eine kleinräumliche Einteilung der Lagen erfolgt (Göddecke-Stellmann und Lauerbach, 2021, S. 23). In Frankfurt am Main sind dies die Lagetypen City (z.B. Bahnhofsviertel), Cityrand (z.B. Westend-Süd), Innenstadtrand (z.B. Bockenheim) und Stadtrand (z.B. Rödelheim), wie in Abbildung 2 (siehe Seite 4) zu sehen ist.² Stadtübergreifend werden die Typen City und Cityrand auch als Innenstadt zusammengefasst.

Diese Lagen geben einen ersten Einblick in die Struktur der Stadt, in dicht und eher locker besiedelte Gegenden, solche mit einer Vielzahl an Nutzungen oder auch klassische Wohn-Stadtteile.

Während in den Innenstadt-Lagen die Baustruktur eher geschlossen ist und die Gebäude eine hohe Geschoszahl aufweisen, verändert sich die Gestal-

² Im Rahmen der Analyse wurden die Lagewerte wie folgt codiert: City=1, Cityrand=2, Innenstadtrand=3, Stadtrand=4.

Abb.2 Zuordnung der Stadtteile zu Lagetypen



Quelle: BBSR & Stadt Frankfurt am Main 2023; Raumbezugssystem 2023.

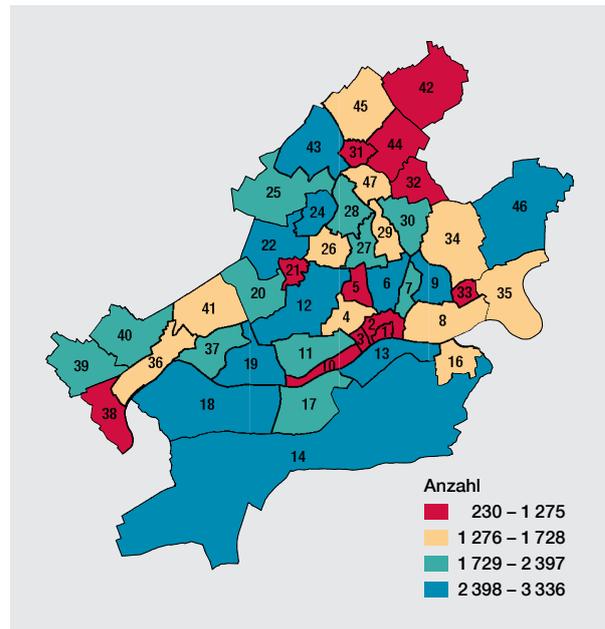
Ein Sonderfall ist der Stadtteil Ostend (8): Hier ist der Stadtbezirk 261 (Osthafen) als Innenstadtrand eingeteilt, die zentrumsnäheren Stadtbezirke 140, 251 und 252 jedoch als Cityrand. Aus methodischen Gründen wird der Stadtteil im Rahmen dieser Analyse dem Lagetyp Cityrand zugeordnet.

Die Struktur in peripheren Stadtteilen lockert auf, die Bevölkerungsdichte nimmt ab und der Anteil an Einfamilienhäusern nimmt zu. Beispiele hierfür waren Nieder-Erlenbach mit 556 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Quadratkilometer und Harheim mit 1 092 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Quadratkilometer.

Je zentraler und/oder dichter, desto mehr Wohnungen pro Gebäude

Betrachtet man Abbildung 3, in der die Gesamtzahl der Gebäude mit Wohnungen farblich dargestellt wird, ist kein Muster erkennbar. Sowohl

Abb.3 Anzahl der Gebäude mit Wohnungen 2021



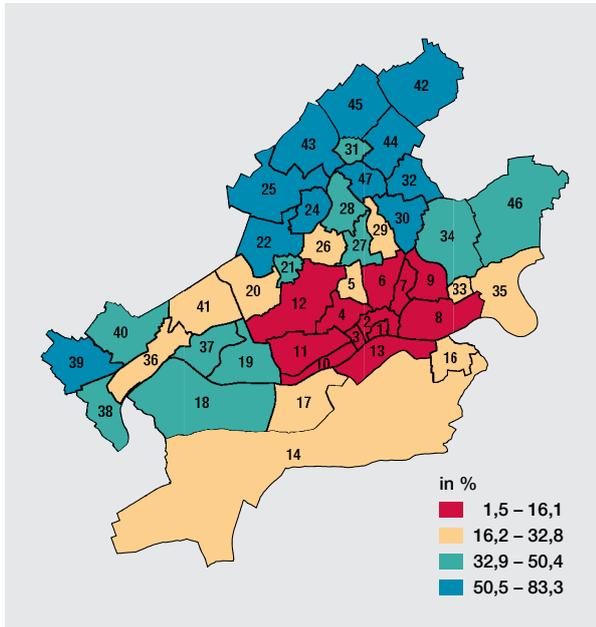
Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

zentrale Stadtteile wie das Nordend-West (2 646 Gebäude mit Wohnungen) als auch periphere wie Kalbach-Riedberg (3 035 Gebäude mit Wohnungen) oder Schwanheim (3 041 Gebäude mit Wohnungen) wiesen hohe Werte auf. Die maximale Anzahl gab es in Praunheim mit 3 336 Gebäuden mit Wohnungen. Besonders niedrige Werte sind auch ohne erkennbare Struktur verteilt: Die wenigsten gab es im Bahnhofsviertel mit 230 Gebäuden mit Wohnungen. Auch in Berkersheim (676), Hausen (760) oder Nieder-Erlenbach (1 189) gab es wenige Gebäude mit Wohnungen.

Für den Anteil der Einfamilienhäuser hingegen ist klar zu sehen, dass der Anteil zum Stadtrand hin eindeutig zunimmt und die höchsten Werte in den Stadtteilen des Frankfurter Nordens zu finden sind (siehe Abbildung 4, Seite 5). Zentrale Innenstadt-Lagen von Bockenheim (9,9 %) bis ins Ostend (4,7 %), dem Nordend-West (10,4 %) bis nach Sachsenhausen-Nord (10,8 %) wiesen die niedrigsten Werte auf.

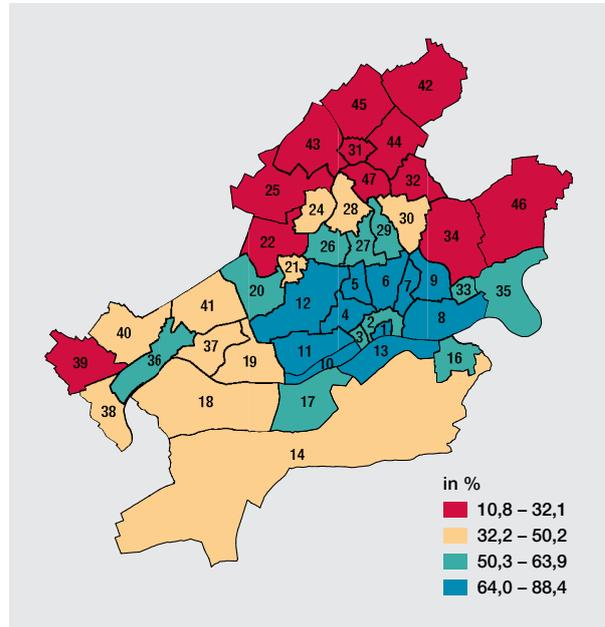
Analog zum Anteil der Einfamilienhäuser ist in den Stadtrand-Lagen auch der Anteil an Zweifamilienhäusern am höchsten – das Quartil mit den höchsten Werten ist ringartig verteilt (siehe Abbildung 5, Seite 5). Sowohl Schwanheim (31,4 %), Bergen-Enkheim (22,6 %), Sindlingen (23,5 %) als auch Nieder-Erlenbach (20,8 %) gehörten zum stärksten Wertebereich. Die niedrigsten Anteile hatten er-

Abb.4 Anteil der Einfamilienhäuser an den Gebäuden mit Wohnungen 2021



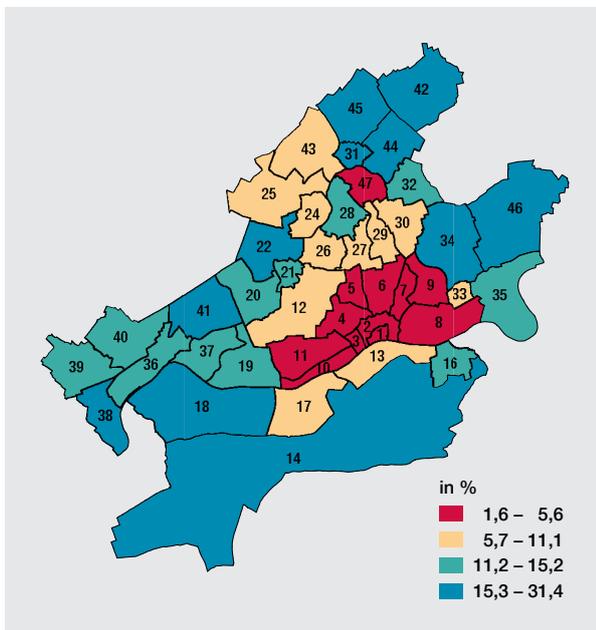
Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Abb.6 Anteil der Mehrfamilienhäuser an den Gebäuden mit Wohnungen im Stadtteil 2021



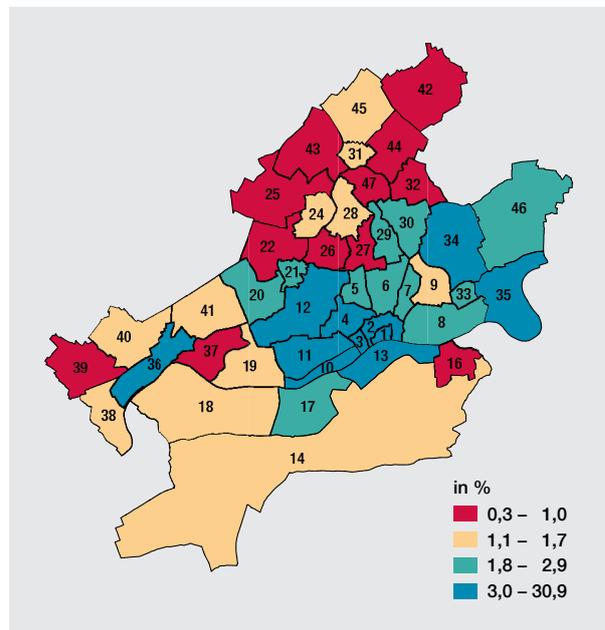
Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Abb.5 Anteil der Zweifamilienhäuser an den Gebäuden mit Wohnungen 2021



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Abb.7 Anteil der Nichtwohngebäude mit Wohnungen an den Gebäuden mit Wohnungen 2021



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

neut die innerstädtischen Lagen sowie der Stadtteil Frankfurter Berg (5,4 %).

Für den Anteil an Mehrfamilienhäusern ist das Verhältnis umgekehrt: Der Wert nimmt in Richtung der Stadtränder ab (siehe Abbildung 6, Seite 5). Beispielsweise lag er in Praunheim bei 22,2 Prozent und in Zeilsheim bei 27,6 Prozent. Den niedrigsten Wert gab es im Stadtteil Frankfurter Berg (10,8 %). Die höchsten Werte traten in der Altstadt (72,3 %) und den Stadtteilen des City- und des Innenstadtrandes auf.

Wohnungen existieren jedoch nicht nur in Wohngebäuden³. Der Indikator „Nichtwohngebäude mit Wohnungen“ trägt diesem Umstand Rechnung. Für die Verteilung des Anteils an Nichtwohngebäuden mit Wohnungen am Gesamtbestand sind aber außer der Zentralität noch andere Muster auffällig (siehe Abbildung 7, Seite 5). Einerseits wiesen zentrale Stadtteile einen hohen Anteil auf, da hier viele Gebäude als Mischform von Büro- und/oder Einzelhandel- und Wohnnutzung gebaut werden (Innenstadt und Bahnhofsviertel je 30,9 %). Insbesondere entlang der großen Ausfallstraßen, beispielsweise der Hanauer Landstraße, gibt es ebenfalls solche Gebäude. Außerdem stachen einige Stadtteile hervor, in denen große Gewerbegebiete existieren: Hier sind Höchst (4,6 %), Seckbach (3,2 %) und Fechenheim (4,5 %) zu nennen. In klassischen Wohn-Stadtteilen am Stadtrand waren die Werte häufig unter einem Prozent, so zum Beispiel in Berkersheim (0,3 %), Ginnheim (0,5 %) oder Niederursel (0,8 %).

Einen Überblick über alle Werte gibt auch die Tabelle 6 (Seite 7).

Bei der Untersuchung der Variablen auf Zusammenhänge zeigte sich, dass der Ein-, der Zwei-, der Mehrfamilienhaus-Anteil, der Anteil an Nichtwohngebäuden mit Wohnungen, der Lagetyp sowie die Bevölkerungsdichte signifikant miteinander korrelierten (siehe Tabelle 7, Seite 8). Der Anteil an Einfamilienhäusern nahm mit dem Anteil an Zweifamilienhäusern und stark mit dem Lagetyp zu. Mit zunehmender Bevölkerungsdichte sowie insbesondere bei einem höheren Anteil an Mehrfamilienhäusern oder einem steigenden Anteil an Nichtwohngebäuden mit Wohnungen fiel der Anteil an Einfamilienhäusern. Ähnliche Zusammenhänge, wenn auch meist weniger stark ausgeprägt, waren zwischen den Zweifamilienhäusern und den ande-

ren Variablen zu erkennen. Der Anteil an Mehrfamilienhäusern nahm mit dem Lagetyp ab und stieg mit der Bevölkerungsdichte sowie dem Anteil an Nichtwohngebäuden mit Wohnungen an. Mit steigendem Lagetyp, also je peripherer ein Stadtteil war, desto geringer war die Bevölkerungsdichte sowie der Anteil an Nichtwohngebäuden mit Wohnungen.

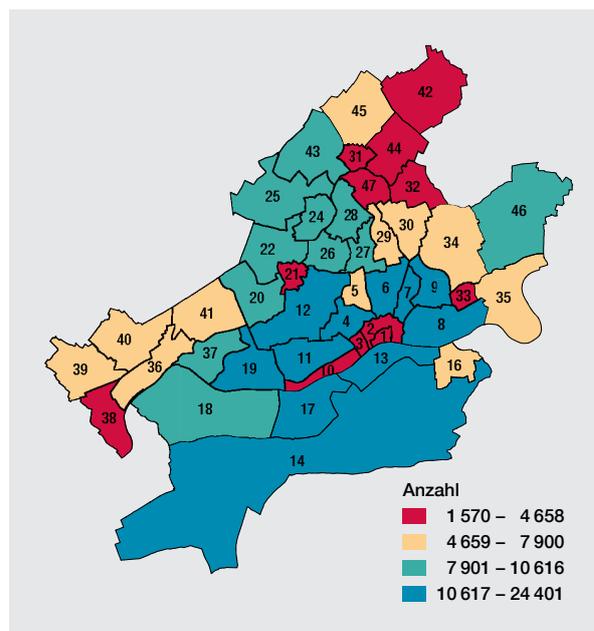
Hoher Anteil kleinerer Wohnungen im Stadtkern

Da die Gebäude alleine aber keine Aussage über die Wohnungen zulassen, werden die Wohnungstypen im Folgenden ebenfalls analysiert. Zuerst wird dabei die Verteilung der absoluten Zahl der Wohnungen betrachtet.

Es fällt auf, dass die höchste Anzahl an Wohnungen sich in den Stadtteilen des City- und des Innenstadtrandes befanden (siehe Abbildung 8). Die Maximalwerte waren in Bockenheim (24 401 Wohnungen), im Gallus (23 606 Wohnungen) und dem Nordend-West (19 622 Wohnungen) zu finden. Die Stadtteile, die zum untersten Quartil gehörten, liegen vor allem im Frankfurter Norden. Die niedrigste Anzahl an Wohnungen gab es in Berkersheim (1 570 Wohnungen), Nieder-Erlenbach (2 230 Wohnungen) und Harheim (2 481 Wohnungen).

Der Anteil an Ein-Raum-Wohnungen ist vor allem in den Stadtteilen hoch, die auf der Ost-West-Achse zentral gelegen sind (siehe Abbildung 9, Seite 8).

Abb. 8 Gesamtanzahl der Wohnungen 2021



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

³ „Ein Gebäude zählt als Wohngebäude, wenn mindestens die Hälfte der Gesamtnutzfläche für Wohnzwecke genutzt wird. Es gibt darüber hinaus Wohnungen in sogenannten Nichtwohngebäuden.“ (Statistisches Bundesamt, 2023d).

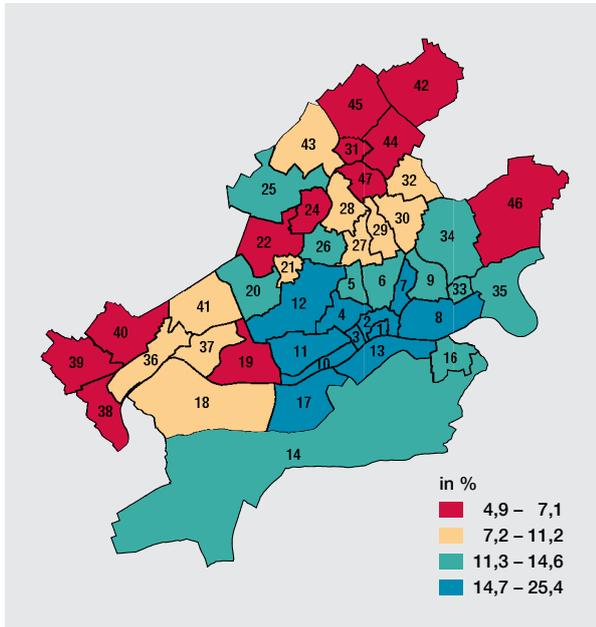
Veränderungen im Frankfurter Wohnungsbestand

Tab.6 Struktur an Gebäuden mit Wohnungen sowie die Bevölkerungsdichte in den Stadtteilen 2021

Nr.	Stadtteil	Gebäude mit Wohnungen					Bevölkerungsdichte pro km ²
		insgesamt	Wohngebäude			Nichtwohngebäude mit Wohnungen	
			Einfamilienhäuser	Zweifamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser		
in %							
1	Altstadt	368	4,3	1,6	72,3	21,7	8 292,5
2	Innenstadt	476	3,8	3,6	61,8	30,9	4 309,2
3	Bahnhofsviertel	230	3,5	3,5	62,2	30,9	6 699,3
4	Westend-Süd	1 524	4,6	3,2	85,8	6,4	7 584,7
5	Westend-Nord	744	19,2	4,2	74,1	2,6	6 178,3
6	Nordend-West	2 646	10,4	5,6	81,5	2,6	9 925,5
7	Nordend-Ost	1 910	9,4	4,4	83,8	2,5	14 811,4
8	Ostend	1 693	4,7	4,0	88,4	2,9	5 307,7
9	Bornheim	2 439	16,1	5,1	77,3	1,5	10 925,0
10	Gutleutviertel	333	1,5	2,4	87,7	8,4	3 787,9
11	Gallus	2 353	9,1	4,0	83,9	3,1	9 350,5
12	Bockenheim	2 951	9,9	10,6	76,4	3,0	5 230,2
13	Sachsenhausen-Nord	2 686	10,8	6,0	79,2	4,1	7 654,3
14	Sachsenhausen-Süd und Flughafen	3 324	32,6	15,9	49,8	1,7	531,0
16	Oberrad	1 314	25,5	14,6	59,1	0,8	4 964,2
17	Niederrad	2 169	23,2	11,1	63,3	2,4	4 571,2
18	Schwanheim	3 041	34,5	31,4	32,9	1,2	1 378,8
19	Griesheim	2 715	38,3	12,8	47,4	1,5	4 511,6
20	Rödelheim	1 866	19,9	15,2	62,6	2,3	4 132,6
21	Hausen	760	42,4	14,3	41,6	1,7	5 841,1
22	Praunheim	3 336	52,0	25,0	22,2	0,8	3 223,6
24	Heddernheim	2 609	56,9	8,0	33,8	1,2	6 792,4
25	Niederursel	1 803	59,7	9,5	30,0	0,8	2 255,2
26	Ginnheim	1 614	25,9	9,7	63,9	0,5	6 229,7
27	Dornbusch	2 397	37,1	11,1	50,8	1,0	7 756,7
28	Eschersheim	2 243	33,8	14,9	50,2	1,2	4 712,1
29	Eckenheim	1 341	31,9	8,9	57,5	1,7	6 268,0
30	Preungesheim	1 839	52,5	8,3	37,4	1,8	4 250,4
31	Bonames	945	50,4	22,0	26,6	1,1	4 629,7
32	Berkersheim	676	56,7	14,8	28,3	0,3	1 207,5
33	Riederwald	646	28,6	6,0	63,6	1,7	5 032,7
34	Seckbach	1 550	40,1	24,7	32,1	3,2	1 307,4
35	Fechenheim	1 617	32,8	12,0	50,7	4,5	2 444,9
36	Höchst	1 555	30,5	11,4	53,4	4,6	3 444,3
37	Nied	2 068	38,3	12,7	48,4	0,7	5 289,5
38	Sindlingen	1 247	38,7	23,5	36,1	1,7	2 244,5
39	Zeilsheim	2 176	57,2	14,4	27,6	0,9	2 290,8
40	Unterliederbach	2 228	49,3	11,4	37,9	1,4	2 811,8
41	Sossenheim	1 728	31,4	22,1	44,9	1,6	2 711,9
42	Nieder-Erlenbach	1 189	64,9	20,3	13,8	1,0	555,6
43	Kalbach-Riedberg	3 035	69,3	6,7	23,2	0,8	3 366,9
44	Harheim	1 275	61,6	20,5	17,2	0,8	1 092,2
45	Nieder-Eschbach	1 726	55,5	17,8	25,6	1,2	1 811,3
46	Bergen-Enkheim	3 302	44,5	22,6	31,0	1,9	1 421,0
47	Frankfurter Berg	1 442	83,3	5,4	10,8	0,5	3 371,0
Stadt insgesamt		81 129	35,2	12,9	49,7	2,2	3 035,0

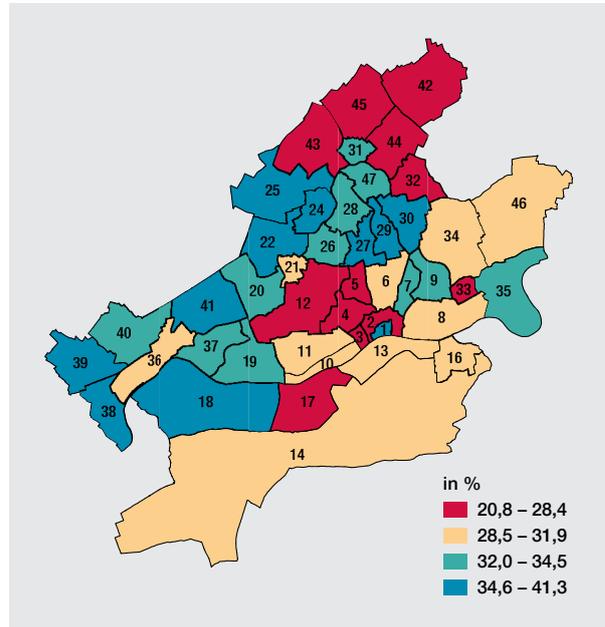
Quelle: Melderegister; Statistische Gebäudedatei.

Abb. 10 Anteil der Zwei-Raum-Wohnungen am Wohnungsbestand 2021



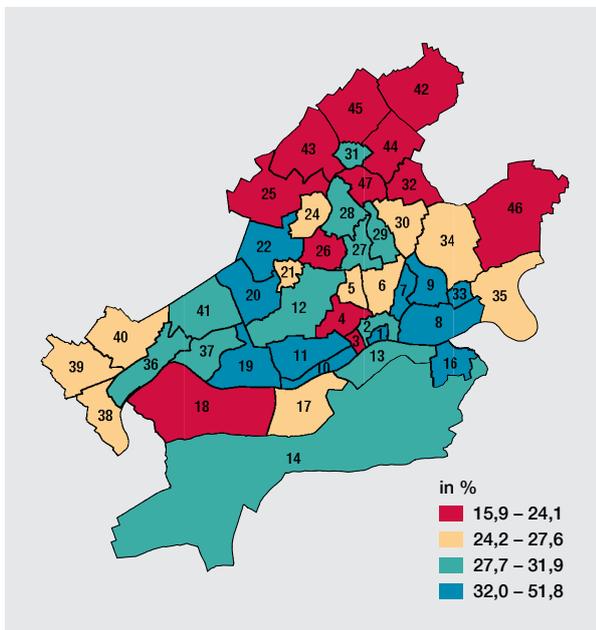
Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Abb. 12 Anteil der Vier-Raum-Wohnungen am Wohnungsbestand 2021



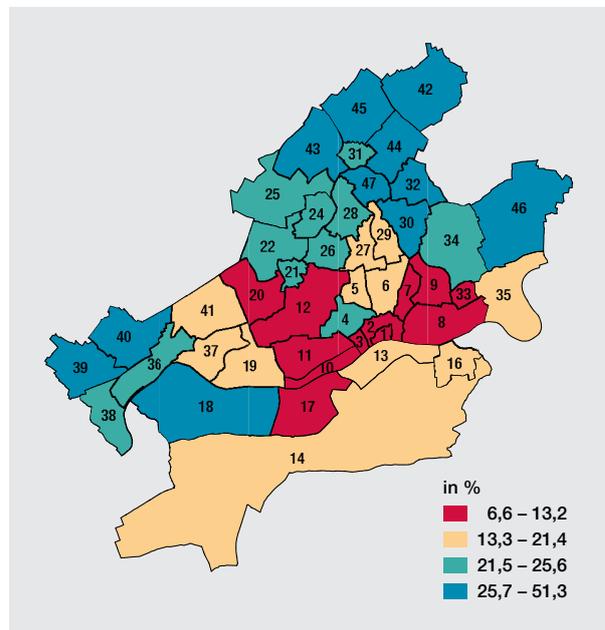
Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Abb. 11 Anteil der Drei-Raum-Wohnungen am Wohnungsbestand 2021



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Abb. 13 Anteil der Fünf- und Mehr-Raum-Wohnungen am Wohnungsbestand 2021



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

ge Werte auffielen, hatten einen großen Bestand an Wohnungen dieses Typs. Hierzu zählten Sindlingen (37,0 %), Zeilsheim (37,4 %) und Sossenheim (38,7 %). Den höchsten Anteil an Vier-Raum-Wohnungen hatte Heddernheim mit 41,3 Prozent. Gerade in zentraleren Lagen wie dem Bahnhofsviertel (20,8 %) und der Innenstadt (22,2 %) gab es deutlich weniger dieser Wohnungen. Auffällig ist auch hier eine räumliche Ballung von Stadtteilen mit einem geringen Anteil im Frankfurter Norden.

Die Stadtteile im Frankfurter Norden fielen bisher vor allem durch niedrige Werte auf. Bei der Betrachtung des Anteils an Wohnungen mit fünf und mehr Wohnräumen spielen diese eine zentrale Rolle (siehe Abbildung 13, Seite 9). Innerhalb dieser Gruppe war fast jede dritte bis jede zweite Wohnung mindestens eine Fünf-Raum-Wohnung. Nieder-Eschbach hatte den geringsten Wert mit 30,8 Prozent, den höchsten erreichte Harheim mit 51,3 Prozent. Das Cluster erstreckt sich vom Norden bis in den Frankfurter Osten, denn auch Bergen-Enkheim hatte einen Anteil von 40,8 Prozent. Ein weiteres Cluster findet sich im Frankfurter Westen: Hier fallen Unterliederbach (27,4 %), Schwanheim (27,6 %) und Zeilsheim (29,8 %) auf. Niedrige Anteile dieser besonders großen Wohnungen hatten vor allem die zentral gelegenen Stadtteile: Das Gallus hatte mit 6,6 Prozent den geringsten Anteil, darauf folgten das Gutleutviertel (7,5 %), die Innenstadt (7,8 %) und die Altstadt (10,3 %).

Einen Überblick über alle Werte gibt die Tabelle 8 (siehe Seite 11).

Auch für den Wohnungsbestand wurde die Berechnung einer Rangkorrelation vorgenommen (siehe

Tabelle 9, Seite 12). Es gab einige eher schwache Korrelationen, die aufgrund der höheren Fehlerwahrscheinlichkeit bei einer konservativen Einschätzung außer Acht gelassen würden. Deutlichere Zusammenhänge gab es zwischen dem Anteil an Ein- sowie an Zwei-Raum-Wohnungen. Der Anteil an Zwei-Raum-Wohnungen und die Bevölkerungsdichte korrelierten ebenfalls miteinander. Zwischen dem Anteil an Zwei- und Fünf-Raum-Wohnungen sowie dem Lagetyp gab es eine starke negative Korrelation. Dieser Effekt war auch zwischen dem Anteil an Drei- und Fünf-Raum-Wohnungen nachweisbar. Außerdem stieg der Anteil an Drei-Raum-Wohnungen mit der Bevölkerungsdichte an. Bei steigender Bevölkerungsdichte nahm der Anteil an Fünf-Raum-Wohnungen hingegen ab. Er nahm aber mit der peripheren Lage zu. Die Bevölkerungsdichte nahm mit einer peripheren Lage ab.

Entwicklung der Bautätigkeit in Deutschland und der Stadt Frankfurt am Main

Nach einer intensiven Betrachtung des Gebäudebestandes zum 31.12.2021 erfolgt ein Blick auf die Baufertigstellungen (siehe Infobox). Diese sind zwar Teil des Bestandes, geben jedoch einen Eindruck darüber, welche Schwerpunkte in der Immobilienbranche für die Entwicklung des Wohnungsangebots gesetzt werden.

Im Zeitraum von 2001 bis 2021 wurden durchschnittlich 247 295 Wohnungen in Deutschland fertiggestellt. Sehr eindrücklich ist der (nahezu) an ein U erinnernde Verlauf der Kurve (siehe Abbildung 14, Seite 12): Das Niveau der Fertigstellungen erreichte im Jahr 2001 mit 326 187 den Höchstwert, während rund um die Jahre der „Finanzmarkt- und Wirtschafts-

Wohnraum

„Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr m² Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten“ (Statistisches Bundesamt, 2023d).

Baufertigstellung

„Erhebungseinheit [der Statistik der Baufertigstellungen] ist das Gebäude beziehungsweise die Baumaßnahme. Unter Errichtung neuer Gebäude werden Neu- und Wiederaufbauten verstanden. [...] Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind bauliche Veränderungen an bestehenden Gebäuden durch Umbau-, Ausbau-, Erweiterungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen. [...] Zur Beantragung einer Baugenehmigung muss ein Statistikbogen ausgefüllt werden, so dass alle Baugenehmigungen und ihnen gleich gestellte Baumaßnahmen erfasst werden. Für all diese Baugenehmigungen muss bei Fertigstellung der Baumaßnahme auch eine Meldung zur Statistik der Baufertigstellungen erfolgen“ (Statistisches Bundesamt, 2023c).

Veränderungen im Frankfurter Wohnungsbestand

Tab.8 Wohnungen 2021

Nr.	Stadtteil	insgesamt	1 Raum	2 Räume	3 Räume	4 Räume	5 und mehr Räume
1	Altstadt	2 764	3,7	15,9	35,3	34,9	10,3
2	Innenstadt	4 658	20,4	21,5	28,1	22,2	7,8
3	Bahnhofsviertel	2 481	18,5	25,4	23,2	20,8	12,1
4	Westend-Süd	12 767	12,6	14,9	23,1	27,0	22,5
5	Westend-Nord	6 251	18,1	14,1	24,1	23,2	20,5
6	Nordend-West	19 622	10,4	13,2	27,5	29,3	19,6
7	Nordend-Ost	14 664	6,2	15,0	33,7	31,9	13,2
8	Ostend	18 013	8,4	17,9	34,3	29,5	11,7
9	Bornheim	18 377	5,9	12,0	37,6	32,9	11,6
10	Gutleutviertel	3 898	10,0	17,9	34,0	30,7	7,5
11	Gallus	23 606	8,4	17,3	39,1	28,7	6,6
12	Bockenheim	24 401	13,3	14,7	31,8	28,4	11,9
13	Sachsenhausen-Nord	19 170	5,2	14,6	30,5	31,9	17,8
14	Sachsenhausen-Süd und Flughafen	17 694	9,3	12,0	29,2	29,2	20,3
16	Oberrad	7 380	7,9	14,6	35,1	28,6	13,8
17	Niederrad	17 110	17,9	15,7	27,6	28,1	10,7
18	Schwanheim	10 157	3,9	8,3	24,1	36,1	27,6
19	Griesheim	10 793	7,9	6,9	32,3	33,4	19,5
20	Rödelheim	10 581	8,9	12,7	32,3	33,6	12,5
21	Hausen	3 428	11,1	8,3	25,4	29,5	25,6
22	Praunheim	8 579	2,6	6,4	33,1	36,2	21,7
24	Heddernheim	8 304	2,6	7,1	26,7	41,3	22,2
25	Niederursel	8 489	9,5	12,5	20,5	35,2	22,4
26	Ginnheim	8 591	6,0	11,7	23,7	34,2	24,3
27	Dornbusch	10 616	3,7	8,6	30,3	36,1	21,4
28	Eschersheim	8 492	3,7	11,2	28,3	33,9	22,9
29	Eckenheim	7 615	5,5	10,0	31,9	34,7	17,9
30	Preungesheim	7 179	5,1	7,7	24,2	35,2	27,8
31	Bonames	3 115	2,5	7,1	31,4	34,5	24,5
32	Berkersheim	1 570	2,2	7,1	18,5	27,5	44,7
33	Riederwald	2 626	0,3	12,0	51,8	24,6	11,2
34	Seckbach	4 934	4,7	11,4	27,6	31,8	24,4
35	Fechenheim	7 900	8,3	11,7	27,6	34,5	17,9
36	Höchst	6 826	4,0	10,3	31,4	31,0	23,3
37	Nied	9 604	7,7	9,1	29,3	33,1	20,7
38	Sindlingen	4 432	6,7	7,0	26,9	37,0	22,3
39	Zeilsheim	5 797	1,2	5,6	26,1	37,4	29,8
40	Unterliederbach	7 817	4,7	6,4	27,0	34,4	27,4
41	Sossenheim	7 518	2,5	9,7	28,2	38,7	20,9
42	Nieder-Erlenbach	2 230	2,8	7,1	18,2	24,0	35,4
43	Kalbach-Riedberg	9 293	9,2	8,3	19,4	27,7	35,4
44	Harheim	2 247	0,9	6,1	16,5	25,1	51,3
45	Nieder-Eschbach	5 617	14,8	5,6	22,4	26,4	30,8
46	Bergen-Enkheim	9 445	1,3	4,9	22,9	30,1	40,8
47	Frankfurter Berg	3 584	5,2	5,1	15,9	32,5	41,4
	Stadt insgesamt	410 235	7,9	11,9	29,5	31,4	19,3

Quelle: Statistische Gebäudedatei.

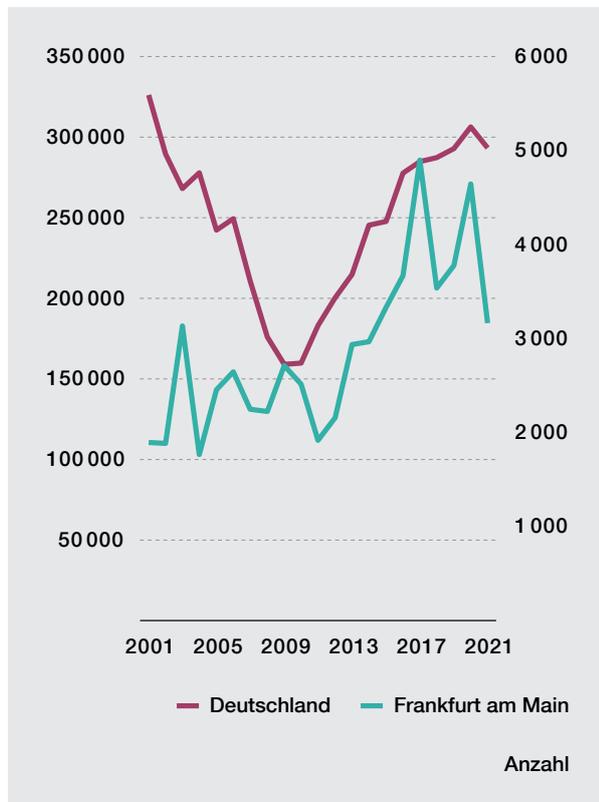
Tab.9 Ergebnis der Rangkorrelation zwischen Lagetyp, Wohnungsanzahl, Anteil der Wohnungstypen sowie Bevölkerungsdichte in den Stadtteilen

	Lagetyp	Bevölkerungsdichte pro km ²	Anteil an Fünf- und Mehr-Raum-Wohnungen	Anteil an Vier-Raum-Wohnungen	Anteil an Drei-Raum-Wohnungen	Anteil an Zwei-Raum-Wohnungen	Anteil an Ein-Raum-Wohnungen
Anzahl an Wohnungen	-0,27	0,49*	-0,38	0,15	0,36	0,29	0,30
Anteil an Ein-Raum-Wohnungen	-0,44*	0,30	-0,42	-0,43	-0,01	0,57**	
Anteil an Zwei-Raum-Wohnungen	-0,73**	0,58**	-0,81**	-0,35	0,46*		
Anteil an Drei-Raum-Wohnungen	-0,42	0,54**	-0,78**	0,17			
Anteil an Vier-Raum-Wohnungen	0,33	-0,03	0,10				
Anteil an Fünf- und Mehr-Raum-Wohnungen	0,72**	-0,63**					
Bevölkerungsdichte pro km ²	-0,68**						

Quelle: Eigenberechnung.

* Fehlerwahrscheinlichkeit der Signifikanz von unter fünf Prozent. ** Fehlerwahrscheinlichkeit der Signifikanz von unter einem Prozent.

Abb. 14 Fertiggestellte Wohnungen in Deutschland und Frankfurt am Main



Quelle: Statistische Gebäudedatei; Statistisches Bundesamt 2023a.

Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

krise“, also ab 2007 (Bundeszentrale für politische Bildung, 2021, S. 259), ein deutlicher Rückgang bis auf 158987 Fertigstellungen im Jahr 2009 zu verzeichnen war. Ab 2011 setzte wieder eine deutliche Erholung ein, seit 2017 pendelten sich die Werte auf einem Niveau um etwa 295000 neu beziehbare Wohnungen ein (siehe Tabelle 10, Seite 13).

In Frankfurt weicht die Entwicklung deutlich hiervon ab. In der Gesamtheit wurden hier auch mehr Wohnungen gebaut als zu Beginn des Jahrtausends, jedoch war die Entwicklung wesentlich unetstetiger. Auffällig ist, dass es drei sehr deutliche Wertsteigerungen gab, die im Folgejahr wieder stark abfielen. Im Zeitraum der Finanz- und Wirtschaftskrise gab es jedoch keinen Einbruch. Veränderungen in den Jahren ab 2020 sind zumindest teilweise auf die Pandemie und eine damit einhergehende verzögerte Erfassung der Daten zurückzuführen.

Eine methodische Änderung in dem Zeitraum, die es zu berücksichtigen gilt, ist eine veränderte Zählweise: Bis einschließlich 2017 galten Wohnheime als Anstalten und nicht als Wohngebäude, ab 2018 wurden diese auch in Frankfurt als Wohngebäude geführt.

Auch die Bautätigkeit wird im Folgenden genauer untersucht. Die Analyse ist jedoch nur auf städtischer Ebene möglich. Eine Differenzierung der fertiggestellten Wohnungen nach der Anzahl der Wohnräume erfolgt für Deutschland nicht, da solche Daten nicht öffentlich verfügbar sind.

Das Hoch im Jahr 2003 war vor allem durch einen Anstieg an Wohnungen, die drei und mehr Wohnräume haben, geprägt (siehe Abbildung 15). Der Tiefpunkt im Jahr 2011 setzte sich aus einem generellen Trend der Abnahme der Zahl an fertiggestellten Wohneinheiten sowie einem deutlichen Rückgang von dem Wohnungsmarkt zugeführten Zwei-Raum-Wohnungen zusammen. Dass im Jahr 2013 wieder an das Niveau der Vor-Krisen-Jahren angeschlossen wurde, war insbesondere auf eine starke Zunahme der Drei-Raum-Wohnungen zurückzuführen. Der Höhepunkt im Jahr 2017 setzte sich aus der generellen Steigerung fertiggestellter Wohneinheiten zusammen. Das darauffolgende Absacken der Kurve in 2018 war aber auf den deutlichen Rückgang der Ein- und Drei-Raum-Wohnungen zurückzuführen. In den Folgejahren nahm die Anzahl fertiggestellter Vier- und Mehr-Raum-Wohnungen im Gegensatz zu allen anderen Wohnungstypen weiter ab und minderte so das neue Hoch im

Jahr 2020. Entgegen der anderen Wohnungstypen nahmen diese im Jahr 2021 aber wieder zu.

Rückgang des Anteils an Vier- und Mehr-Raum-Wohnungen

Unabhängig vom sich verändernden Gesamtwert der Fertigstellungen ist für die Betrachtung eines an die Nachfrage angepassten Wohnungsmarktes auch die Analyse der Anteile der Wohnungstypen an den neu dem Markt zugeführten Wohneinheiten notwendig (siehe Abbildung 16, Seite 14; Tabelle 11, Seite 15). Zwischen den Jahren 2001 und 2010 bewegte sich der Anteil von großen Wohnungen mit

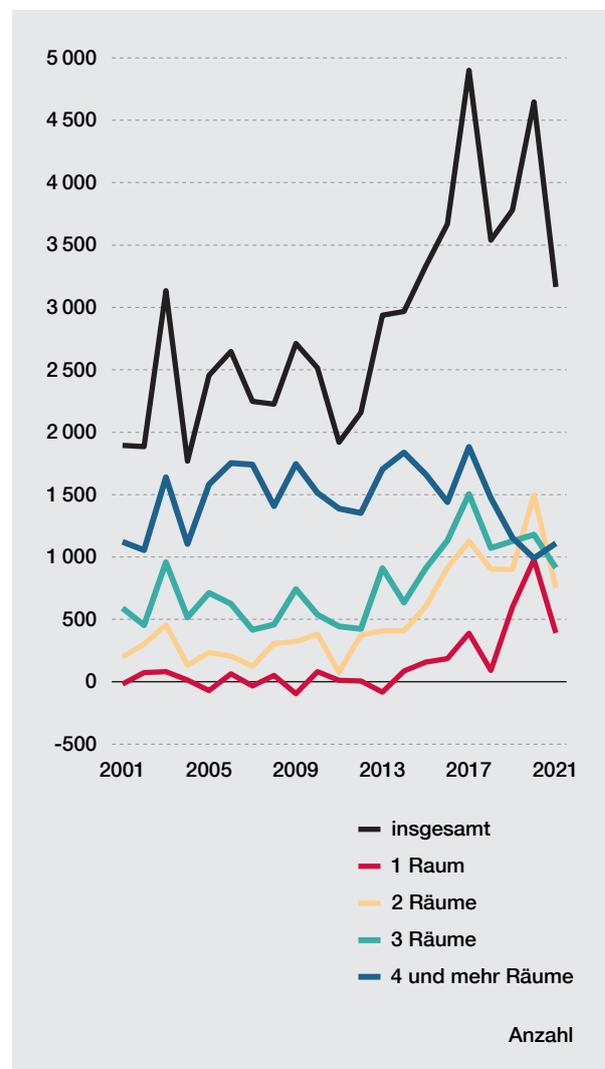
Tab. 10 Fertiggestellte Wohnungen seit 2001

Jahr	Deutschland	Frankfurt am Main
2001	326 187	1 895
2002	289 590	1 884
2003	268 103	3 135
2004	278 008	1 767
2005	242 316	2 456
2006	249 436	2 647
2007	210 729	2 248
2008	175 927	2 224
2009	158 987	2 712
2010	159 832	2 515
2011	183 110	1 919
2012	200 466	2 158
2013	214 817	2 938
2014	245 325	2 968
2015	247 722	3 333
2016	277 691	3 669
2017	284 816	4 901
2018	287 352	3 538
2019	293 002	3 779
2020	306 376	4 647
2021	293 393	3 165

Quelle: Statistische Gebäudedatei; Statistisches Bundesamt 2023a.

Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

Abb. 15 Entwicklung der fertiggestellten Wohnungen in Frankfurt am Main



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

vier oder mehr Räumen bei überwiegend +60 bis +65 Prozent. Im Jahr 2003 war mit +52,3 Prozent der geringste Wert erreicht, der Hochpunkt wurde hingegen 2007 mit +77,4 Prozent erzielt. In den Jahren 2010 bis 2014 konnte dieser Bereich noch gehalten werden, doch in den Folgejahren fielen die Anteile auf nur noch +30 bis +40 Prozent ab. Der niedrigste Wert lag 2020 bei +21,3 Prozent.

Hingegen verlief die Entwicklung im Bereich der Ein-Raum-Wohnungen deutlich anders. In den ersten zehn Jahren nach der Jahrtausendwende schwankte der Anteil der fertiggestellten Ein-Raum-Wohnungen um -3 und +4 Prozent – teilweise wurden Ein-Raum-Wohnungen also vor allem abgerissen oder umgewandelt statt neugebaut. Der niedrigste Wert in diesem Zeitraum lag 2009 bei -3,5 Prozent, der höchste im Jahr 2002 bei +3,9 Prozent. In den folgenden Jahren bis 2021 blieb auch hier der Trend bis 2014 gleich und stieg seitdem auf zweistellige positive Werte: 2020 waren +21,1 Prozent der Fertigstellungsmeldungen auf Ein-Raum-Wohnungen zurückzuführen. Zuletzt wurde in 2013 mit -2,9 Prozent das letzte Mal ein negativer Wert erreicht.

Bei der Betrachtung des Anteils der fertiggestellten Zwei-Raum-Wohnungen sticht hervor, wie groß die

Schwankungen von 2001 bis 2011 sind. Der Wert pendelte grob zwischen +4 und +16 Prozent, wobei er 2011 mit +4,0 Prozent am niedrigsten und 2002 mit +16,1 Prozent am höchsten war. Ab 2012 wurde der Wertebereich höher, die Anteile bewegten sich in den Folgejahren etwa zwischen +15 und +25 Prozent. Die Extremwerte waren hier am unteren Rand +13,8 Prozent im Jahr 2014 sowie am oberen Rand +32,2 Prozent im Jahr 2020. Die Zwei-Raum-Wohnungen stellten auch das Segment mit dem größten Anteil fertiggestellter Wohnungen im Jahr 2020 dar.

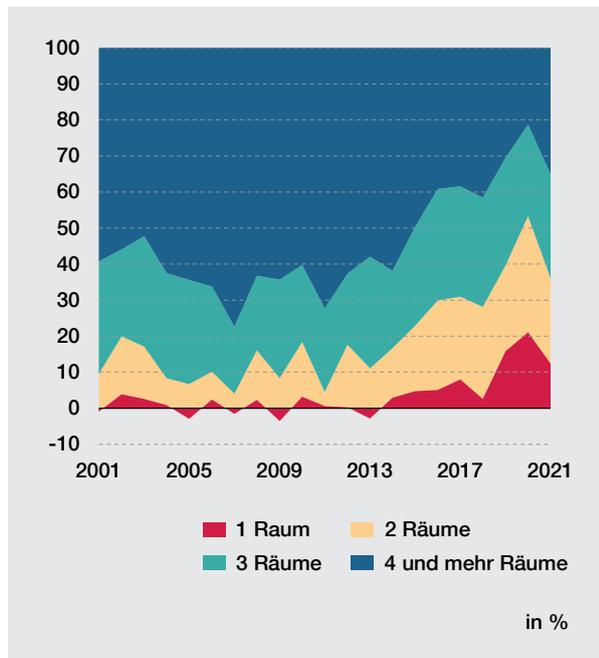
Der Anteil fertiggestellter Drei-Raum-Wohnungen an allen fertiggestellten Wohneinheiten bewegte sich im Gesamtbetrachtungszeitraum, also zwischen 2001 und 2021, zwischen etwa 20 und 30 Prozent.

Sehr differenzierte Entwicklung in den Stadtteilen

Nach dieser Gesamtbetrachtung folgt eine Analyse der fertiggestellten Wohnungen in den Stadtteilen, differenziert nach der Wohnungsgröße. Da die Daten erst ab 2011 vorliegen, ist nur eine Betrachtung im Zeitraum von 2011 bis 2021 möglich.

In Frankfurt spielen in der Stadtentwicklungspolitik sowohl die Nachverdichtung bestehender Quartiere als auch die Entwicklung neuer Stadtteile eine gro-

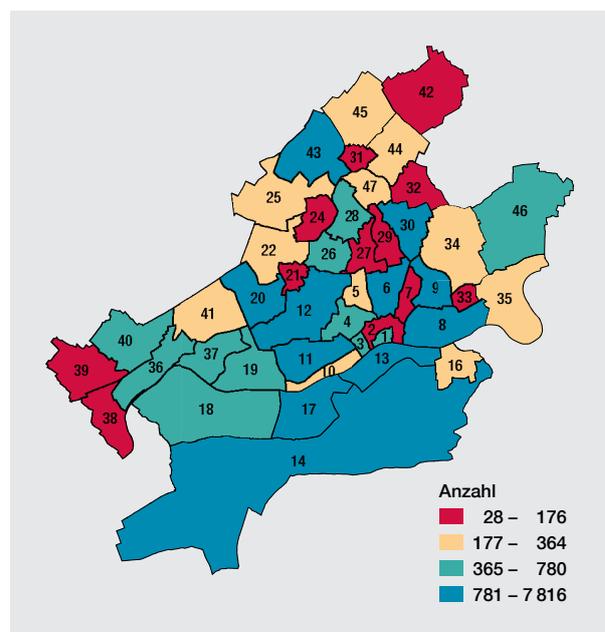
Abb. 16 Anteile der Wohnungsarten an den fertiggestellten Wohnungen



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

Abb. 17 Anzahl der im Stadtteil fertiggestellten Wohnungen zwischen 2011 und 2021



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.

Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

Tab. 11 Anteile der Wohnungen an Fertigstellungen seit 2001

Jahr	insgesamt	1 Raum		2 Räume		3 Räume		4 und mehr Räume	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
2001	1 895	-18	-0,9	199	10,5	591	31,2	1 123	59,3
2002	1 884	73	3,9	303	16,1	453	24,0	1 055	56,0
2003	3 135	81	2,6	456	14,5	959	30,6	1 639	52,3
2004	1 767	15	0,8	132	7,5	516	29,2	1 104	62,5
2005	2 456	-71	-2,9	235	9,6	711	28,9	1 581	64,4
2006	2 647	64	2,4	204	7,7	626	23,6	1 753	66,2
2007	2 248	-34	-1,5	125	5,6	417	18,5	1 740	77,4
2008	2 224	51	2,3	307	13,8	458	20,6	1 408	63,3
2009	2 712	-96	-3,5	322	11,9	741	27,3	1 745	64,3
2010	2 515	81	3,2	381	15,1	538	21,4	1 515	60,2
2011	1 919	12	0,6	76	4,0	444	23,1	1 387	72,3
2012	2 158	6	0,3	375	17,4	424	19,6	1 353	62,7
2013	2 938	-84	-2,9	410	14,0	910	31,0	1 702	57,9
2014	2 968	87	2,9	409	13,8	635	21,4	1 837	61,9
2015	3 333	158	4,7	605	18,2	910	27,3	1 660	49,8
2016	3 669	186	5,1	912	24,9	1 132	30,9	1 439	39,2
2017	4 901	390	8,0	1 126	23,0	1 504	30,7	1 881	38,4
2018	3 538	91	2,6	903	25,5	1 072	30,3	1 472	41,6
2019	3 779	597	15,8	902	23,9	1 126	29,8	1 154	30,5
2020	4 647	981	21,1	1 498	32,2	1 178	25,3	990	21,3
2021	3 165	392	12,4	751	23,7	913	28,8	1 109	35,0

Quelle: Statistische Gebäudedatei.

Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

ße Rolle. Aufgrund der sehr deutlichen Streuung und mehrerer Ausreißer wird hier als Maß der zentralen Tendenz der Median genutzt. Der Median betrug 364 neue Wohneinheiten und entsprach der Anzahl der im Stadtteil Niederursel fertiggestellten Wohneinheiten.

Bei einer quantitativen Betrachtung fallen insbesondere die großen Projekte sehr auf (siehe Abbildung 17, Seite 14; Tabelle 12, Seite 16): Den stärksten Zuwachs an Wohnungen (+7816) hatte in den vergangenen elf Jahren der Stadtteil Gallus, in dem das Europaviertel zu verorten ist. Darauf folgt mit deutlichem Abstand Kalbach-Riedberg mit 4252 fertiggestellten Wohneinheiten. Bockenheim (+2910 Wohnungen) und Niederrad (+2535 Wohnungen) konnten mit ebenso deutlich überdurchschnittlichen Werten die nächsthöheren Zuwächse verzeichnen. Zum Viertel der Stadtteile mit den höchsten Zuwächsen gehörten des Weiteren Sachsenhausen-Nord (+1676 Wohnungen), Ostend (+1596 Wohnungen), Sachsenhausen-Süd und Flughafen (+1424

Wohnungen), Rödelheim (+984), Preungesheim (+895) sowie Bornheim (+830).

Das geringste Wachstum an Wohnungen hatte der Stadtteil Riederwald verzeichnet (+28). Ebenfalls nur zweistellige Zuwächse wiesen die Stadtteile Bonames (+58), Sindlingen (+88) und Zeilsheim (+97) auf. Zu den Stadtteilen mit den geringsten Anstiegen gehörten außerdem Hausen (+105), Eckenheim (+107), Berkersheim (+112), Dornbusch (+122), Nieder-Erlenbach (+159), Heddernheim (+161) sowie Nordend-Ost (+169).

Es fällt auf, dass gerade zentrale Stadtteile, die durch Mehrfamilienhäuser geprägt sind, einen großen Zuwachs verzeichnen konnten. Ein Zusammenhang wäre hier naheliegend. Rechnerisch bestätigt er sich jedoch nicht (siehe Tabelle 13, Seite 17).⁴

⁴ Aufgrund der deutlichen Ausreißer wird auch hier auf die Berechnung einer Rangkorrelation nach Spearman's Rho (ρ) gesetzt.

Tab. 12 Anzahl der fertiggestellten Wohnungen in den Stadtteilen zwischen 2011 und 2021

Nr.	Stadtteil	insgesamt	1 Raum	2 Räume	3 Räume	4 und mehr Räume
1	Altstadt	464	63	133	122	146
2	Innenstadt	176	37	36	51	52
3	Bahnhofsviertel	745	113	296	232	104
4	Westend-Süd	593	29	107	73	344
5	Westend-Nord	279	4	99	78	91
6	Nordend-West	1 534	423	341	298	472
7	Nordend-Ost	169	28	67	2	72
8	Ostend	1 596	-53	505	585	559
9	Bornheim	830	25	97	329	376
10	Gutleutviertel	252	-16	24	101	127
11	Gallus	7 816	560	2 195	2 643	2 418
12	Bockenheim	2 910	190	696	871	1 153
13	Sachsenhausen-Nord	1 676	84	375	415	674
14	Sachsenhausen-Süd und Flughafen	1 424	-83	395	519	535
16	Oberrad	324	2	87	126	119
17	Niederrad	2 535	493	662	685	695
18	Schwanheim	627	222	113	141	96
19	Griesheim	465	37	83	107	193
20	Rödelheim	984	188	86	317	393
21	Hausen	105	-1	12	29	62
22	Praunheim	282	3	28	88	163
24	Heddernheim	161	26	3	25	92
25	Niederursel	364	38	75	91	145
26	Ginnheim	612	137	111	195	165
27	Dornbusch	122	7	9	28	72
28	Eschersheim	366	33	44	42	151
29	Eckenheim	107	4	20	14	36
30	Preungesheim	895	59	65	227	544
31	Bonames	58	3	11	7	32
32	Berkersheim	112	1	2	6	88
33	Riederwald	28	-	-1	-50	79
34	Seckbach	214	8	46	38	104
35	Fechenheim	219	-2	21	46	143
36	Höchst	584	21	132	185	246
37	Nied	565	9	42	93	396
38	Sindlingen	88	23	24	5	25
39	Zeilsheim	97	3	16	12	66
40	Unterliederbach	780	-3	76	144	515
41	Sossenheim	196	2	31	13	128
42	Nieder-Erlenbach	159	2	6	35	105
43	Kalbach-Riedberg	4 252	72	599	1 005	2 214
44	Harheim	327	1	3	18	302
45	Nieder-Eschbach	213	40	36	43	94
46	Bergen-Enkheim	386	-3	34	64	275
47	Frankfurter Berg	322	-	4	8	275
	Stadt insgesamt (1)	37 015	2 816	7 967	10 248	15 984

Quelle: Statistische Gebäudedatei.

Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau. (1) Die Werte weichen durch die Anonymisierung von der Summe der Einzelwerte ab.

Tab. 13 Ergebnis der Rangkorrelation zwischen Saldo der Wohnungen in den Stadtteilen sowie ihrem Anteil an den Gebäudearten

	Anteil an Nicht-wohngebäuden mit Wohnungen	Anteil an Mehrfamilienhäusern	Anteil an Zweifamilienhäusern	Anteil an Einfamilienhäusern
Saldo der Wohneinheiten zwischen 2011 und 2021	0,24	0,41*	-0,32	-0,35

Quelle: Eigenberechnung.

* Fehlerwahrscheinlichkeit der Signifikanz von unter fünf Prozent.

Räumlich sehr unterschiedliche Entwicklungen

Interessant ist außerdem die Entwicklung der Segmente der Bautätigkeit in den Stadtteilen seit 2011. Obwohl der Anteil von Ein-Raum-Wohnungen an der Bautätigkeit wuchs, gab es in zwei Stadtteilen am Innenstadtrand auch gegenteilige Bewegungen (siehe Abbildung 18, Seite 18). Das Gutleutviertel hatte das niedrigste Saldo, denn es hatte relativ die meisten Ein-Raum-Wohnungen verloren (-6,8%). Hier war jedoch auch der absolute Wert fertiggestellter Wohnungen unterdurchschnittlich (252 Wohneinheiten). Das Ostend gewann zwischen 2011 und 2021 mehr als 1500 Wohnungen hinzu. Aber auch in diesem Stadtteil war über den Gesamtzeitraum ein Verlust an Ein-Raum-Wohnungen in Höhe von 3,3 Prozent zu verzeichnen. Dem gegenüber standen Zuwächse an Ein-Raum-Wohnungen sowohl in innerstädtischen als auch in dezentralen Lagen. Prozentual die meisten neuen Ein-Raum-Wohnungen sind in Schwanheim entstanden (+38,8%). In Sindlingen wurden insgesamt nur 88 neue Wohnungen fertiggestellt, aber zumindest hiervon war der Anteil der kleinsten Wohnungsform mit 29,9 Prozent verhältnismäßig hoch. Spannend ist hierbei der große Zuwachs im Nordend (+27,6%), da hier mehr als 1500 Wohnungen entstanden sind und dementsprechend eine recht hohe Anzahl an Wohneinheiten dieses Typs.

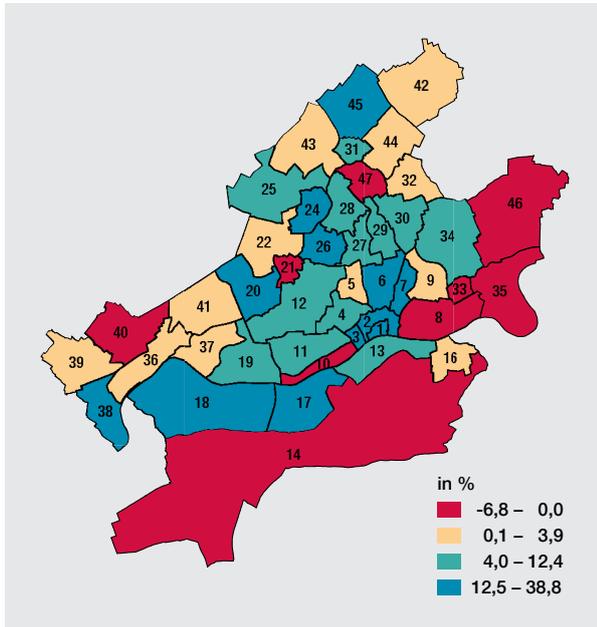
Im Bereich der Zwei-Raum-Wohnungen gab es nur in einem Stadtteil einen Rückgang (siehe Abbildung 19, Seite 18): Im Riederwald sind diese um 3,6 Prozent zurückgegangen. Jedoch sind hier in den vergangenen zehn Jahren auch nur 28 neue Wohneinheiten entstanden. Daher entspricht der Wert nur einer Wohnung. Die anderen Werte im 25 Prozent-Quantil sind marginale Zuwächse. Diese sind in den Stadtteilen Harheim (+0,9%), Frankfurter Berg (+1,4%) sowie Heddernheim (+2,1%) zu finden. Die höchsten Zugewinne an Zwei-Raum-Wohnungen gab es im zentralen (inner)städtischen Raum: im Bahnhofsviertel (+39,7%), im Nordend-Ost (+39,6%), im Westend-Nord (+36,4%) sowie im

Ostend (+31,6%). Im Nordend-Ost war das Saldo des gesamten Wohnungszuwachses aber deutlich unterdurchschnittlich, im Westend-Nord ‚nur‘ unterdurchschnittlich.

Der Riederwald sticht insbesondere bei der Betrachtung der größeren Wohnungstypen ins Auge (siehe Abbildung 20, Seite 18). In den letzten zehn Jahren hat der Stadtteil mehr als die eineinhalbfache Menge des Zuwachses an Drei-Raum-Wohnungen verloren (-178,6%). Die nächstgrößeren Werte im untersten Quartil waren positiv. Neben dem Nordend-Ost (+1,2%) sind wieder die Stadtteile Frankfurter Berg (+2,8%) sowie Harheim (+5,6%) zu nennen. Die deutlichsten Zugewinne an Drei-Raum-Wohnungen zeigten sich nicht räumlich konzentriert, sondern über die Stadt verteilt: Das Gutleutviertel konnte ein Plus in Höhe von 42,8 Prozent verzeichnen, Bornheim lag bei 39,8 Prozent. Auf den nächsten Plätzen befanden sich in knappem Abstand die Stadtteile Sachsenhausen-Süd und Flughafen (38,0%) sowie Oberrad (37,7%).

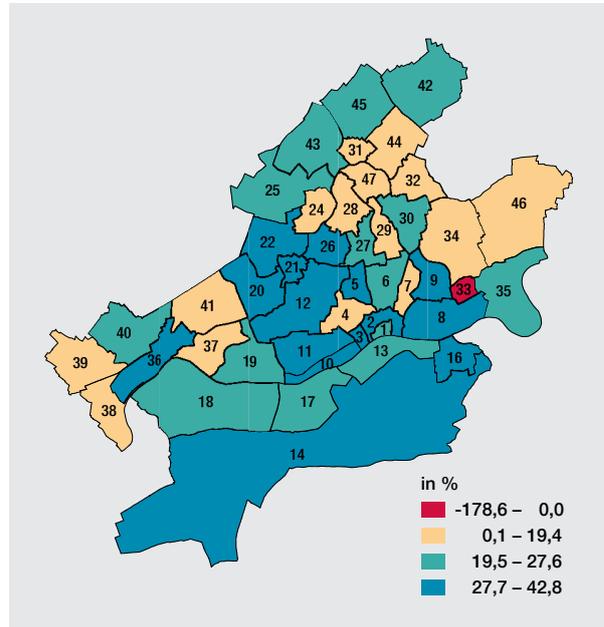
Im Bereich der Vier- und Mehr-Raum-Wohnungen gab es gar keine Verluste. Egal, welcher Stadtteil betrachtet wird, der verfügbare Anteil an dieser Wohnungsgröße ist gestiegen. Die kleinsten Zuwachsraten sind im Bahnhofsviertel (+14,0%), in Schwanheim (+16,8%), in Ginnheim (+27,1%) und in Niederrad (+27,4%) zu konstatieren (siehe Abbildung 21, Seite 18). Die mit deutlichem Abstand stärksten Veränderungen haben sich im Riederwald ergeben. Hier wurden am Gesamtzuwachs des Stadtteils gemessen 282,1 Prozent Vier- und Mehr-Raum-Wohnungen gebaut. Auf den dahinterliegenden Plätzen waren Frankfurter Berg (+95,8%), Harheim (+93,2%) sowie Berkersheim (+90,7%) zu finden. Bedeutsam ist hierbei, dass alle vier genannten Stadtteile ein unterdurchschnittliches Gesamt-Saldo über die letzten zehn Jahre ausgewiesen haben. Gerade für den Stadtteil Riederwald liegt daher beispielsweise die Vermutung nahe, dass viele Drei- zu Vier-Raum-Wohnungen wurden.

Abb. 18 Anteil des Zuwachses an Ein-Raum-Wohnungen zwischen 2011 und 2021



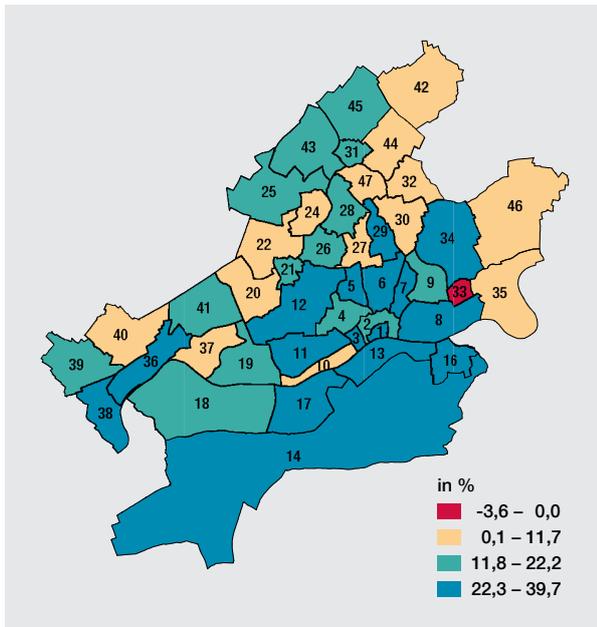
Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.
Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

Abb. 20 Anteil des Zuwachses an Drei-Raum-Wohnungen zwischen 2011 und 2021



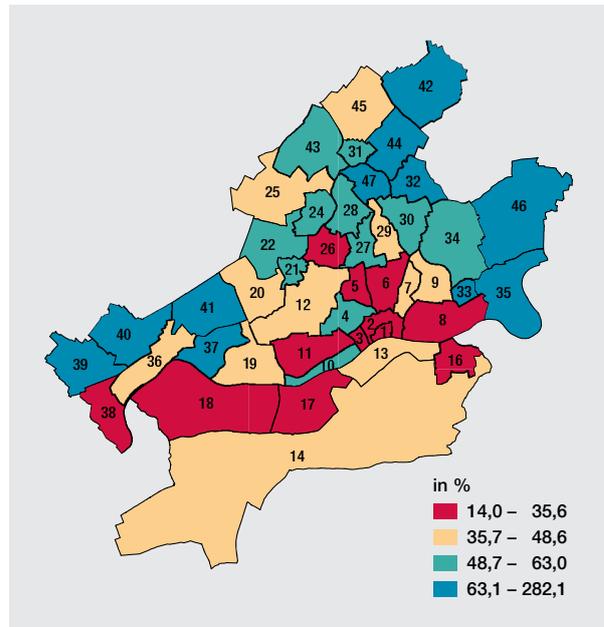
Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.
Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

Abb. 19 Anteil des Zuwachses an Zwei-Raum-Wohnungen zwischen 2011 und 2021



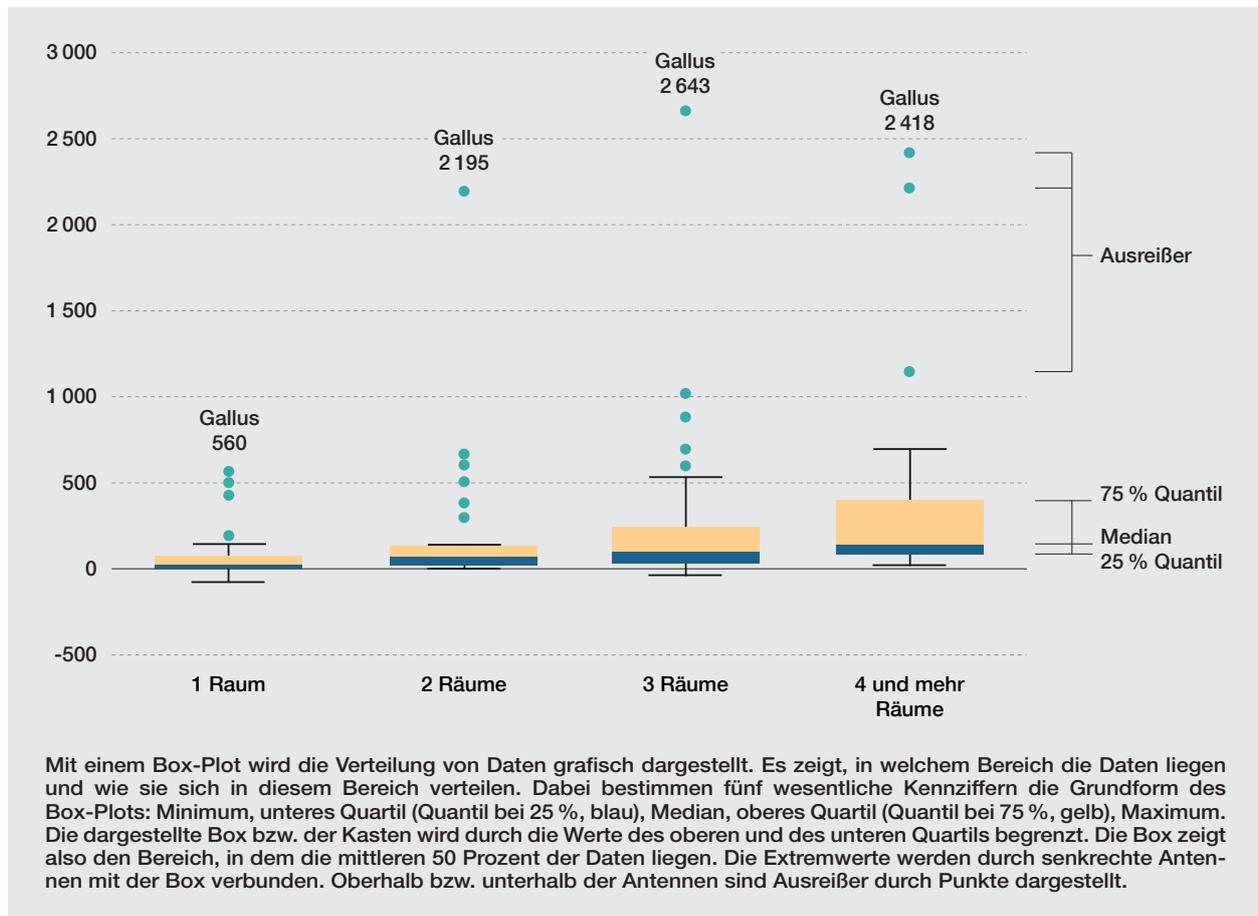
Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.
Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

Abb. 21 Anteil des Zuwachses an Vier- und Mehr-Raum-Wohnungen zwischen 2011 und 2021



Quelle: Raumbezugssystem 2023; Statistische Gebäudedatei.
Seit 2019 einschließlich Wohnheime. Zugang durch Neu- und Umbau.

Abb.22 Anzahl der je Stadtteil fertiggestellten Wohnungen nach Anzahl der Wohnräume



Quelle: Statistische Gebäudedatei.

Betrachtet man stadtteilweise die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen nach ihrer Raumanzahl, so wird klar, dass es für nahezu alle Wohnungstypen sehr deutliche Extrem-Werte als Ausreißer gibt (siehe Abbildung 22).

Fazit

Der Frankfurter Wohnungsmarkt ist alles andere als eindimensional. Die zentralen Stadtteile und ihr näheres Umfeld weisen vor allem kleine Wohnungen und solche der mittleren Größen auf. Vor allem an den (nördlichen) Stadträndern zeigt sich, dass hier ein Gegenpol zur urbanen Dichte erlebt werden kann und die Einfamilienhäuser aus vielen Wohnräumen bestehen.

In Deutschland sind die Mobilität und Wohnpräferenz der Menschen stark von ihrer aktuellen Lebensphase abhängig. Die Kinder der Babyboomer-Generation sind gegenwärtig zwischen 18 und 30 Jahren alt und sie prägen den Zuzug in die inner-

städtischen Lagen. Diese Kohorte ist sehr groß, so dass dieser Effekt sich in den kommenden Jahren etwas abmildern wird. Die potenzielle (neue) Eltern-Generation zwischen 30 und 45 Jahren präferieren solche Lagen abseits der Zentren, die aber über eine gute Erschließung und Infrastruktur verfügen. Die Bevölkerung der über 45-Jährigen weist eine sehr geringe Mobilität auf und sie ist die Gruppe, die eher aus der Stadt ins Umland zieht. Der Suburbanisierungstrend ist folglich nur von anderen Phänomenen, die sich in absoluten Zahlen zuletzt stärker niedergeschlagen haben, überlagert (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2017, S. 15; Göttsche-Stellmann und Lauerbach, 2021, S. 27).

Wohnungen mit mehr als drei Wohnräumen bleiben zwar die dominanten Typen, ihr Anteil am Neubau nimmt aber ab. Insbesondere die großen Wohnbauprojekte bilden diese Vielfalt an Bedürfnissen ab. Auch unter demografischen Gesichtspunkten ist es weiterhin wichtig, all diese Typen im Neubau zu

berücksichtigen. Grundsätzlich bleibt der Nachfrageüberhang aber bestehen und so wird auch das Themenfeld Nachverdichtung und Neubau weiterhin politisch relevant bleiben.

Zuletzt gilt es noch, die Frage dieses Beitrags zu beantworten: Verändert sich der Gebäudebestand durch den Wohnungsneubau passend/adäquat zur Haushaltsstruktur? Es ist auffällig, dass sich beispielsweise der Anteil der Ein-Raum-Wohnungen an den fertiggestellten Wohnungen in den letzten Jah-

ren verdoppelt hat – aufgrund des äußerst geringen Anteils führt dies aber nicht zu einer Schwerpunktverschiebung. Da der Nachfrageüberhang aber für Wohnungen mit einer unterschiedlichen Anzahl an Wohnräumen existiert, ist diese leichte Verschiebung vermutlich als adäquat einzuschätzen. Wichtig bleibt es, die künftigen Vorhaben in Abhängigkeit von den Mobilitätstendenzen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu überprüfen.

Literaturverzeichnis

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG, 2017. *Aktuelle Trends der Wohnungsbautätigkeit in Deutschland: Wer baut wo welche Wohnungen?* Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, , 2021. *Datenreport 2021: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* [online]. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. ISBN 978-3-8389-7209-1. Verfügbar unter: <http://www.gbv.de/dms/maecenata/1750939096.pdf>

GÖDDECKE-STELLMANN, Jürgen und Teresa LAUERBACH, 2021. Entwicklungsdynamiken in Großstadtreionen: Eine Betrachtung ausgewählter Indikatoren auf Basis der Innerstädtischen Raumbearbeitung und der Laufenden Raumbearbeitung. In: *Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg*. **15**(2/2021), S. 22–29

GÖDDECKE-STELLMANN, Jürgen und Alexander SCHÜRT, 2022. *Kleinräumige Trends auf städtischen Mietwohnungsmärkten: Ergebnisse aus der innerstädtischen Raumbearbeitung und der Wohnungsmarktbearbeitung des BBSR*. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). BBSR-Analysen kompakt. 2022, 09. ISBN 9783986550639

STADT FRANKFURT AM MAIN, 2013. *Die größten Stadtprobleme aus Sicht der Frankfurterinnen und Frankfurter*. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Frankfurt Statistik aktuell. 15

STADT FRANKFURT AM MAIN, 2020. *Frankfurter Bürgerbefragung 2019: Die größten Stadtprobleme aus Sicht der Frankfurterinnen und Frankfurter*. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Frankfurt Statistik aktuell. 09

STADT FRANKFURT AM MAIN, 2022. *Ergebnisse der Umfrage Leben in Frankfurt 2021*. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Frankfurter Umfragen. 1

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER, 2022. *Haushalte: Größe des privaten Haushalts: 5000H-1004* [online]. Wiesbaden: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. [Zugriff am: 28.08.2023]. Verfügbar unter: <https://ergebnisse2011.zensus2022.de/datenbank//online?operation=table&code=5000H-1004&bypass=true&levelindex=0&levelid=1693212493189#abreadcrumb>

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2023a. *Baufertigstellungen im Hochbau: Deutschland, Jahre, Bautätigkeiten, Gebäudeart/Bauherr: 31121-0001* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [Zugriff am: 28.08.2023]. Verfügbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=31121-0001&bypass=true&levelindex=0&levelid=1693210325509#abreadcrumb>

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2023b. *Haushalte und Haushaltsmitglieder* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [Zugriff am: 26.06.2023]. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/1-1-privathaushalte-haushaltsmitglieder.html>

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2023c. *Statistik der Baufertigstellungen* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [Zugriff am: 02.08.2023]. Verfügbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1691005592644&code=31121&option=table&info=on#abreadcrumb>

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2023d. *Wohngebäude* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [Zugriff am: 01.08.2023]. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Glossar/wohngebäude-mz.html>

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2023e. *Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, Wohnfläche, Räume: Deutschland, Stichtag, Bestandsveränderungen: 31231-0002* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [Zugriff am: 17.08.2023]. Verfügbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=31231-0002&bypass=true&levelindex=0&levelid=1692279965411#abreadcrumb>

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2023f. *Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden: Deutschland, Stichtag, Anzahl der Räume: 31231-0003* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [Zugriff am: 16.08.2023]. Verfügbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=31231-0003&bypass=true&levelindex=0&levelid=1692280011261#abreadcrumb>

UMWELTBUNDESAMT, 2022. *Wohnfläche* [online]. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. [Zugriff am: 17.11.2022]. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/wohnflaeche>

Briefwahl als Alternative in der Pandemie: Ausnahme oder fortlaufender Trend?

Dr. Michael Wolfsteiner

In den letzten Jahren gewann in den Zeiten der Pandemie die Briefwahl enorm an Bedeutung. Sowohl die Beantragungen von Wahlscheinen bzw. Briefwahlunterlagen als auch der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die per Brief ihre Stimme abgaben, nahmen zu. Doch wie haben sich nach der Pandemiephase die Zahlen entwickelt? Welche Rahmenbedingungen außer der Pandemie spielen vielleicht eine Rolle? Welche Auswirkungen hat die geänderte Briefwahlbeteiligung auf die Ergebnisse? Eine Betrachtung der Briefwahlentwicklung auf dem Gebiet der Stadt Frankfurt am Main in den letzten 30 Jahren verspricht Einblicke und Erklärungen.

Ein Blick zurück: Entwicklung seit dem bundesweiten Beginn der Briefwahl 1961

Die Briefwahl, wie wir sie heute kennen, gibt es seit der Bundestagswahl 1961. Vier Jahre zuvor konnten die Wählerinnen und Wähler erstmals in den sechs Wochen vor der Wahl im für sie zuständigen Wahlamt vorab wählen – eine echte Briefwahl stellte dies aber noch nicht dar.¹ In Hessen war es dann mit der Volksabstimmung zur Herabsetzung des Wahlalters am 8. März 1970 möglich, per Brief abzustimmen, und im gleichen Jahr wurde die Alternative zum Urnengang bei der Landtagswahl eingeführt. 1972 fanden die nächsten Kommunalwahlen in Hessen statt und die Briefwahl wurde auch für diese Wahlart angeboten (Wolfsteiner, 2017, S. 22).

Hessen als Schlusslicht

Hessen war das letzte Bundesland, das den Wahlberechtigten die alternative Teilnahme an einer Wahl ermöglichte. Zuvor lehnte die SPD im hessischen Landtag neun Mal die Einführung der Briefwahl ab. Wie zunächst auf Bundesebene, so konnten die hessischen Wahlberechtigten ab 1962 ausschließlich vorab im Wahlamt wählen und 1966 gab es mobile Wahlvorstände, die unter bestimmten Bedingungen Wahlwillige zu Hause besuchten – deshalb sprach man auch von der „Bettenwahl“ (Wolfsteiner, 2017, S. 22).

¹ Bei der „echten“ Briefwahl erhalten die Wahlberechtigten die Unterlagen auf Antrag per Post und können diese in gleicher Weise zurücksenden. Selbstverständlich kann der Wahlbrief ebenso direkt abgegeben werden und auch die Vorabwahl im Briefwahllokal des Wahlamtes ist weiterhin möglich.

Regelfall Urnenwahl

Als Idee bei der Einführung der Briefwahl stand im Hintergrund, dass sie die Ausnahme bleiben und nur den Menschen die Wahlteilnahme ermöglichen sollte, die an der Stimmabgabe am Wahlsonntag im Wahllokal gehindert sind. Die Urnenwahl am festgesetzten Wahltag sollte die Regel bleiben. Dazu war es lange Zeit notwendig, bei der Beantragung eines Wahlscheins² und der Briefwahlunterlagen zu begründen, weshalb die Stimmabgabe am Wahlsonntag nicht möglich ist (siehe Abbildung 1, Seite 24).

Begründung für Nutzung der Briefwahl entfiel 2009

2008 wurde diese Einschränkung gesetzlich aufgehoben und mit den Wahlen 2009 entfiel erstmals die Notwendigkeit zur Begründung. Seit diesem Zeitpunkt können die Wahlberechtigten per Brief wählen, ohne dass dafür ein besonderer Grund vorliegen muss. Zugleich können die Antragstellenden seither nicht mehr entscheiden, ob sie nur einen Wahlschein oder auch Briefwahlunterlagen erhalten möchten. Vielmehr werden die Briefwahlunterlagen immer direkt mit versandt.

Verschiedene Wege zum Wahlschein

Bis zur Bundestagswahl 2005 konnten Wahlscheine und Briefwahlunterlagen 43 Jahre lang nur per Wahlbenachrichtigung, Brief bzw. E-Mail oder persönlich im Briefwahllokal beantragt werden. Seit der Stadtverordnetenwahl 2006 gibt es den „Wahlscheinantrag online“, mit dessen Hilfe die Wahlberechtigten schnell und unkompliziert in einem digitalen Prozess die Unterlagen anfordern können. Der direkte Abgleich der Antragsdaten mit dem Wählerverzeichnis beschleunigte die Bearbeitung merklich und führte auch zu Ressourceneinsparungen bei der Wahllogistik, insbesondere durch die Reduktion von Nachfragen bei formlosen Anträgen.

² Ein ausgestellter Wahlschein löst die Bindung an das zugewiesene Wahllokal auf, da sich zwei alternative Wege der Stimmabgabe aus diesem ergeben. Zum einen werden mit dem Wahlschein Unterlagen zur Briefwahl versandt, die die Stimmabgabe per Post ermöglichen. Zum anderen ist es mit einem Wahlschein möglich, in einem beliebigen Wahllokal des kleinsten Wahlgebietes (z. B. Ortsbezirk, Wahlkreis usw.), in dem man wohnt, zu wählen. Eine doppelte Stimmabgabe bleibt dabei selbstverständlich weiterhin ausgeschlossen.

Abb. 1 Wahlscheinantrag in der Wahlbenachrichtigung zu den Kommunalwahlen 2006 mit Begründung

<p>Bei Rücksendung mit der Post bitte nur in frankiertem Umschlag absenden (Porto 0,55 €) An die Gemeinde-/ Stadtverwaltung - Wahlamt (Anschrift auf der Rückseite)</p>	<p>Antrag nur ausfüllen, unterschreiben und absenden, wenn Sie nicht in Ihrem Wahlraum, sondern durch Briefwahl oder in einem anderen Wahllokal Ihres Wahlkreises wählen wollen. Andernfalls diese Karte zur Wahl mitbringen.</p>
<p>Antrag auf Briefwahl / Erteilung eines Wahlscheines Wer den Antrag für eine andere Person stellt, muss eine schriftliche Vollmacht vorlegen. Ich beantrage die Erteilung eines Wahlscheines und versichere, dass einer der nachstehend aufgeführten Gründe gegeben ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abwesenheit am Wahltag aus wichtigem Grund. • Verlegung der Wohnung ab dem 34. Tag vor der Wahl (20.02.2006) in einen anderen Wahlbezirk des Wahlkreises. • Berufliche Gründe, Krankheit, hohes Alter, körperliches Gebrechen oder ein sonstiger körperlicher Zustand, sodass der Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufgesucht werden kann. <p>Der Wahlschein - <input type="checkbox"/> mit Briefwahlunterlagen - <input type="checkbox"/> ohne Briefwahlunterlagen - soll/en -</p> <p><input type="checkbox"/> an meine umseitige Anschrift geschickt werden. <input type="checkbox"/> an mich an folgende Anschrift geschickt werden (bitte in Druckschrift schreiben):</p> <p>_____</p> <p>Die Angaben zur Person auf der Vorderseite sind zutreffend bzw. dort korrigiert.</p> <p>_____ Mein Geburtsdatum _____ Ort, ggf. Staat _____ den _____ Datum _____ Unterschrift</p> <p><small>Wahlschein und Briefwahlunterlagen dürfen für eine andere Person nur abgeholt werden, wenn sie nachweislich plötzlich erkrankt ist und die Berechtigung zum Abholen durch eine schriftliche Vollmacht nachgewiesen wird und die Unterlagen der wahlberechtigten Person nicht mehr rechtzeitig übersandt oder amtlich überbracht werden können.</small></p>	<p>Für amtliche Vermerke:</p> <p>Eingegangen am: _____</p> <p>Briefwahlbezirk Nr.: _____</p> <p>Sperrvermerk 'W': _____</p> <p>Wahlschein Nr.: _____</p> <p>Unterlagen <input type="checkbox"/> abgesandt <input type="checkbox"/> überbracht am: _____</p> <p>Unterlagen erhalten am: _____</p> <p>Unterschrift und Datum _____</p>

Quelle: Gemeindegewahlleiterin.

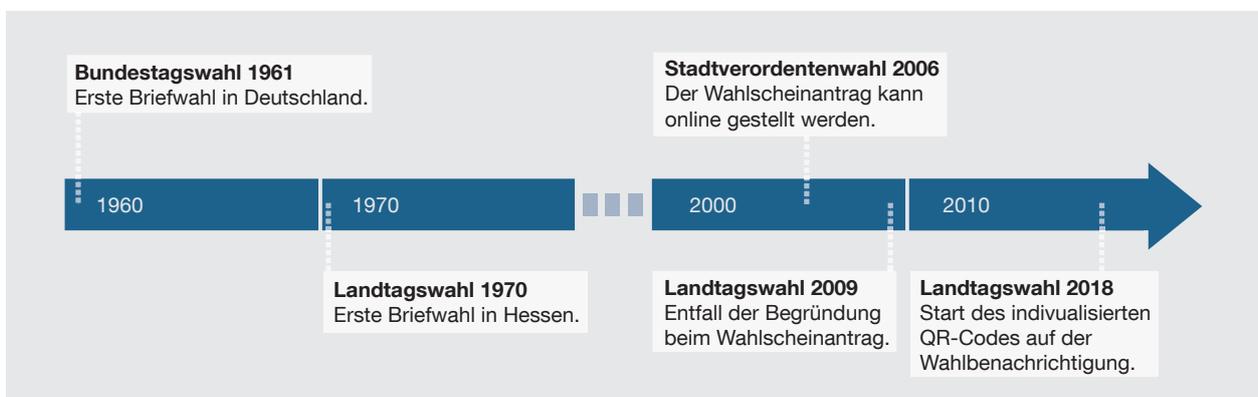
Wahlart hat Einfluss auf das Verhalten der Wahlberechtigten

Seit die Möglichkeit der Stimmabgabe per Brief besteht, steigt die Zahl der Wahlberechtigten, die diese beantragen und auch nutzen. Zwischen der Stadtverordnetenwahl 1993 und der Landtagswahl 2023 ist die Entwicklung je Wahlart etwas unterschiedlich verlaufen, ein deutlicher Anstieg ist aber vor allem seit 2018 bei allen zu beobachten. Nach-

folgend wird dies auf Basis der sogenannten „Wahlberechtigten mit Sperrvermerk“³ betrachtet.

³ Wahlberechtigte, die einen Wahlschein beantragen, erhalten im Wählerverzeichnis einen Vermerk darüber, so dass sie nicht mehr in dem ihnen zugewiesenen Wahllokal wählen können, ohne einen Wahlschein vorzulegen. Dieser Vermerk wird an den Wahlvorstand übermittelt, der das korrespondierende Wahllokal betreut. So wird ausgeschlossen, dass eine Wählerin/ein Wähler sowohl per Brief als auch vor Ort im Wahllokal ihre/seine Stimme abgibt und damit doppelt wählt.

Abb. 2 Zäsuren bei der Beantragung von Wahlscheinen bzw. Briefwahlunterlagen



Quelle: Wahlleiter/-in.

Direktwahlen

Lag der Anteil der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk bei den ersten beiden Wahlen 1995 und 2001 mit zehn bis elf Prozent relativ hoch, ging er anschließend auf unter acht Prozent zurück. Mit der Direktwahl 2018 stieg er dann wieder auf über zehn Prozent und erreichte bei den beiden Wahlgängen 2023 mit rund 20 Prozent seinen Höhepunkt.

Stadtverordnetenwahlen

Bei der zweiten Art der Kommunalwahlen – der Stadtverordnetenwahl – bewegte sich der Anteil der Wahlberechtigten, die einen Wahlschein beantragten, zwischen 1993 und 2016 im Bereich von acht bis etwas über elf Prozent. Auch die erste Wahl mit dem damals neuartigen Wahlrecht des Kumulierens, Panaschierens und Streichens sowie dem daraus resultierenden sehr großen Stimmzettel machte dabei keine Ausnahme. Erst die Pandemie-Wahl im März 2021 ließ den Anteil auf 30 Prozent ansteigen.

Landtagswahlen

Auch die Landtagswahlen 1995 bis 2009 führten zu Anteilen von Wahlberechtigten mit Sperrvermerk um die zehn Prozent. In den 2010er Jahren verdoppelte

sich der Anteil (rund 20 Prozent) und zur Landtagswahl im Oktober 2023 betrug er dann 27 Prozent.

Bundestagswahlen

Traditionell liegt der Anteil der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk bei Bundestagswahlen über dem der anderen Wahlarten inklusive der Europawahl. Betrug er 1994 bis 2009 rund 16 bis 18 Prozent, übersprang er 2013 die Marke von 20 Prozent und verzeichnete 2021 inmitten der Pandemie den Rekordwert von fast 41 Prozent.

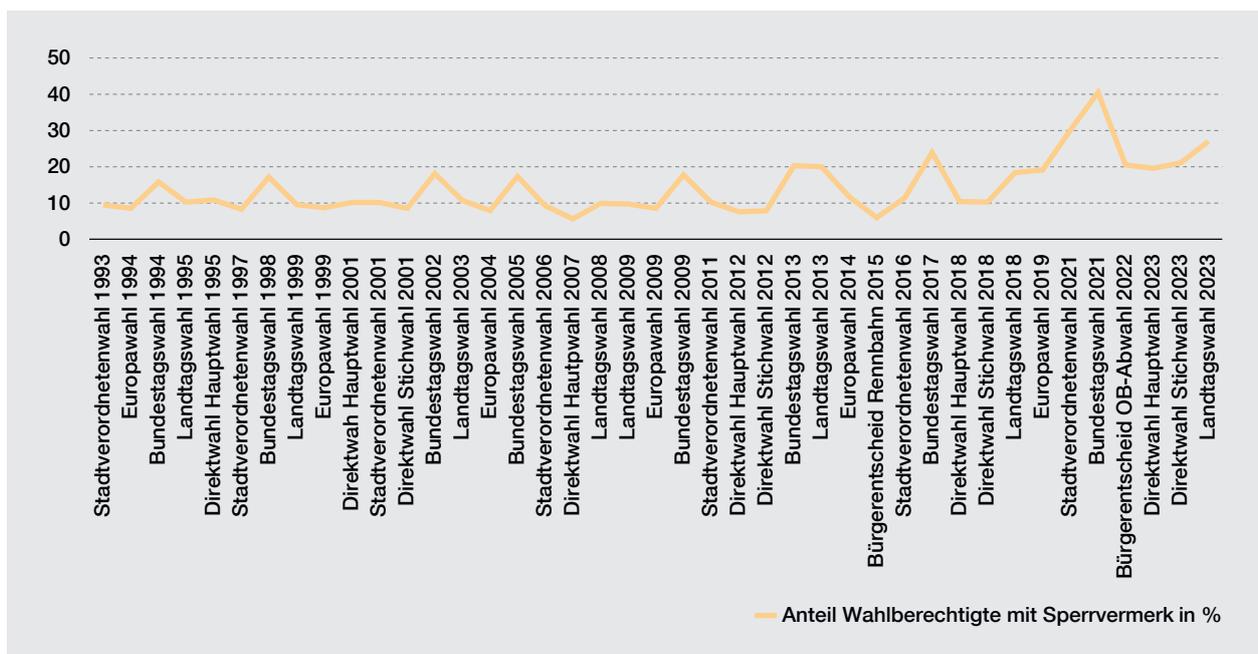
Europawahlen

Bei den Europawahlen der Jahre 1994 bis 2014 lag der Anteil derjenigen, die mit einem Sperrvermerk im Wählerverzeichnis standen, zwischen acht und zwölf Prozent. Mit der Wahl 2019 machte er einen deutlichen Sprung nach oben auf fast 20 Prozent.

Niveaushiftung bei allen Wahlarten

Über alle Wahlarten hinweg ist in den vergangenen zehn Jahren eine Niveaushiftung festzustellen und seit 2021 hat sich der Anteil der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk ein weiteres Mal deutlich erhöht.

Abb. 3 Verlauf des Anteils an Wahlberechtigten mit Sperrvermerk



Quelle: Wahlleiter/-in.

Sicher wählen in Zeiten der Pandemie

Neben den Wahlberechtigten mit Sperrvermerk sind auch die Wählerinnen und Wähler, die per Brief und mit Wahlschein im Wahllokal abstimmten, eine wichtige Größe zur Beurteilung der Situation in der Corona-Pandemie.

Am 2. November 2020 begann auf Beschluss der damaligen Bundesregierung der Lockdown, der gesellschaftlich einschränkende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit sich brachte. Erst im Mai 2021 wurde dieser Lockdown wieder aufgehoben und so mussten die hessischen Kommunalwahlen am 14. März 2021 unter den geltenden Bedingungen und Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt werden.

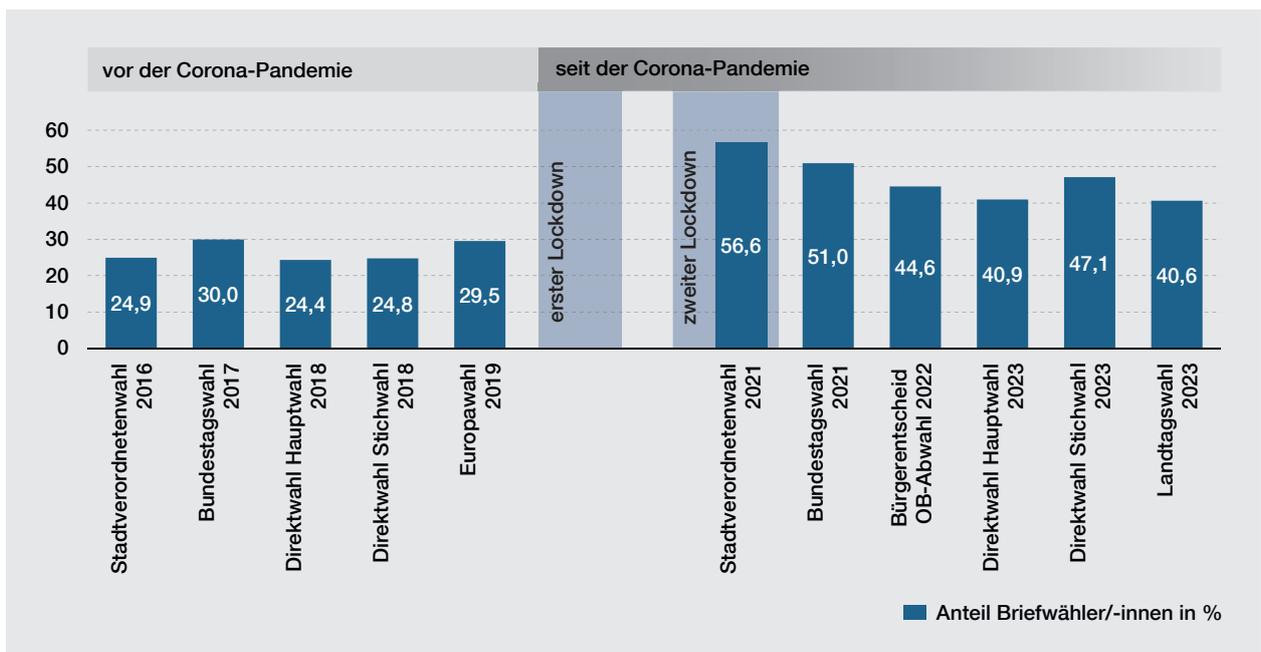
Ohne Zweifel führten die festgelegten Regularien auch bei den Wahlberechtigten zu Reaktionen. Die Briefwahl wurde zu diesem Zeitpunkt gegenüber der Wahl im Wahllokal eine attraktive Variante der Stimmabgabe, insbesondere da Zusammenkünfte vieler Personen, wie sie Wahlen nun einmal sind, eine Gefährdung der persönlichen Gesundheit darstellten. Vermutlich verstärkt wurde dieser Prozess durch eine Kampagne des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main, der mit Plakaten auf die Möglichkeit der sicheren Stimmabgabe per Briefwahl aufmerksam machte (siehe Abbildung 4).

Abb.4 Kampagnenplakat zu den Kommunalwahlen 2021



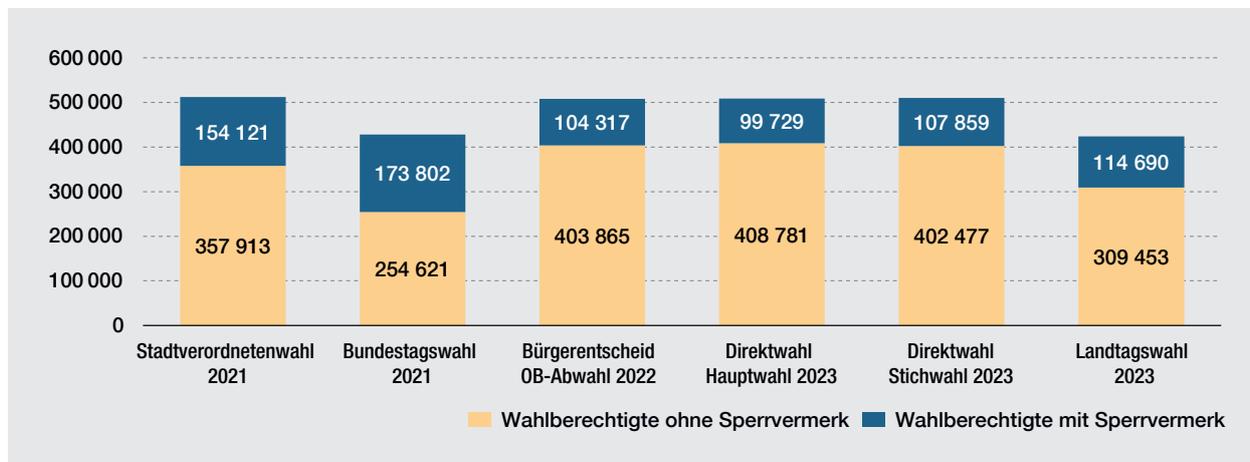
Quelle: Magistrat der Stadt Frankfurt am Main.

Abb.5 Anteil Briefwählerinnen und -wähler vor dem Hintergrund der Lockdownphasen



Quelle: Wahlleiter/-in.

Abb.6 Entwicklung der Wahlberechtigten insgesamt, mit und ohne Sperrvermerk



Quelle: Wahlleiter/-in.

Dass die Briefwahl durch ihre Kontaktarmut als gesundheitsschützende Alternative in der Pandemie begriffen wurde, zeigt die Betrachtung der Wahlen vor dem Hintergrund der Lockdownphasen. Bei den Kommunalwahlen 2021 wird dies besonders deutlich, als 30,1 Prozent der 512 034 Wahlberechtigten einen Wahlschein beantragten und 130 559 Wählerinnen und Wähler, das entspricht einem Anteil von 56,6 Prozent an allen Wählenden, diesen auch zur Briefwahl nutzten (siehe Abbildung 5, Seite 26).

Stadtverordnetenwahl 2021 als neuer Höhepunkt

Damit erreichte die Zahl der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk bei den Kommunalwahlen 2021 einen vorläufigen Höhepunkt. Für die Stadtverordnetenwahl stellten 154 121 Frankfurterinnen und Frankfurter einen Antrag (30,1 Prozent der Wahlberechtigten). Fünf Jahre zuvor, bei der Stadtverordnetenwahl 2016, gab es 57 617 Anträge und somit erhielten 11,5 Prozent der Wahlberechtigten einen Wahlschein. Damit stieg die absolute Zahl der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk, aber auch deren Anteil an den Wahlberechtigten insgesamt, um fast das Dreifache. Ein solcher Anstieg war nicht vorherzusehen.

Ebenso wie die Wahlberechtigten mit Sperrvermerk stieg auch die Zahl der Briefwählerinnen und -wähler an. Gaben 2016 noch 24,9 Prozent der Wählenden (48 745 Personen) per Brief ihre Stimme ab, so lag der Wert 2021 bei 56,6 Prozent (130 559 Wähler/-innen) und damit über doppelt so hoch wie noch fünf Jahre zuvor.

Entwicklung seit den Kommunalwahlen 2021

Einen weiteren Anstieg der Wahlscheinanträge gab es dann 2021 bei der Bundestagswahl. Tradiert liegt die Zahl der Wahlberechtigten, die einen Antrag auf Briefwahl stellen, bei dieser bundesweiten Wahl am höchsten. So wurde im September 2017 erstmals die Schwelle von 100 000 Anträgen überschritten und die Zahl lag fast doppelt so hoch wie bei der Stadtverordnetenwahl ein Jahr zuvor bzw. um ein Fünftel höher als noch bei der Bundestagswahl 2013.

Auch im Herbst 2021 wuchs die Zahl der Wahlscheinanträge und sie lag mit dem Abschluss des Wählerverzeichnis bei 173 802 Wahlberechtigten mit Sperrvermerk. Während die Zunahme gegenüber der Bundestagswahl vier Jahre zuvor 72 568 Wahlberechtigte betrug, lag der Wert nur 19 681 oder 12,8 Prozent über dem der Kommunalwahlen 2021. 2017 dagegen wurden bei der bundesweiten Wahl knapp 1,8-mal so viele Anträge gestellt wie bei den Kommunalwahlen des Jahres 2016.

Weiterhin hoch blieben die Antragszahlen beim Bürgerentscheid zur Abwahl des Oberbürgermeisters im November 2022 (104 317 Wahlberechtigte mit Sperrvermerk) und den beiden Wahlgängen der Direktwahl im März 2023 (Hauptwahl: 99 729, Stichwahl: 107 859). Der Anteil der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk lag somit bei allen drei Wahlgängen zwischen 19,6 und 21,1 Prozent. Allerdings ist zu beachten, dass alle Frankfurterinnen und Frankfurter, die auf Grund ihres 18. Geburtstages zwischen Haupt- und Stichwahl wahlberechtigt werden, von

Amts wegen Briefwahlunterlagen erhalten. Bei der Direktwahl 2023 betraf dies rund 2 800 Personen.

Auch bei der jüngsten Wahl, die zum Hessischen Landtag am 8. Oktober 2023, setzte sich der Trend fort und die Anteile blieben hoch. 27 Prozent der Wahlberechtigten erhielten einen Wahlschein und damit neun Prozentpunkte mehr als noch bei der Landtagswahl 2018 (siehe Abbildung 8, Seite 29).

Brief und Online-Antrag zunächst wichtigste Wege zum Wahlschein

Eine Auswertung der Art, wie die Briefwahanträge eingehen, ist seit der Bundestagswahl 2013 möglich. Zunächst waren die Einsendung per Post oder die persönliche Beantragung im Briefwahllokal die bestimmenden Elemente. Bis zur Europawahl im Jahr 2019 lag der Anteil der beiden genannten Antragswege in Summe bei 72 bis 85 Prozent. Im gleichen Zeitraum schwankte der Anteil der Anträge, die online gestellt wurden, zwischen zwölf und 27 Prozent.

Erst mit der Stadtverordnetenwahl 2021 drehte sich dieses Verhältnis um und zwei Drittel bis vier Fünftel der Anträge gingen online ein, während die traditionellen Antragsstellungen rückläufig waren (18 bis 34 %).

Aktuell fast 60 Prozent der Anträge per QR-Code

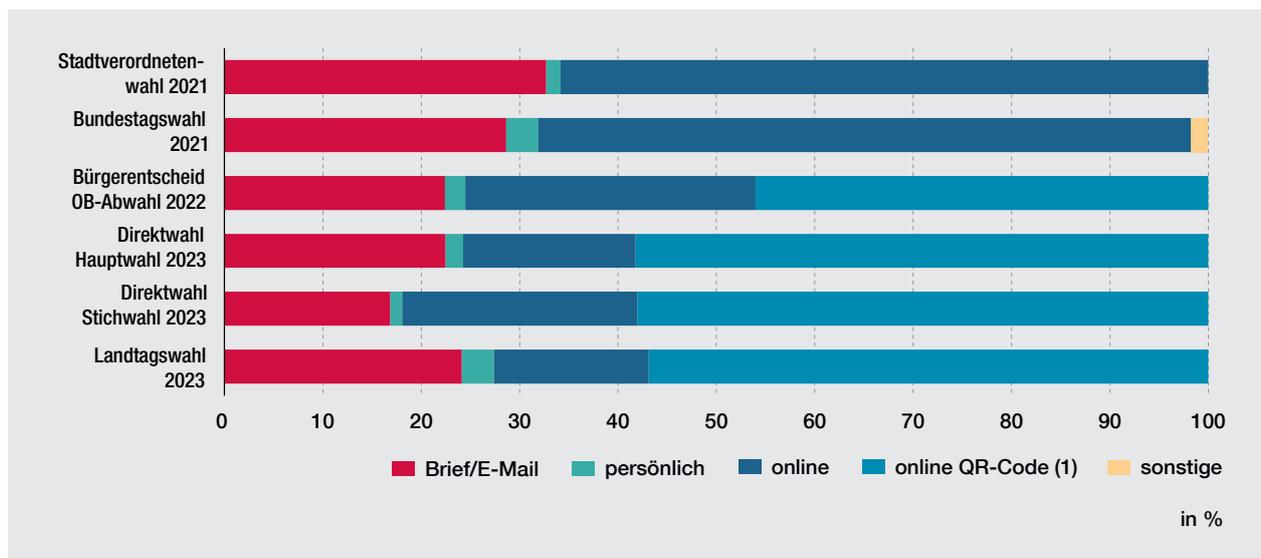
Zum wichtigsten Antragsweg hat sich bei den letzten Wahlen der individualisierte QR-Code, der erstmals auf den Wahlbenachrichtigungen zur Landtagswahl 2018 zu finden war, entwickelt. Dieser QR-Code enthält nicht nur den Link auf den Wahlscheinantrag online, sondern zugleich die notwendigen Angaben der bzw. des Wahlberechtigten. Ein einfacher Scan dieses QR-Codes mit dem Smartphone oder Tablet genügt, um in weniger als einer Minute einen Wahlscheinantrag zu stellen.

Bereits beim Bürgerentscheid zur Abwahl des Oberbürgermeisters nutzte fast die Hälfte der Antragstellenden den QR-Code und seit der Direktwahl im März dieses Jahres liegt der Wert bei knapp 60 Prozent aller eingegangener Anträge.

Wählende mit Wahlschein im Wahllokal

Nicht alle, die einen Wahlschein beantragen, nutzen die ebenfalls versandten Briefwahlunterlagen zur Stimmabgabe. Einige dieser Wahlberechtigten mit Sperrvermerk nutzen den Wahlschein, um kurzentschlossen doch im Wahllokal zu wählen. Seit Einführung der Briefwahl in der heutigen Form lässt sich dieses Vorgehen beobachten, allerdings war es lange Zeit die absolute Ausnahme.

Abb. 7 Übermittlungswege der Briefwahanträge seit der Stadtverordnetenwahl 2021



Quelle: Wahlleiter/-in.

(1) Auswertung seit 2022 möglich.

Abb.8 Anteil Wahlberechtigte mit Sperrvermerk sowie Briefwählerinnen und -wähler seit 1993



Quelle: Wahlleiter/-in.

Der Anteil der mit Wahlschein im Wahllokal Wählenden betrug bis zur Europawahl 2019 jeweils unter einem, zumeist sogar unter einem halben Prozent. Einzige Ausnahmen waren die Stadtverordnetenwahlen 2006 und 2011, bei denen die Quote über zwei Prozent lag, sowie dem Stichwahlgang der Direktwahl 2018, bei dem der Anteil 1,4 Prozent betrug.

Bei den Stadtverordnetenwahlen 2021 entschied sich – trotz oder aufgrund der damaligen Pandemielage – wiederum ein hoher Teil der Wahlberechtigten, die einen Wahlschein beantragt hatten, mit diesem im Wahllokal zu wählen. 1,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler (3 759 Personen) machten von dieser Möglichkeit Gebrauch, dreimal so viele wie 2016. Auch seit der Wahl im März 2021 blieb der Anteil der Urnenwählenden mit Wahlschein vergleichsweise hoch und betrug zwischen 0,7 (Bürgerentscheid November 2022) und 1,98 (Stichwahlgang März 2023) Prozent.

Änderungen wirken sich auf die Teilergebnisse der Parteien aus

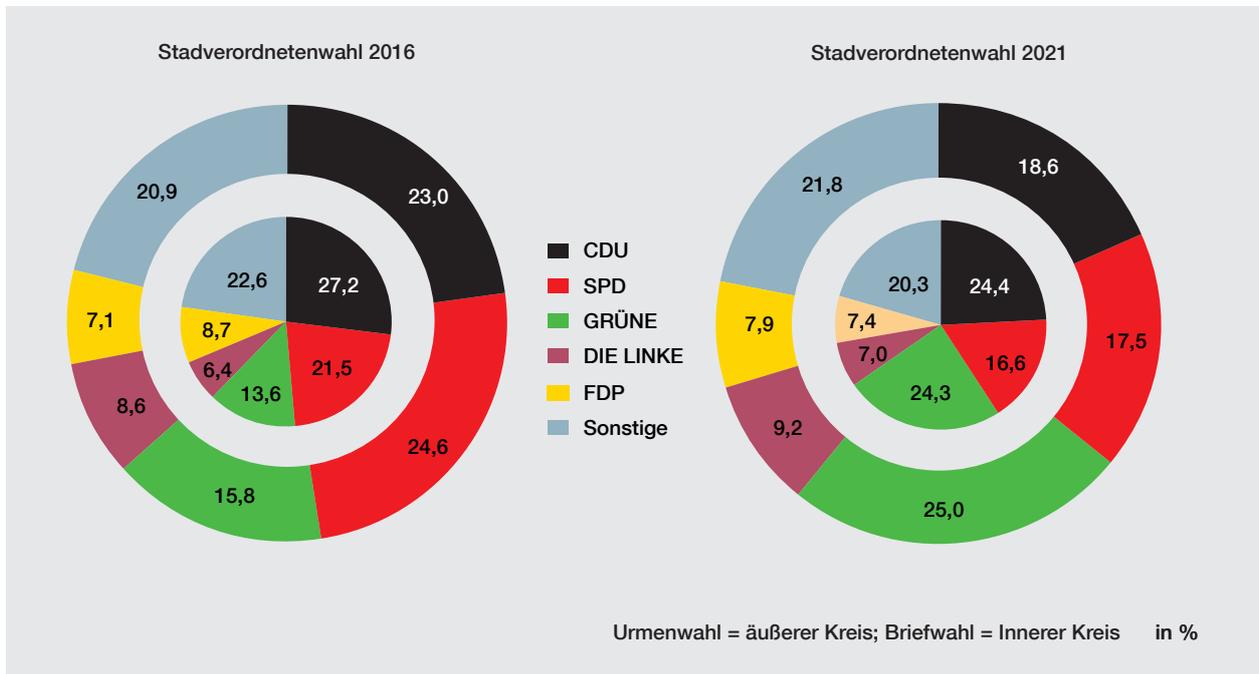
Der über die Zeit gewachsene Anteil an Wahlscheinanträgen wirkt sich auf die Art der Wahlbeteiligung, d. h. auf den Anteil der Briefwählerinnen und -wähler an den Wählenden insgesamt aus. Bis zur Direktwahl 2012 betrug der Anteil der per Brief Wählenden maximal 23,3 Prozent und lag zumeist unterhalb der 20-Prozent-Marke.

Mit der Bundestagswahl 2013 kam es zu einer Niveauverschiebung und der Anteil derjenigen, die ihre Stimme postalisch abgaben, lag sieben Jahre – bis zur Europawahl 2019 – zwischen knapp 24 und 30 Prozent. Ein neuerlicher Sprung ergab sich aus der Pandemiesituation bei der Stadtverordnetenwahl 2021, als der Anteil der Briefwählerinnen und -wähler auf den Rekordwert von 56,6 Prozent stieg. Zwar sank er dann in der Folge wieder ab, lag aber bis zur Landtagswahl im Oktober 2023 stabil bei über 40 Prozent.

Auswirkungen hat die beschriebene Niveauänderung des Briefwahlanteils auch auf die Ergebnisse der Parteien, wie eine Betrachtung der Parteiergebnisse getrennt nach Urnen- und Briefwahl für die beiden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 2016 und 2021, die Bundestagswahlen 2017 und 2021 sowie die Landtagswahlen 2018 und 2023⁴ deutlich macht.

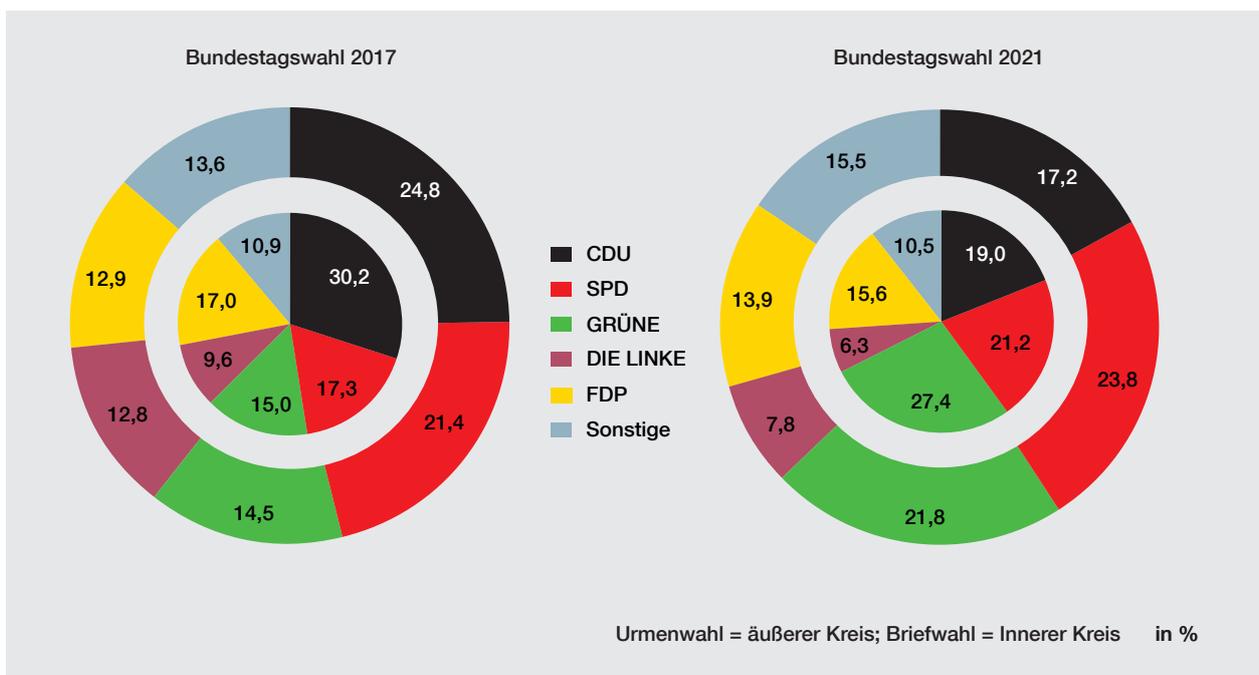
⁴ Zur Betrachtung werden bei den Bundestagswahlen die Zweitstimmen, bei den Landtagswahlen die Landesstimmen herangezogen. Die Erst- bzw. Wahlkreisstimmen finden keine Beachtung.

Abb. 9 Ergebnisse der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 2016 und 2021 nach Urnen- und Briefwahl



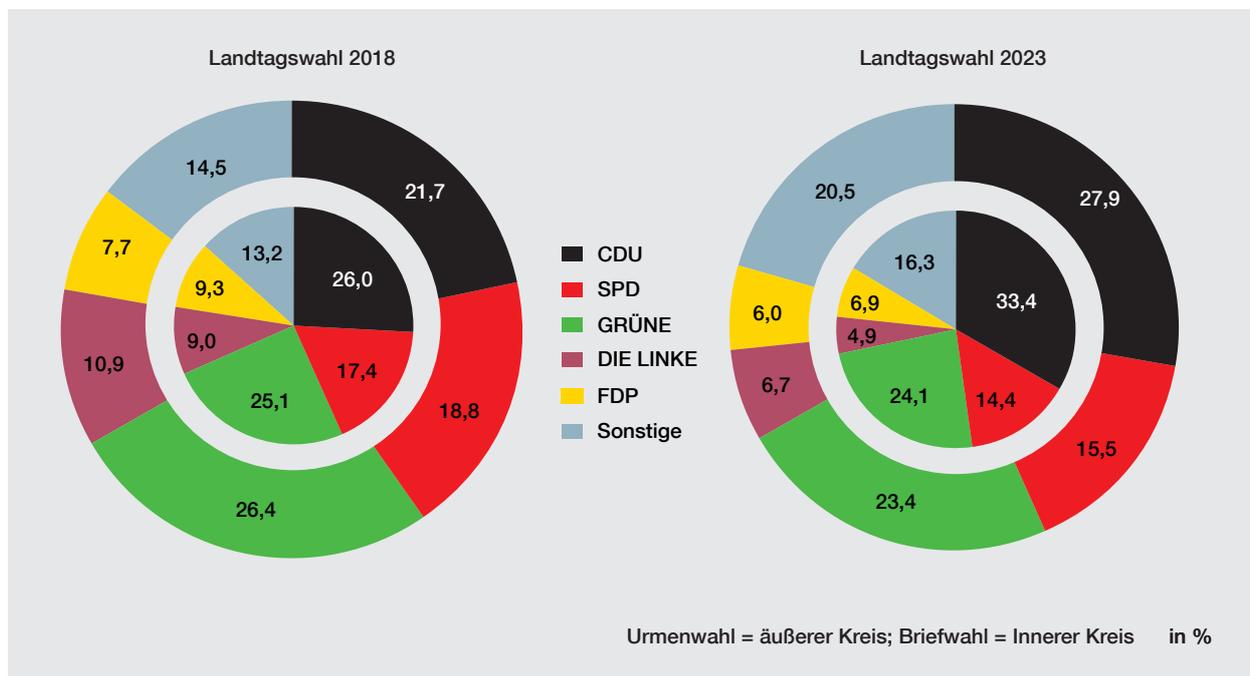
Quelle: Wahlleiter/-in.

Abb. 10 Ergebnisse der Bundestagswahlen 2017 und 2021 nach Urnen- und Briefwahl (Zweitstimmen)



Quelle: Wahlleiter/-in.

Abb. 11 Ergebnisse der Landtagswahlen 2018 und 2023 nach Urnen- und Briefwahl (Landesstimmen)



Quelle: Wahlleiter/-in.

CDU und FDP profitierten von der Briefwahl, SPD und DIE LINKE von der Urne

In der Vergangenheit – bei den Wahlen 2016, 2017 und 2018 – konnten die CDU sowie die FDP von der Briefwahl profitieren. Bei einer isolierten Ergebnisbetrachtung hätte die CDU in der Briefwahl mehr als drei Prozentpunkte über ihrem Ergebnis gelegen, die FDP 1,2 (2016, 2018) bzw. 2,9 (2017).

Dagegen waren die SPD und DIE LINKE in der Urnenwahl stärker vertreten. Das isolierte Briefwahlergebnis lag für die SPD 2016 um -2,3 Prozentpunkte unter dem Gesamtergebnis, 2017 waren es sogar -2,8 Prozentpunkte und 2018 minus ein Prozentpunkt. Ähnlich stellt es sich für DIE LINKE dar, sie unterschritt in der Briefwahl ihr Gesamtergebnis 2016 um -1,6, 2017 um -2,3 und 2018 um -1,4 Prozentpunkte.

Die Grünen lagen 2016 in der Briefwahl um -1,7 Prozentpunkte unter ihrem Gesamtergebnis. Bei der Bundestagswahl 2017 waren Urnen- und Briefwahl für die Partei eher ausgewogen, die Abweichungen lagen sowohl bei der Urnen- als auch bei der Briefwahl im Betrag unter einem halben Prozentpunkt. Bei der Landtagswahl 2018 war das Briefwahlergebnis der Grünen dann wieder unterdurchschnittlich (-0,9%-Punkte). Damit konnten die Grünen nicht

eindeutig von einer der beiden Arten der Stimmabgabe profitieren.

Hoher Briefwahlanteil führt zur Angleichung zwischen den Parteien

Bei den Wahlen 2021 und 2023 ist das Bild differenzierter. Die zunehmende Briefwahlbeteiligung führt dazu, dass die Unterschiede zwischen den Parteien zurückgehen und die Stimmenherkunft sich über die Parteigrenzen eher angleicht.

Bis auf wenige Ausnahmen bewegten sich die Abweichungen der Parteiergebnisse in der gesondert betrachteten Urnen- und Briefwahl im Betrag unter einem Prozentpunkt. Abweichend davon konnte die CDU bei der Stadtverordnetenwahl 2021 nochmals deutlich von den Briefwahlstimmen profitieren, ihr Ergebnis lag +2,5 Prozentpunkte höher als gesamt. DIE LINKE erreichte tradiert in der Urnenwahl mit +1,3 Prozentpunkten ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis.

Die Grünen erzielten bei der Bundestagswahl ein sehr gutes Ergebnis – sie wurden mit 24,6 Prozent die stärkste Kraft in Frankfurt – und konnten sich dabei auf ein sehr gutes Abschneiden bei der Briefwahl stützen. Ihr Ergebnis lag hier um +2,8 Prozentpunkte höher als insgesamt. Auffällig ist auch das

Abschneiden der SPD in der Urnenwahl, in der die Partei +1,3 Prozentpunkte über ihrem Gesamtergebnis lag.

Interessanterweise ergab sich bei der Landtagswahl 2023 für die CDU wieder ein tradiert-bekanntes Bild. Ihr Ergebnis in der Briefwahl lag +3,3 Prozentpunkte über ihrem Gesamtergebnis, während die Urnenwahl um -2,2 Prozentpunkte zurückblieb. Auch bei der Linken lag die Verteilung beim alten Muster, die Briefwahl wich um -1,1 Prozentpunkte, die Urnenwahl um +0,7 Prozentpunkte vom Gesamtergebnis ab.

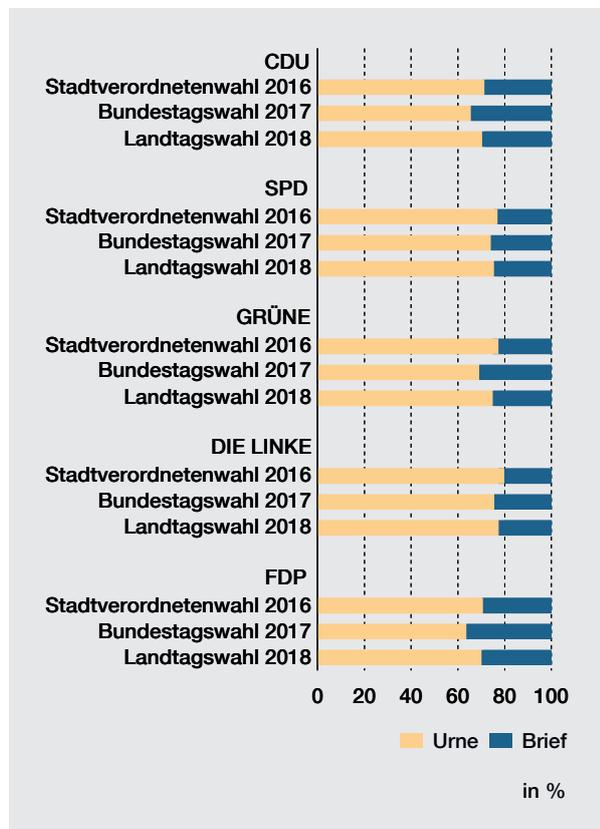
Stimmenherkunft ist deutlich verschoben

Bezogen bei den Wahlen 2016, 2017 sowie 2018 noch alle fünf genannten Parteien den weitaus größeren Anteil ihrer Stimmen aus der Urnenwahl, die- ser betrug nur in wenigen Ausnahmefällen unter 70

Prozent, so hat sich dies seit der Stadtverordnetenwahl 2021 deutlich verändert.

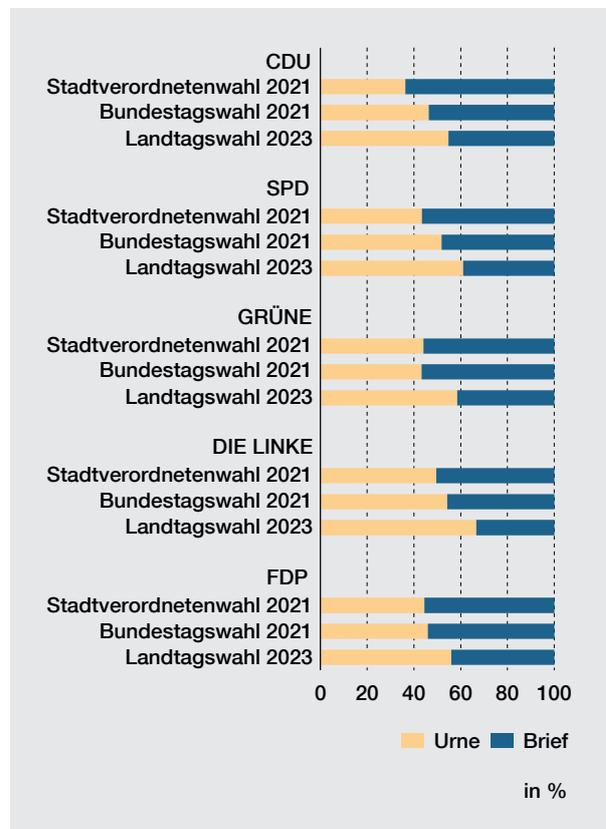
Alle fünf Parteien gewannen bei der Stadtverordnetenwahl 2021 mehr als die Hälfte ihrer Stimmen durch die Briefwahl, wobei der Anteil der Briefwählenden an allen Wählenden 57,3 Prozent betrug. Sechs Monate später, bei der Bundestagswahl 2021 mit einem Anteil der Briefwählenden von 51,1 Prozent, traf dies auf die SPD und DIE LINKE bereits nicht mehr zu. Während 48,2 der SPD-Stimmen per Brief abgegeben wurden, waren es bei der Linken 45,8 Prozent. Mit der Landtagswahl 2023 fiel der Anteil der per Brief abgegebenen Stimmen auf 40,8 Prozent und damit erhielten auch alle fünf aufgeführten Parteien wieder den größeren Teil ihrer Stimmen aus der Urnenwahl. Dabei schwankte der Prozentsatz der Urnenstimmen je nach Partei zwischen 54,8 Prozent (CDU) und 66,6 Prozent (DIE LINKE).

Abb. 12 Stimmenherkunft für die Parteien nach Urnen- und Briefwahl für die Stadtverordnetenwahl 2016, die Bundestagswahl 2017 und die Landtagswahl 2018



Quelle: Wahlleiter/-in.

Abb. 13 Stimmenherkunft für die Parteien nach Urnen- und Briefwahl für die Wahlen 2021 sowie die Landtagswahl 2023



Quelle: Wahlleiter/-in.

Wahlentscheidung fällt verstärkt vor dem Wahlsonntag

Die vorhergehenden Ausführungen zeigen, dass die Wahlberechtigten unabhängig von ihrer Parteipräferenz verstärkt die Briefwahl nutzen. Das wiederum bedeutet in der Folge, dass sich die Wahlentscheidung zu einem nicht unbedeutenden Teil bereits auf die sechs Wochen vor dem Wahlsonntag verlagert. Ereignisse und Wahlkampfhalte, die kurz vor dem Wahltag stattfinden, können damit an Bedeutung verlieren.

Wie geht es weiter? Eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung

Selbstverständlich ist das Verhalten der Wählerinnen und Wähler in der Zukunft nicht vorhersehbar. Allerdings lässt sich auf Basis der Entwicklung seit Beginn des Jahrzehnts und vor allem seit der Stadtverordnetenwahl 2021 vermuten, dass die Beteiligung per Brief weiterhin einen hohen Anteil haben wird. Insbesondere ist damit zu rechnen, dass die schnelle und unkomplizierte Beantragung von Brief-

wahlunterlagen einen weiteren signifikanten Rückgang der Briefwahlanteile verhindert.

Derzeit sieht es so aus, als ob sich der Anteil der Wahlberechtigten, die Briefwahl beantragen, bei 35 bis 40 Prozent der Wahlberechtigten einpendeln könnte. Gegenüber dem Durchschnittsanteil im vorhergehenden Jahrzehnt (24,7 %) käme es somit zu einer deutlichen Niveauverschiebung um fast 20 Prozentpunkte nach oben (Mittelwert der Wahlen seit 2021: 46,8 Prozent). Bezogen auf die jeweilige Wahlart scheint eine Verdoppelung der Antragszahlen im Vergleich zu der Zeit vor der Pandemie durchaus möglich. In Folge könnte sich dann auch der Anteil der Briefwählenden bei einem Wert um 40 Prozent einpendeln.

Ob damit dauerhaft eine Verschiebung der Partei-ergebnisse nach Urnen- und Briefwahl einhergeht, ist fraglich. Mit der Landtagswahl 2023 waren bei wenigen Parteien wieder alte Muster erkennbar und es bleibt abzuwarten, ob diese sich in den nächsten Wahlen verfestigen oder doch ganz neue Muster entstehen.

Literaturverzeichnis

WOLFSTEINER, Michael, 2017. Stimmabgabe unter Umschlag: die Briefwahl bei den Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt am Main. In: *Frankfurter Statistische Berichte*. 2017, S. 22–31

So hat Frankfurt gewählt – die repräsentative Wahlstatistik der Bundes- und Landtagswahlen seit 2000

Oliver Brücher

Die repräsentative Wahlstatistik ist ein gesetzlich vorgeschriebenes Erhebungsverfahren, das Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht abbildet. Geregelt ist sie im Wahlstatistikgesetz sowie in Wahlgesetzen und –verordnungen.¹ Auch in Frankfurt wird die repräsentative Wahlstatistik ausgewertet und zusammen mit den allgemeinen Wahlergebnissen veröffentlicht. Hierfür werden in ausgewählten Stimmbezirken markierte Stimmzettel erneut nach spezifischen Merkmalen erfasst (siehe hierzu Infobox „Ablauf der repräsentativen Wahlstatistik“, Seite 36).

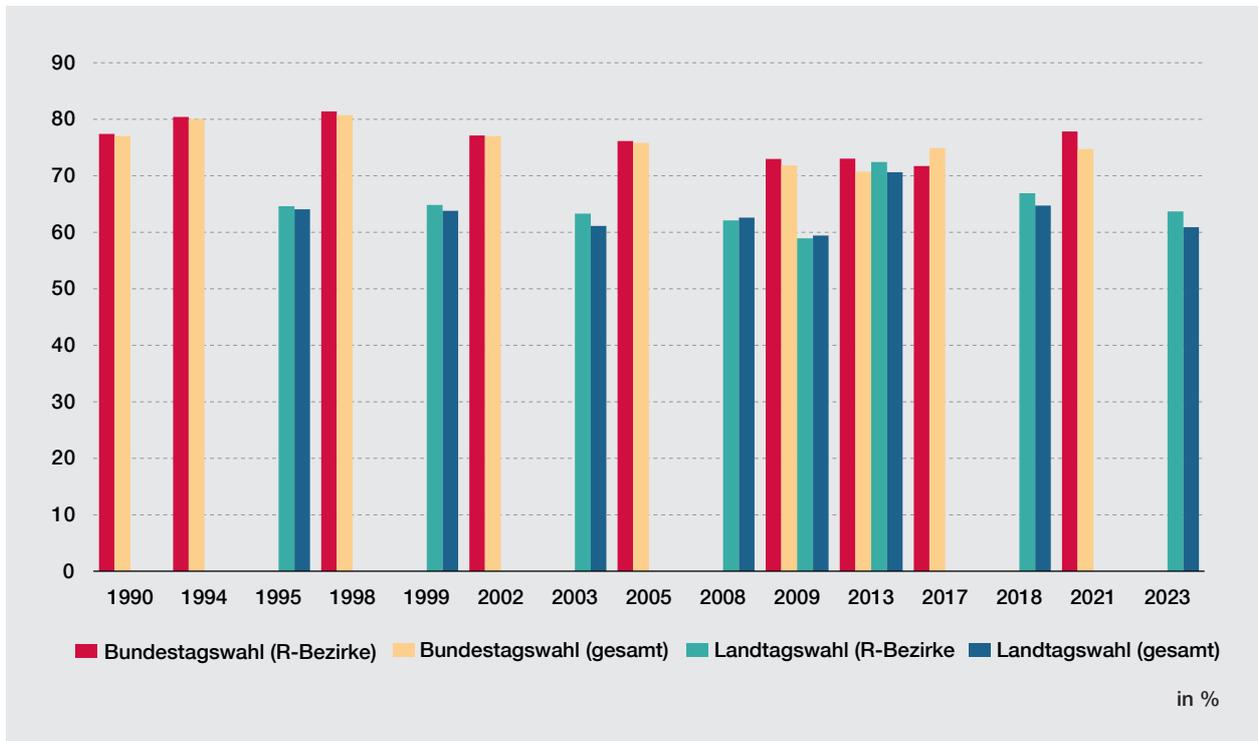
Im folgenden Beitrag werden erstmals die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik für die Bun-

des- und Landtagswahlen der Jahre 2002 bis 2023 daraufhin untersucht, inwieweit sich Veränderungen oder erkennbare Muster ergeben haben.

Zu beachten ist, dass die jeweils ausgewählten Wahlbezirke nicht immer die gleichen sind, sondern von Wahl zu Wahl zumeist unterschiedliche Bezirke zu Grunde gelegt wurden. Ursache dafür ist, dass die repräsentativen Wahlbezirke durch die Bundes- bzw. Landeswahlleitung vorgegeben werden. Die Auswahl muss zur jeweiligen Wahl zum Beispiel an neue Wahlbezirkszuschnitte angepasst werden. Die Repräsentativität ist aber durchgängig gegeben. Insofern ist die Bildung langer Reihen sinnvoll und aussagefähig. Abbildung 1 zeigt am Beispiel der Wahlbeteiligung exemplarisch die Qualität der repräsentativen Wahlstatistik. Gut zu erkennen ist, dass die Abweichung zwischen tatsächlicher Wahl-

¹ Die repräsentative Wahlstatistik ist gesetzlich geregelt im § 2 Wahlstatistikgesetz, im § 48 Absatz 2 Landeswahlgesetz sowie im § 72 Landeswahlordnung.

Abb. 1 Vergleich der Wahlbeteiligung in den R-Bezirken und in Frankfurt insgesamt bei Bundes- und Landtagswahlen



Quelle: Eigenberechnung.

Ablauf der repräsentativen Wahlstatistik

Für die repräsentative Wahlstatistik werden im Vorfeld einer jeden Wahl durch die Bundes- beziehungsweise Landeswahlleitung nach einem Zufallsverfahren repräsentative Wahlbezirke ausgewählt. Als Grundlage dienen hier Ergebnisse vorangegangener Wahlen. Zudem muss sichergestellt sein, dass im ausgewählten Wahlbezirk ausreichend Personen an der Wahl teilnehmen.¹

In den Stichprobenwahlbezirken wird genauso gewählt wie in allen anderen Wahlbezirken auch. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Stimmzettel mit einem Unterscheidungsaufdruck versehen sind, der Aufschluss über die Zugehörigkeit der Wählerin bzw. des Wählers zu einer von sechs Altersgruppen gibt. Eine Übersicht der Altersgruppen und die dazugehörige Stimmzettelmarkierung sind Tabelle 1 (Seite 37) zu entnehmen. Die Ermittlung des Wahlergebnisses durch die Wahlvorstände erfolgt, wie in allen anderen Wahlbezirken auch, direkt im Anschluss an die Schließung der Wahllokale. Die anonyme statistische Auszählung nach Alter und Geschlecht wird erst im Nachgang zur Wahl in der Statistikstelle und damit zeitlich und örtlich getrennt von der Feststellung des Wahlergebnisses durchgeführt. Die Stichprobenbezirke sind über das gesamte Stadtgebiet verteilt und stets so groß, dass das Wahlgeheimnis nicht verletzt wird. Rückschlüsse auf die Stimmabgabe von Einzelpersonen sind nicht möglich und Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke dürfen nicht bekannt gegeben werden.

Die Wahlbeteiligung in den repräsentativen Urnenwahlbezirken berechnet sich aus der Zahl der Wählerinnen und Wähler zuzüglich der Wahlberechtigten mit ausgestellttem Wahlschein bezogen auf die Wahlberechtigten insgesamt.

Seit 2002 werden auch Briefwahlbezirke in die Auswertung einbezogen, um dem angestiegenen Briefwahlaufkommen Rechnung zu tragen.²

¹ Geregelt im § 3 Wahlstatistikgesetz. Danach muss der ausgewählte repräsentative Wahlbezirk mindestens 400 Wählerinnen und Wähler umfassen

² Siehe Artikel „Briefwahl als Alternative in der Pandemie: Ausnahme oder fortlaufender Trend?“ Seite 23 in diesem Heft.

glichen mit denen der repräsentativen Wahllokale recht gering ist. Darüber hinaus verläuft die Entwicklung der Wahlbeteiligung parallel und Trends lassen sich dementsprechend gut ablesen.

Der Fokus der Betrachtung liegt auf den traditionellen Parteien, von denen es seit vielen Jahren Ergebnisse gibt, also CDU, SPD, GRÜNE und FDP. Zu den Sonstigen zählen vor allem die kleineren Parteien, aber auch DIE LINKE und die AfD. Für DIE LINKE gibt es seit 2005 Daten, für die AfD seit 2013. Beide fließen daher bei der Langzeitbetrachtung in der Bewertung in die Sonstigen ein, es wird allerdings im Rahmen des Möglichen auf einzelne Aspekte eingegangen

Wahlbeteiligung in repräsentativen Bezirken

Die Wahlbeteiligung beschreibt, wieviel Wahlberechtigte bei einer Wahl von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. Aber die Wahlbeteiligung zeigt auch an, wie stark Wahlberechtigte motiviert und mobilisiert wurden, ihre Stimmen abzugeben und damit gelebte Demokratie zu praktizieren.

Hier sind klare Strukturen festzustellen. Je nachdem, welche Bedeutung die Bürgerinnen und Bürger einer Wahl beimessen, üben sie mehr oder weniger ihr Stimmrecht aus. Die Wahlbeteiligung variiert dabei zwischen den unterschiedlichen Alters- und Geschlechtsgruppen. Jüngere Menschen weisen in der Regel eine geringere Bereitschaft auf, wählen zu gehen, während bei den fortgeschrittenen Altersgruppen eine höhere Wahlbeteiligung festzustellen ist.

Auf die Unterscheidung zwischen dem Wahlverhalten von Frauen und Männern wird nicht näher eingegangen. Es lässt sich aber feststellen, dass die weibliche Wählerschaft fast durchweg eine etwas niedrigere Wahlbeteiligung aufweist als die männliche – und das in allen Altersgruppen (siehe Tabelle 2, Seite 50).

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

Sind in den 1970er Jahren über 90 Prozent der Wahlberechtigten bei Bundestagswahlen an die Wahlurnen gegangen, so ist diese Bereitschaft im Laufe der Jahrzehnte deutlich zurückgegangen,

Tab. 1 Unterscheidung der Altersgruppen auf dem Stimmzettel

Geschlecht	Alter ... Jahre	Aufdruck
männlich, divers oder ohne Angabe im Geburtenregister (1)	18 bis 24	A
	25 bis 34	B
	35 bis 44	C
	45 bis 59	D
	60 bis 69 (2)	E
	70 und mehr (2)	F
weiblich	18 bis 24	G
	25 bis 34	H
	35 bis 44	I
	45 bis 59	K
	60 bis 69 (2)	L
	70 und mehr (2)	M

(1) Aufgrund geringer Fallzahlen des Merkmals "divers" wird die binäre Geschlechterform ausgewiesen. (2) Die Differenzierung zwischen 60 bis 69 Jahre und 70 Jahre und älter wird erst seit 2013 vollzogen. Bis dahin gab es nur die Einteilung 60 Jahre und älter.

auch in Frankfurt. So gaben in den Jahren zwischen 1977 und 1990 rund 80 Prozent der wahlberechtigten Frankfurterinnen und Frankfurter ihre Stimmen ab. Seit dem Jahrtausendwechsel sank die Wahlbeteiligung stetig bis auf 71 Prozent ab. Bei der letzten Bundestagswahl konnte jedoch wieder ein Anstieg auf fast 78 Prozent verzeichnet und damit der höchste Wert im betrachteten Zeitraum erreicht werden.

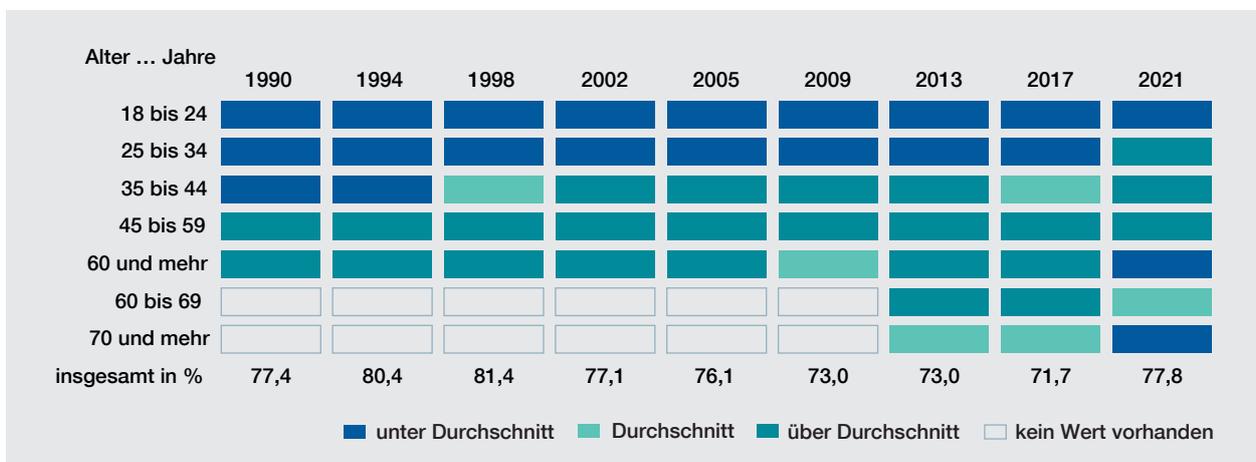
Generell zeigt sich im Zeitverlauf der bekannte Trend einer zunehmenden Wahlpartizipation entlang der Altersgruppen. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahlbeteiligung, wobei sie in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen in der Regel ihren Höhepunkt hat.

Besonders auffallend ist die deutlich unterdurchschnittliche Beteiligung der jüngsten Altersgruppen der Wählerinnen und Wähler an den Bundestagswahlen, was sehr gut in Abbildung 4 (Seite 39) zu erkennen ist. Sie lag im Schnitt über zehn Prozentpunkte unter dem Gesamtwert und teilweise 20 Prozentpunkte unter allen anderen Altersgruppen.

Auch kann ein kontinuierlicher Rückgang der Wahlbeteiligung bei nahezu allen Altersgruppen festgestellt werden. Allerdings kam es bei der letzten Bundestagswahl wieder zu einem deutlichen Plus. Vor allem bei den Altersgruppen der 35- bis 44-Jährigen, der 45- bis 59-Jährigen und der 25- bis 34-Jährigen gab es eine stärkere Mobilisierung und offensichtlich eine höhere Motivation, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

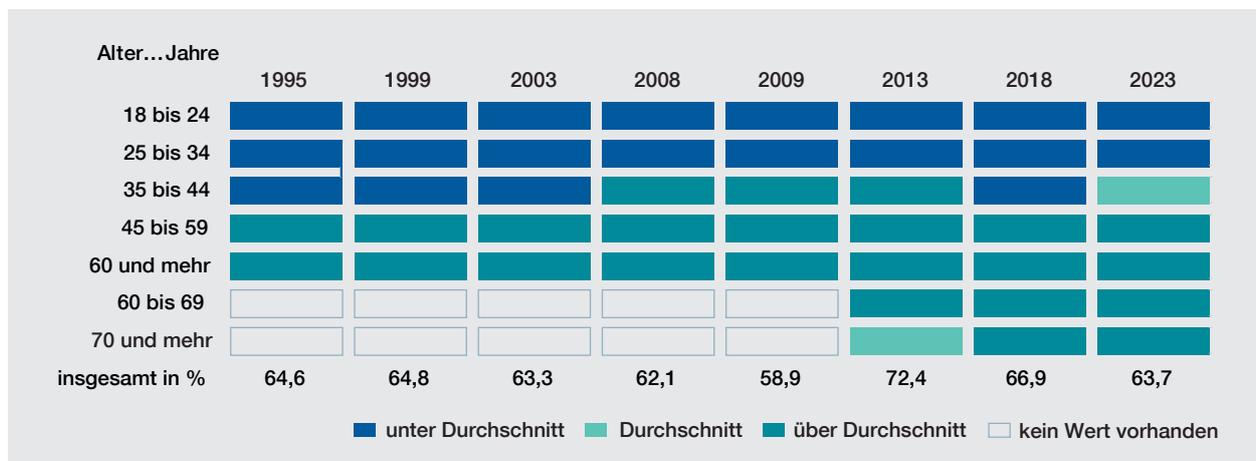
Hervorzuheben ist, dass sich in Frankfurt insbesondere die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen als besonders „treue“ Wählerinnen und Wähler erwiesen hat und nicht die Generation 60+, wie oft vermutet wird. Auch die Wählerinnen und Wähler zwischen 35 und 44 Jahren weisen eine überdurchschnittliche Stimmabgabenquote bei den Bundestagswahlen auf, wenngleich sie volatiler im Trend waren. Bei der Generation 60+ erwiesen sich die 60-

Abb. 2 Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1990



Quelle: Eigenberechnung.

Abb. 3 Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen seit 1995



Quelle: Eigenberechnung.

bis 69-Jährigen als engagiertere Wahlgängerinnen und -gänger als die über 70-Jährigen.

In Abbildung 2 (Seite 37) ist gut die Abweichung der jeweiligen Altersgruppe vom Durchschnittswert der Wahlbeteiligung der entsprechenden repräsentativen Wahlstatistik zu erkennen.

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen

Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen unterscheidet sich erwartungsgemäß deutlich von der Beteiligung an Bundestagswahlen. In Abbildung 4 (Seite 39) ist gut zu erkennen, dass die Landtagswahlen niedrigere Stimmabgabequoten aufweisen als die Bundestagswahlen. Das Jahr 2013 sticht allerdings heraus, da es einen starken Anstieg der Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen gab – in etwa auf das Niveau bei Bundestagswahlen. Dies ist jedoch dadurch zu erklären, dass Bundes- und Landtagswahl damals zum gleichen Datum abgehalten wurden. Das zeigt deutlich, dass Bundestagswahlen von Bürgerinnen und Bürgern in Frankfurt als wichtiger erachtet werden als Landtagswahlen (oder andere Wahlen), denn sonst würde die Wahlbeteiligung in etwa das gleiche Niveau erreichen und nicht deutlich darunterliegen.

Interessant ist, dass bei der Landtagswahl 2023 die Parteiergebnisse deutliche Veränderungen aufweisen, aber keine höhere Wahlbeteiligung zu verzeichnen ist. Im Gegenteil: Der allgemeine Trend des Rückgangs der Wahlbeteiligung bleibt bestehen.

Wie bei den Bundestagswahlen weist auch bei den Landtagswahlen über die Zeit hinweg betrachtet die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen eine über-

durchschnittliche Stimmabgabequote auf. Anders als bei den Bundestagswahlen erweisen sich hier die Jahrgänge 60+ als über dem Durchschnitt liegend, besonders bei den Wählerinnen und Wählern zwischen 60 und 69 Jahren lässt sich die höchste Wahlbeteiligung feststellen, wenn auch mit fallender Tendenz. Auffallend ist die Entwicklung der 25- bis 34-jährigen Wahlberechtigten, bei denen bei der letzten Landtagswahl entgegen dem Trend ein Plus bei der Wahlbeteiligung festzustellen ist, wenngleich sie nach wie vor – wie auch die 18- bis 24-Jährigen – deutlich unterdurchschnittliche Stimmabgabequoten aufweisen. Die 35- bis 44-Jährigen, die bei den Bundestagswahlen zuletzt deutlich überdurchschnittliche Quoten aufwiesen, lagen bei den letzten Landtagswahlen unter dem Schnitt.

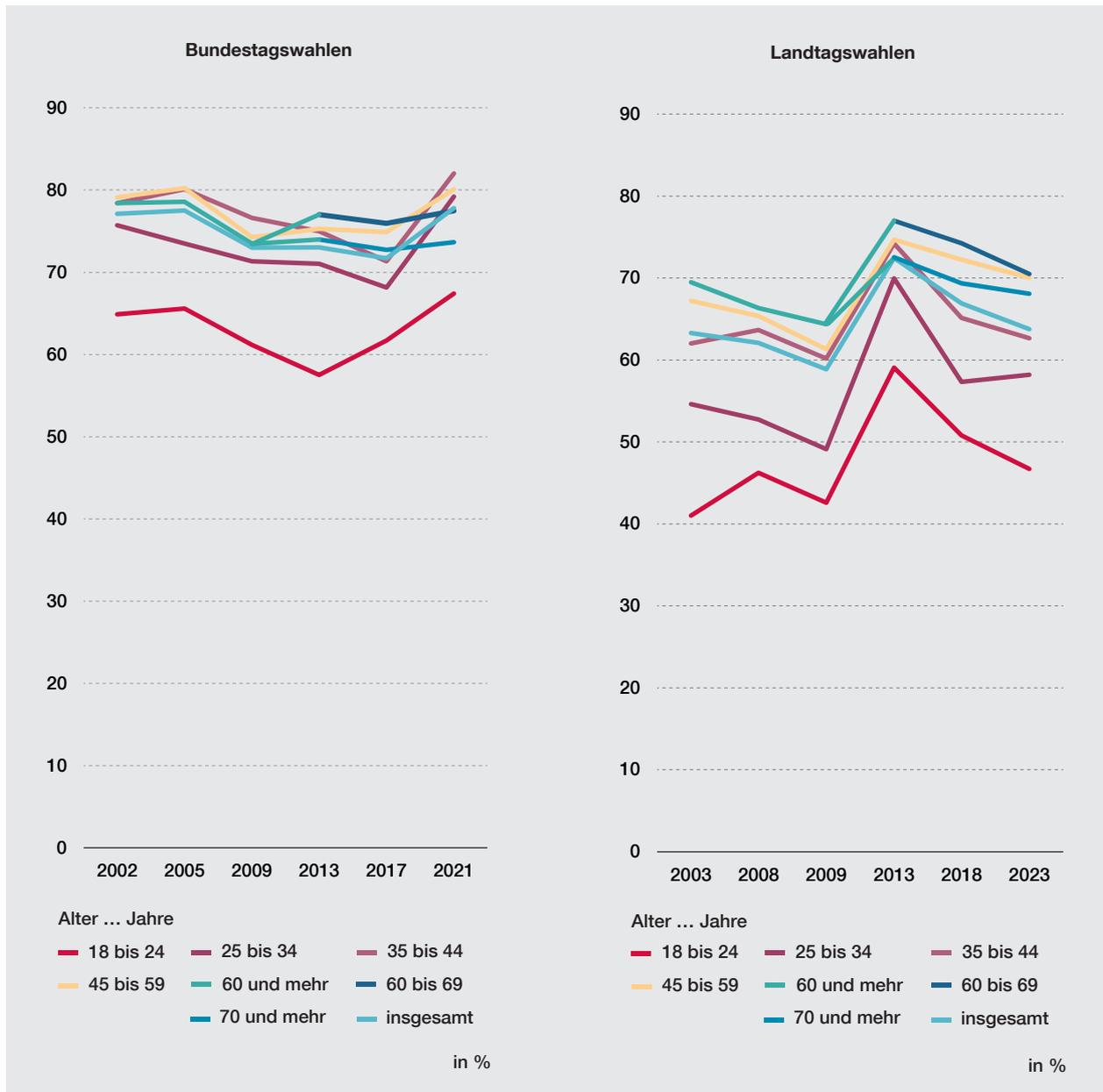
Für die Landtagswahlen zeigt die Abbildung 3 die Abweichungen der Stimmabgaben der Altersgruppen vom Durchschnitt der jeweiligen Wahlbeteiligung.

Wahlverhalten in den Altersgruppen unterschiedlich

Neben der unterschiedlichen Wahlbeteiligung der einzelnen Gruppen ist auch eine zunehmende Pluralisierung der politischen Präferenzen in allen Altersgruppen festzustellen. Die Parteienlandschaft wird größer und von den jeweiligen Altersgruppen unterschiedlich unterstützt. Festzustellen ist, dass die Differenzen der Parteienergebnisse zwischen Bundes- und Landtagswahlen mit zunehmenden Alter geringer werden.

Ein deutlicher Bruch im Trend ist zwischen den Landtagswahlen 2008 und 2009 für die Sozialde-

Abb. 4 Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen und Landtagswahlen



Quelle: Eigenberechnung.

mokraten zu erkennen, was auf politische Umstände zurückzuführen ist, die bei den jüngeren Altersgruppen stärkere Auswirkungen hatten als bei den älteren.²

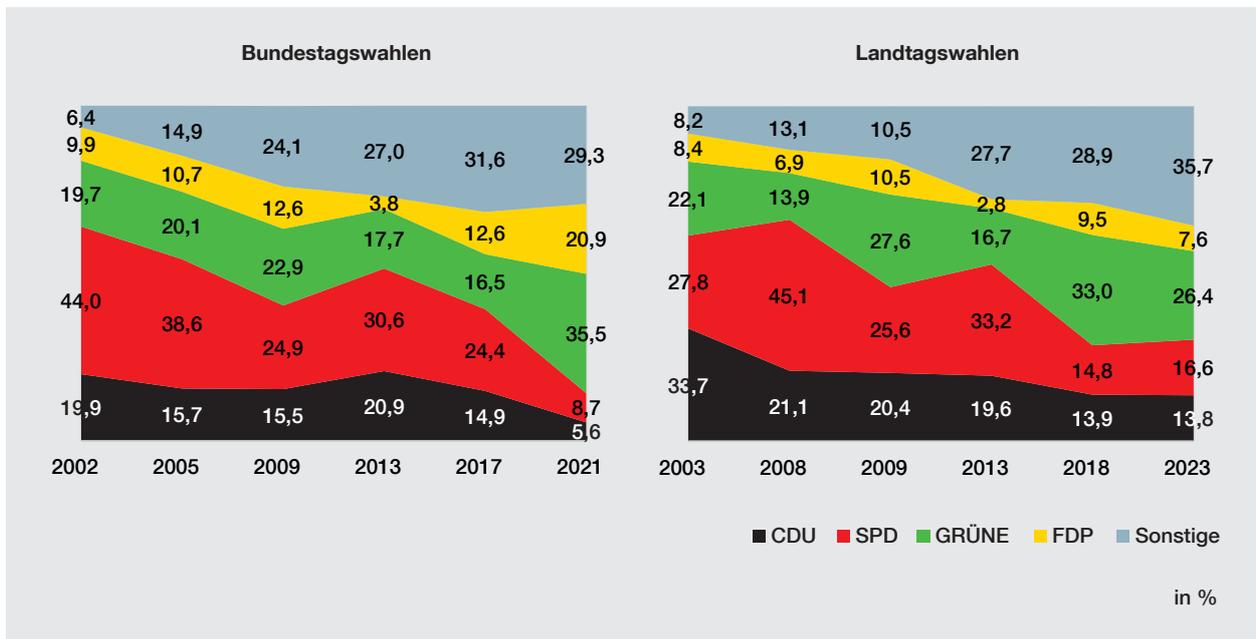
² Es gab ein Wahlversprechen der SPD, nicht mit DIE LINKE zu kooperieren. Dies wurde aufgrund der engen Mehrheitsverhältnisse nicht eingehalten und die SPD strebte eine Tolerierung durch die Linke an. Dies scheiterte am Widerstand einiger SPD-Abgeordneter, was letztlich zu einer Minderheitsregierung der CDU und zur Neuwahl 2009 führte.

Wahlverhalten der 18- bis 24-Jährigen

Die jüngste Altersgruppe, die Gruppe der Jung- und Erstwählenden³, ist geprägt davon, dass die Wähler

³ Erstwählerinnen und Erstwähler sind die Personen, die zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Wahl teilnehmen. Dazu zählen diejenigen, die zum Wahltag 18 Jahre alt geworden sind und solche, die bei der vorangegangenen Wahl noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben und bei der aktuellen Wahl zum ersten Mal an einer Wahl partizipieren können.

Abb.5 Wahlverhalten der 18- bis 24-Jährigen



Quelle: Eigenberechnung.

rinnen und Wähler erst am Beginn ihrer Lebensplanung stehen. Dementsprechend setzen sie andere Prioritäten als ältere Jahrgänge. Schule, Ausbildung, Berufsbeginn und viele andere Dinge stehen im Vordergrund. Ihre Vorstellung der Gestaltung ihrer Zukunft sind Grundlage für ihre Wahlentscheidungen. Die Altersgruppe, die über die Jahre stets die geringste Wahlbeteiligung aufgewiesen hat, zeigt sich auch bei der Präferenz der gewählten Parteien deutlich abweichend vom Durchschnitt. Das Abstimmungsverhalten der Wählerinnen und Wähler zwischen 18 und 24 Jahren ist in Abbildung 5 dargestellt.

Während bei den Landtagswahlen 2003 das Gros der Stimmenanteile der 18- bis 24-Jährigen noch bei den „etablierten“ Parteien lag, so ist deutlich zu sehen, dass im Laufe der Zeit die sonstigen Parteien ihren Anteil deutlich ausbauen konnten. Betrug 2003 der Anteil von CDU und SPD 61,5 Prozent, kamen beide 2023 zusammen nur auf 30,4 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der sonstigen Parteien im selben Zeitraum von 8,2 Prozent auf 35,7 Prozent. Auffallend ist der stabile Anteil der FDP (außer 2013).

Tendenziell wählten die 18- bis 24-Jährigen eher „links“, den stärksten Zuspruch über die Jahre erfuhren die Grünen. Auch DIE LINKE schnitt überdurchschnittlich ab. Die jüngste Wählergruppe ist in der Präferenz ihrer Parteien breiter aufgestellt als andere Altersgruppen, denn in keiner Altersgruppe erfah-

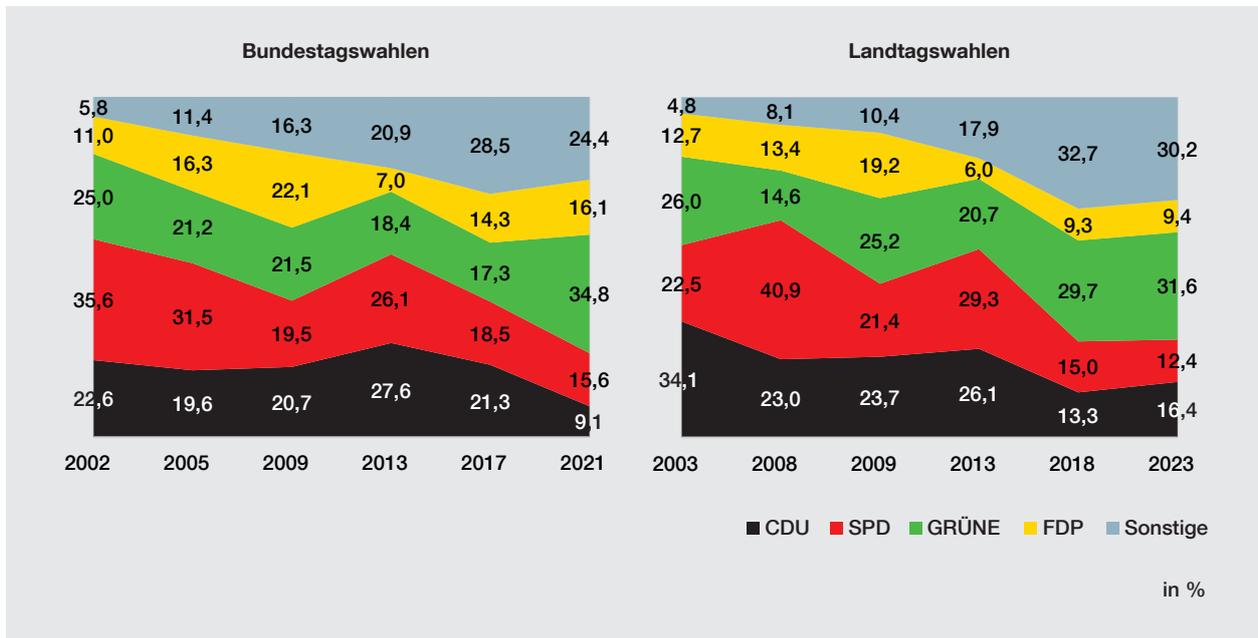
ren die sonstigen einen höheren Zulauf. Wie bereits dargestellt, ist hier der Einbruch der SPD-Anteile bei der Landtagswahl 2009 besonders stark. In der jüngsten Wählergruppe betrug der Rückgang fast 20 Prozentpunkte. Dagegen stiegen die Stimmenanteile bei GRÜNEN, FDP und Sonstigen (vor allem bei DIE LINKE) um insgesamt ebenfalls fast 20 Punkte.

Die Wählerinnen und Wähler im Alter vom 18 bis 24 Jahren zeigten bei den Bundestagswahlen eine klare Präferenz für SPD und GRÜNE, wobei die SPD zunächst einen stärkeren Zuspruch erfuhr als die Grünen. Bei der Bundestagswahl 2021 konnten die Grünen jedoch mit 35,5 Prozent mehr als vier Mal so viele Stimmenanteile in dieser Altersgruppe auf sich vereinen wie die SPD, die von 2003 von 44 Prozent auf 8,7 Prozent im Jahr 2021 fielen. Die CDU erhielt bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern ebenfalls einen unterdurchschnittlichen Zuspruch. Generell lässt sich über den Verlauf feststellen, dass die Bindungen an Parteien eher geringer sind und stärkeren Schwankungen unterliegen. Auch die Verteilung der Stimmenanteile auf „kleinere“ sonstige Parteien zu Lasten von CDU und SPD ist stärker ausgeprägt als in den älteren Altersgruppen.

Wahlverhalten der 25- bis 34-Jährigen

Das Wahlverhalten der zweitjüngsten Altersgruppe unterscheidet sich von den jüngsten Wählerinnen und Wählern. Die Wahlberechtigten haben in der

Abb.6 Wahlverhalten der 25- bis 34-Jährigen



Quelle: Eigenberechnung.

Regel ihre Berufsausbildung oder ihr Studium abgeschlossen, stehen am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn, schaffen einen festen Lebensmittelpunkt und gründen eventuell Familien. Insofern rücken andere Aspekte bei der Wahlentscheidung in den Vordergrund. Wie die 25- bis 34-Jährigen bei Bundes- und Landtagswahlen ihre Stimmen verteilt haben, ist in Abbildung 6 zu sehen.

Wie bei der jüngsten Altersgruppe gibt es auch bei den 25- bis 34-Jährigen deutliche Verschiebungen und im Laufe der Zeit eine erkennbare Zunahme der Aufsplitterung der Stimmenanteile. Auch hier dominieren die Parteien mit einer politischen Ausrichtung eher links der Mitte. War zu Beginn des betrachteten Zeitraums die SPD mit 35,6 Prozent klar stärkste Partei, so verschoben sich ihre Anteile zunehmend zu den Grünen, die 2021 bei der Bundestagswahl 34,8 Prozent erzielten und damit gut zehn Prozentpunkte mehr als CDU und SPD zusammen (24,7 %). Die CDU bewegte sich im Verlauf (bis auf 2013) um die 20-Prozentmarke herum, sackte jedoch – ebenso wie die SPD – 2021 deutlich ab; die Sozialdemokraten auf 15,6 Prozent, die Christdemokraten auf 9,1 Prozent.

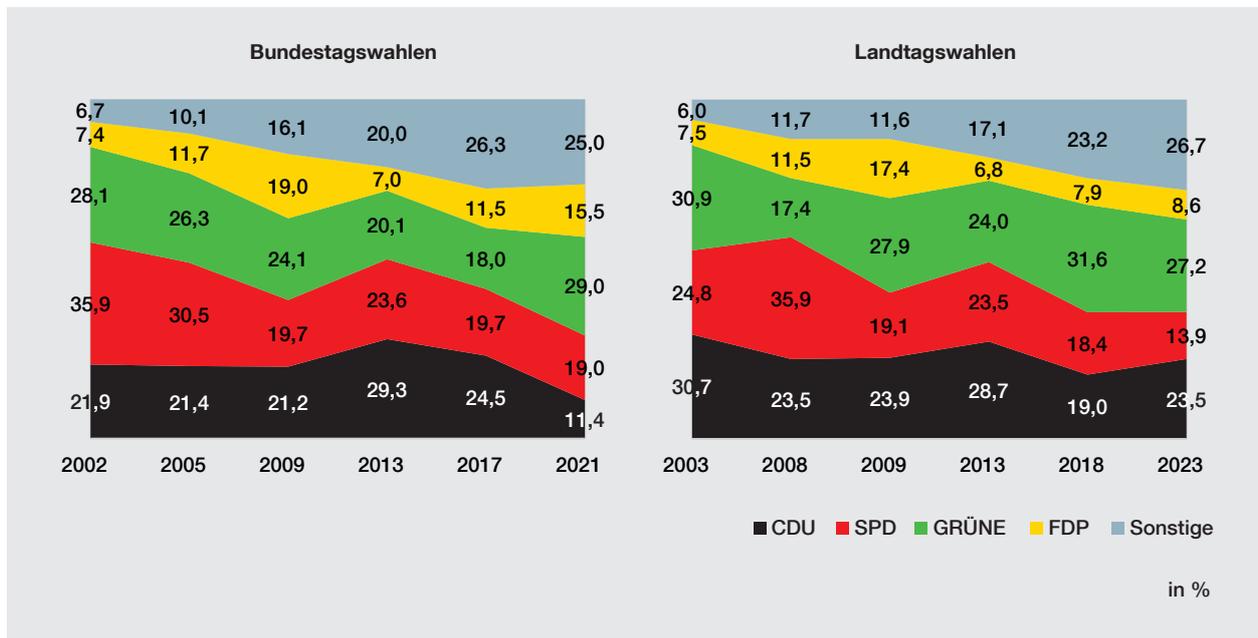
Die FDP erzielte in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen einen überdurchschnittlichen Zuspruch. So war zunächst ein Anstieg auf bis zu 22,1 Prozent im Jahr 2009 festzustellen, dann ein Einbruch auf sieben Prozent, um dann wieder zuletzt auf 16,1

Prozent anzusteigen. Auch DIE LINKE erzielte in der zweitjüngsten Altersgruppe bei Bundestagswahlen in Frankfurt überdurchschnittliche Ergebnisse.

Bei den Resultaten der Landtagswahlen zeichnet sich in der Entwicklung ein ähnliches Bild ab. Die Trendverläufe sind ähnlich zu den Bundestagswahlen, die Ergebnisse beziehungsweise Anteile jedoch nicht. Zu beachten ist aber, dass Landtagswahlen oft als ein Stimmungsbild oder Gegengewicht zu den Bundestagswahlen angesehen werden. Insofern ist eine stärkere Bewegung erkennbar. Eine Ausnahme stellt hier das Jahr 2013 dar, in dem Bundes- und Landtagswahl am selben Wahltag stattfanden. Ebenfalls ist der Einschnitt bei der SPD 2009 erkennbar. In dem Maße, in dem sich die Stimmenanteile der SPD von 2008 auf 2009 bei den 25- bis 34-Jährigen reduzierten, stiegen sie in etwa bei den Grünen und der FDP.

Während zu Beginn der 2000er Jahre ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen CDU, SPD, GRÜNEN, FDP und Sonstigen herrschte, hat sich dieses Verhältnis im weiteren Verlauf stetig zu Lasten von CDU und SPD verändert. Dafür stiegen die Anteile von DIE LINKEN und Sonstigen. Auffallend sind die zuletzt deutlich besseren Ergebnisse der FDP auf Bundes- gegenüber der Landesebene (Ausnahme 2013). Auch die Sonstigen (inklusive AfD) schnitten bis zum Jahr 2013 bei Bundestagswahlen bei den 25- bis 34-Jährigen besser ab als bei Landtagswah-

Abb. 7 Wahlverhalten der 35- bis 44-Jährigen



Quelle: Eigenberechnung.

len. Die Grünen entwickelten sich in dieser Altersgruppe zur dominierenden Partei auf Landes- und Bundesebene.

Wahlverhalten der 35- bis 44-Jährigen

Die Altersgruppe der Wählerinnen und Wähler zwischen 35 und 44 Jahren steht „mitten im Leben“ und das in jeder Hinsicht. Sie befinden sich mitten im Berufsleben, haben einen Lebensmittelpunkt gebildet und die gegründeten Familien – wenn man dem klassischen Bild folgt – stehen im Mittelpunkt des Handelns. Dementsprechend haben sich auch die Erwartungen an die Politik verändert, was sich im Wahlverhalten widerspiegelt. Das Stimmverhalten dieser Altersgruppe zeigt Abbildung 7.

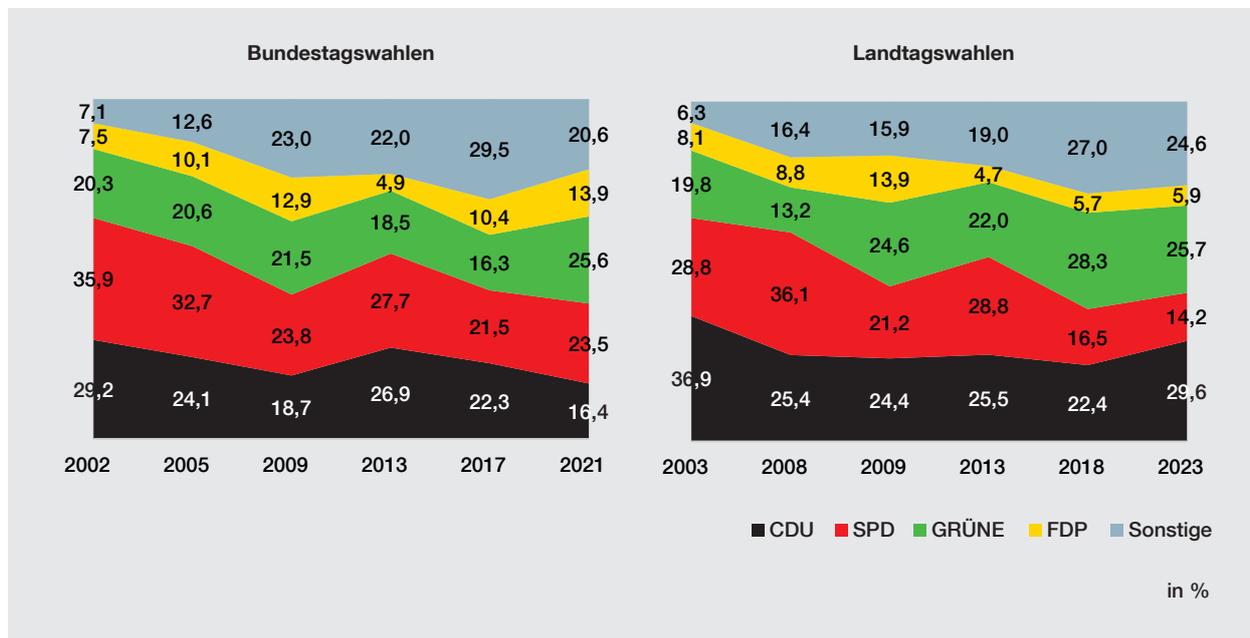
Das Wahlverhalten der 35- bis 44-Jährigen ähnelt sehr dem der 25- bis 34-Jährigen, wenngleich sich leichte Verschiebungen feststellen lassen. CDU und SPD machten zu Beginn des Jahrtausends den größten Anteil aus und haben im Verlauf bei den 35- und 44-Jährigen massiv an Stimmenanteilen verloren. Konnten im Jahr 2002 CDU, SPD und GRÜNE bei den Bundestagswahlen noch 85,9 Prozent (bei den Landtagswahlen 2003 waren es 86,4 Prozent) auf sich vereinen, so waren es bei der letzten Bundestagswahl 2021 nur 59,4 Prozent (64,6 Prozent bei den Landtagswahlen 2023).

Verzeichnete die SPD bei der Bundestagswahl 2002 noch den stärksten Zuspruch mit 35,9%, so erreichte sie zuletzt den niedrigsten Wert mit 19 Prozent. Ähnlich verhält es sich bei der CDU. Erzielten die Christdemokraten 2003 bei den 35- bis 44-Jährigen noch 21,9 Prozent, so sank ihr Anteil auf 11,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 ab. Während die Sozialdemokraten ihren größten Rückgang in dieser Altersgruppe bei den Wahlen 2009 zu verzeichnen hatten und seitdem um 20 Prozent herum schwanken, kam der Einbruch der Stimmenanteile bei der Union bei der letzten Bundestagswahl 2021.

Die Grünen erfuhren zu Beginn der Dekade von den Wählerinnen und Wählern dieser Altersgruppe einen höheren Zuspruch, in der Folge sank ihr Anteil kontinuierlich bis zur letzten Bundestagswahl 2021. Hier stiegen sie massiv in der Gunst der Wählerschaft zwischen 35 und 44 Jahren und erzielten mit 29 Prozent ihr bestes Resultat. Ihr Ergebnis entsprach fast dem von CDU und SPD zusammen (30,4%).

Die FDP schwankte im Zuspruch der 35- bis 44-Jährigen. Sie erzielte 2009 in dieser Altersgruppe bei den Bundestagswahlen ihr bestes Ergebnis (19,0%), um dann vier Jahre später ihr schlechtestes Resultat (7,0%) zu verzeichnen. Wie bei den jungen Altersgruppen ist auch bei den Wählerinnen und Wählern zwischen 35 und 44 Jahren eine Pluralisierung festzustellen, indem sie ihre Stimmen im Laufe der

Abb.8 Wahlverhalten der 45- bis 59-Jährigen



Quelle: Eigenberechnung.

Zeit zunehmend auf immer mehr Parteien verteilt – wenngleich nicht in dem Ausmaß (mit Ausnahme 2021) wie bei den jüngeren Altersgruppen. So machten die sonstigen Parteien (zum Teil mehr als) ein Viertel der Stimmenanteile aus. Zur bevorzugten Partei haben sich bis dato die Grünen entwickelt.

Bei den Landtagswahlen zeichnet sich in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen ein ähnliches Bild wie bei den Bundestagswahlen ab. Die CDU erzielte in der Gesamtschau etwas bessere Ergebnisse als bei den Bundestagswahlen – zumindest in der ersten Hälfte und bei der letzten Landtagswahl. Auffallend ist dabei der höhere Wert 2013, der wiederum auf den Umstand zurückzuführen sein dürfte, dass die Landtagswahl zusammen mit der Bundestagswahl abgehalten wurde und die Union davon aufgrund der höheren Mobilisierung in dieser Altersgruppe stärker profitierte. Die Sozialdemokraten lagen in Frankfurt in der Gunst der Wählerinnen und Wähler zwischen 35 und 44 Jahren bei den Landtagswahlen – mit Ausnahme im Jahr 2008 – unter den Resultaten der Bundestagswahlen. Auffallend auch hier der schon erwähnte Einbruch von 2008 auf 2009 bei den Sozialdemokraten, allerdings schon nicht mehr so stark wie in den beiden jüngeren Altersgruppen.

Die FDP konnte in Frankfurt auf Landesebene nicht so gute Ergebnisse in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen erzielen wie auf Bundesebene. Hier sticht auch die Wahl 2009 hervor, bei der die Libe-

ralen überdurchschnittlich viele Wählerinnen und Wähler gewannen – wohl vor allem von der SPD. Ansonsten blieben die Werte der FDP über die Zeit (außer 2008/2009) in dieser Altersgruppe relativ stabil, verglichen zu den Resultaten von CDU und SPD.

Die Grünen erzielten im Laufe der Zeit bei den 35- bis 44-jährigen Wählerinnen und Wählern tendenziell etwas bessere Resultate als in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen und in der Regel bessere Ergebnisse bei den Landtagswahlen als bei den Bundestagswahlen. Sie dominierten aber nicht so stark die Wählerschaft im Alter von 35 bis 44 Jahren wie im Vergleich mit der jüngeren Gruppe.

Auch bei den Landtagswahlen ist ähnlich wie bei den Bundestagswahlen in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen zunehmend eine höhere Aufteilung der Stimmen auf mehrere Parteien festzustellen, wenn auch nicht in dem Ausmaß. Auch ist der Effekt nicht so groß wie bei den jüngeren Altersgruppen.

Wahlverhalten der 45- bis 59-Jährigen

Unter den Wählerinnen und Wählern stellt die Altersgruppe zwischen 45 und 59 Jahren den größten Anteil an der Wählerschaft in Frankfurt.⁴ Bei ihnen ist

⁴ Gültig für die Altersgruppierung ab 2013. Sonst stellen die 60-jährigen und älteren Wahlberechtigten den größten Anteil der Wahlberechtigten.

die Familiengründung in der Regel abgeschlossen und der Lebensmittelpunkt liegt traditionell im Berufsleben. Sie weisen die höchste Wahlbeteiligung auf und bilden das größte potentielle Stimmenreservoir der Parteien. Wie die 45- bis 59-Jährigen bei Bundes- und Landtagswahlen ihre Stimmen vergeben haben, ist in Abbildung 8 (Seite 43) zu erkennen.

Ihr Wahlverhalten ist stärker auf die "klassischen" Parteien ausgerichtet als bei den jüngeren Wählergruppen. Die Pluralisierung zeichnet sich zwar auch hier deutlich ab, aber sie ist nicht so stark ausgeprägt wie bei den jüngeren Altersgruppen. Dennoch ist hier ein besonders hoher Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern (in der Gruppe der Sonstigen enthalten) festzustellen.

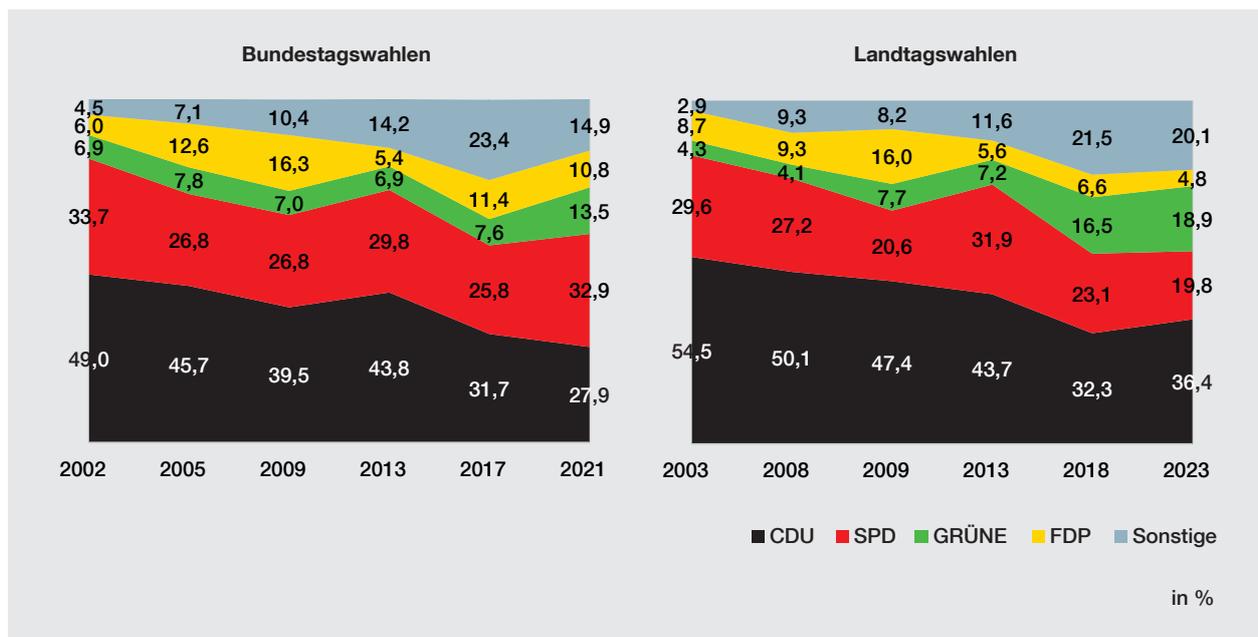
Waren 2002 noch 92,9 Prozent der Stimmen bei den etablierten Parteien, so betrug deren Anteil 2021 bei der letzten Bundestagswahl 79,4 Prozent. Konnten CDU und SPD zu Beginn noch 65,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, so waren es zuletzt nur noch 39,9 Prozent. Dennoch ist ihr Anteil höher als in den jüngeren Altersgruppen. Sowohl SPD als auch CDU verloren (mit Schwankungen) über den Zeitraum, während die Grünen Zugewinne verzeichnen konnten.

Die Grünen bewegten sich bei den Bundestagswahlen in dieser Zeitspanne über 20 Prozent, außer in

den Jahren 2013 und 2017, in denen sie schwächer abschnitten. Generell war ihr Anteil bei Bundestagswahlen in der betrachteten Altersgruppe der Wählerinnen und Wähler zwischen 45 und 60 Jahren niedriger als in den jüngeren Altersgruppen. Die FDP bewegte sich in etwa auf dem Niveau der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen. Die Sonstigen bekamen, wie schon erwähnt, einen stetigen Zuwachs, wenn er auch nicht so ausgeprägt war wie bei den jüngeren Altersgruppen. So steigerte sich der Anteil bei den Bundestagswahlen in Frankfurt bis 2017 auf 29,5 Prozent, fiel jedoch wieder um fast zehn Prozentpunkte. Interessant ist dabei, dass das Absinken unter anderem auf einen massiven Rückgang bei den Anteilen der Linken zurückzuführen ist, während die restlichen Sonstigen mit der AfD (die seit 2013 eine messbare Rolle spielt), etwa ihr Niveau hielten.

Verglichen zu den Bundestagswahlen lässt sich feststellen, dass die Wählerinnen und Wähler der CDU in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen bei den Landtagswahlen etwa ähnliche Ergebnisse erzielten – mit Ausnahme der Wahl 2023. Die Christdemokraten verloren nach 2003 in der Altersgruppe zwischen 45 und 59 Jahren bei den Landtagswahlen deutlich an Zustimmung, konnten dann aber ihr Niveau bei leichten Verlusten in etwa halten – bis 2023. Hier konnte die CDU, wie bereits beschrieben, ein klares Plus verzeichnen.

Abb.9 Wahlverhalten der über 60-Jährigen



Quelle: Eigenberechnung.

Die SPD war bei den Landtagswahlen in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen stärkeren Schwankungen unterlegen und erreichte 2023 nur noch etwa die Hälfte ihres Ergebnisses von 2003. Auch in dieser Altersgruppe ist der Einbruch zwischen 2008 und 2009 klar zu erkennen, von denen sich die Sozialdemokraten auch nicht mehr richtig erholen konnten.

Sowohl CDU als auch SPD erzielten in dieser Altersgruppe bei den Landtagswahlen – ebenso wie bei den Bundestagswahlen – zumeist etwas bessere Resultate als in der jüngeren Altersgruppe (35-44 Jahre), die Grünen deutlich schwächere Ergebnisse. Die FDP erfuhr bei den 45- bis 59-Jährigen auf der Ebene der Landtagswahlen in Frankfurt einen etwas geringeren Zuspruch als bei den jüngeren Altersgruppen und deutlich weniger gegenüber den Bundestagswahlen in derselben Altersgruppe.

Die Sonstigen waren in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen außer bei der letzten Landtagswahl (und 2008) nicht so stark wie bei den Bundestagswahlen. Die Linke bekam in Frankfurt einen zunehmend schwächeren Zuspruch auf Landesebene als auf Bundesebene, der von den Sonstigen (mit AfD) kompensiert wurde.

Wahlverhalten der ältesten Altersgruppen

Bei den ältesten Wählerinnen und Wählern wurde aufgrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft eine weitere Unterteilung der Altersgruppen vorgenommen. Seit dem Jahr 2013 wird zwischen Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 60 und 69 Jahren sowie 70 Jahre und älter unterschieden.

In diesen Altersgruppen spielen wieder andere Aspekte eine Rolle bei der Wahlentscheidung, denn das Berufsleben ist weitestgehend abgeschlossen. Auch die familiäre Situation hat sich verändert, da die Kinder nicht mehr dem Haushalt angehören und auf eigenen Beinen stehen. Insofern dreht sich die Wahlentscheidung um die Zukunft ihres Lebensabends und die Gedanken um ihre Kinder und Enkel. Abbildung 9 (Seite 44) zeigt das Wahlverhalten der Seniorinnen und Senioren.

Auch bei der ältesten Generation ist bei den Bundestagswahlen ein deutliches Plus bei den Sonstigen festzustellen, besonders ab dem Jahr 2013, als die AfD Teil des politischen Spektrums wurde. Die Bindung an CDU und SPD ist in den ältesten Altersjahren deutlich stärker als in allen anderen Altersgruppen, obwohl sich die Generation 60+ über die Zeit zunehmend von CDU und SPD abgewen-

det hat und ihre Stimmen vermehrt an GRÜNE und Sonstige (vor allem Linke und AfD) vergeben hat.

Der Rückgang bei den Christdemokraten war dabei stärker als bei den Sozialdemokraten, sowohl bei Bundes- als auch bei Landtagswahlen. Die Anteile der CDU reduzierten sich bei den über 60-Jährigen bei den Bundestagswahlen von 49 Prozent im Jahr 2002 auf 27,9 Prozent bei der letzten Wahl 2021, ein Rückgang von 21,1 Prozentpunkten. Bei den Landtagswahlen ging es von 54,5 Prozent im Jahr 2003 auf 36,4 Prozent in diesem Jahr zurück, ein Minus von 18,1 Prozentpunkten. Die Union erfuhr in Frankfurt bei den Wahlen auf Landesebene einen höheren Zuspruch bei den über 60-Jährigen als auf Bundesebene.

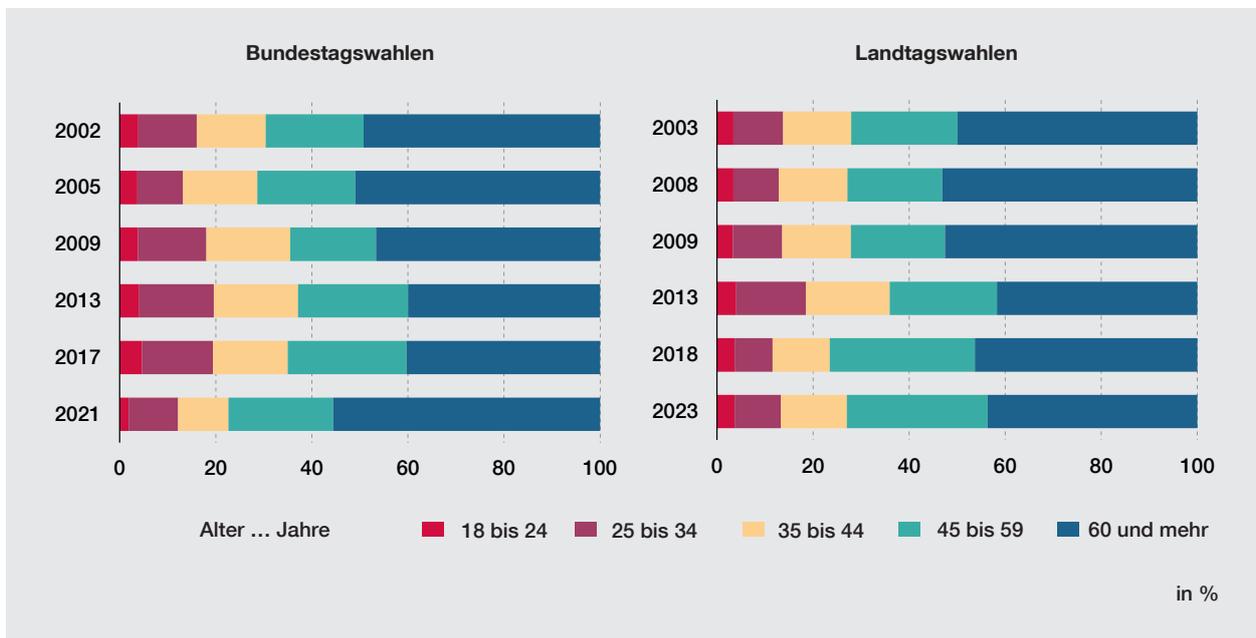
Bei der SPD verhielt es sich in der Altersgruppe 60 Jahre und älter anders. Hier konnte das Niveau der Bundestagswahlen im Jahr 2002 von 33,7 Prozent im Jahr 2021 mit 32,9 Prozent fast wieder erreicht werden, nachdem es zuvor rückläufig war. Bei den Landtagswahlen war dieser Effekt nicht festzustellen. Die Sozialdemokraten verloren bei den über 60-Jährigen etwa zehn Prozentpunkte – von 29,6 Prozent auf 19,8 Prozent.

Auch bei den über 60-Jährigen ist der Einbruch im Jahr 2009 auffallend, der aber bei weitem nicht so groß war wie bei den anderen Altersgruppen. Die Stimmenanteile erholten sich im Jahr 2013 (besser als bei Bundestagswahlen), dann erfolgte wieder ein Rückgang.

Die Grünen spielen in der Generation 60+ keine so große Rolle wie SPD und CDU. Die Grünen erfuhren in Frankfurt in dieser Gruppe zunächst einen höheren Zuspruch bei Bundestagswahlen als bei Landtagswahlen. Dies hat sich jedoch bei den letzten beiden Wahlen geändert, die Grünen konnten ihren Anteil deutlich ausbauen. Die FDP hat in der ältesten Generation im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren (Ausnahme 2009), erzielt in Frankfurt bei Wahlen für den Deutschen Bundestag aber höhere Resultate als bei Wahlen für den Hessischen Landtag.

Im Verlauf haben auch in der ältesten Wählergruppe die sonstigen Parteien stetig zugelegt, insbesondere seitdem die AfD auf der politischen Bühne in Frankfurt (2013) erschienen ist. Ihren Höhepunkt erzielten die Sonstigen 2017 bei Bundestagswahlen und 2018 bei Landtagswahlen. Zuletzt waren die Stimmenanteile bei den Sonstigen in der Generation der 60-Jährigen und Älteren wieder leicht rückläufig.

Abb. 10 Wählerinnen und Wähler der CDU bei Bundes- und Landtagswahlen



Quelle: Eigenberechnung.

Im Jahr 2013 wurde – wie schon erwähnt – die Gruppe 60 Jahre und älter erweitert in 60 bis 69 Jahre und 70 Jahre und älter. Betrachtet man die Unterschiede zwischen den beiden Altersgruppen, ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild über das Wahlverhalten der Seniorinnen und Senioren. So sind die Anteile bei den 60- bis 69-Jährigen für die Sozialdemokraten bei den Bundestagswahlen zum Teil niedriger als bei den über 70-Jährigen. Bei der CDU ist dieser Unterschied bei Weitem nicht so deutlich (außer 2013). Bei den Landtagswahlen erfährt die Union in der Gruppe 70 Jahre und älter einen deutlich höheren Zuspruch als bei den 60- bis 69-Jährigen.

Die Grünen erzielten in der Wählergruppe der 60- bis 69-jährigen Wählerinnen und Wähler bei den Bundestagswahlen höhere Zustimmungswerte als bei der Generation über 70 Jahre – und bei Wahlen für den Landtag ebenfalls. Auch die Anteile bei den sonstigen Parteien ist in der Altersgruppe der Wählerinnen und Wähler zwischen 60 und 69 Jahren deutlich höher als bei den über 70-Jährigen.

Wählerinnen und Wähler der Parteien

Die Zusammensetzung der Wählerinnen und Wähler der Parteien hat sich im Laufe der Zeit deutlich verändert. Die Strukturen der Wählerschaft erwiesen sich als nicht so starr wie ursprünglich angenommen, sondern eher als volatil. So sind auch deutliche Unterschiede der Zusammensetzung der Parteien-

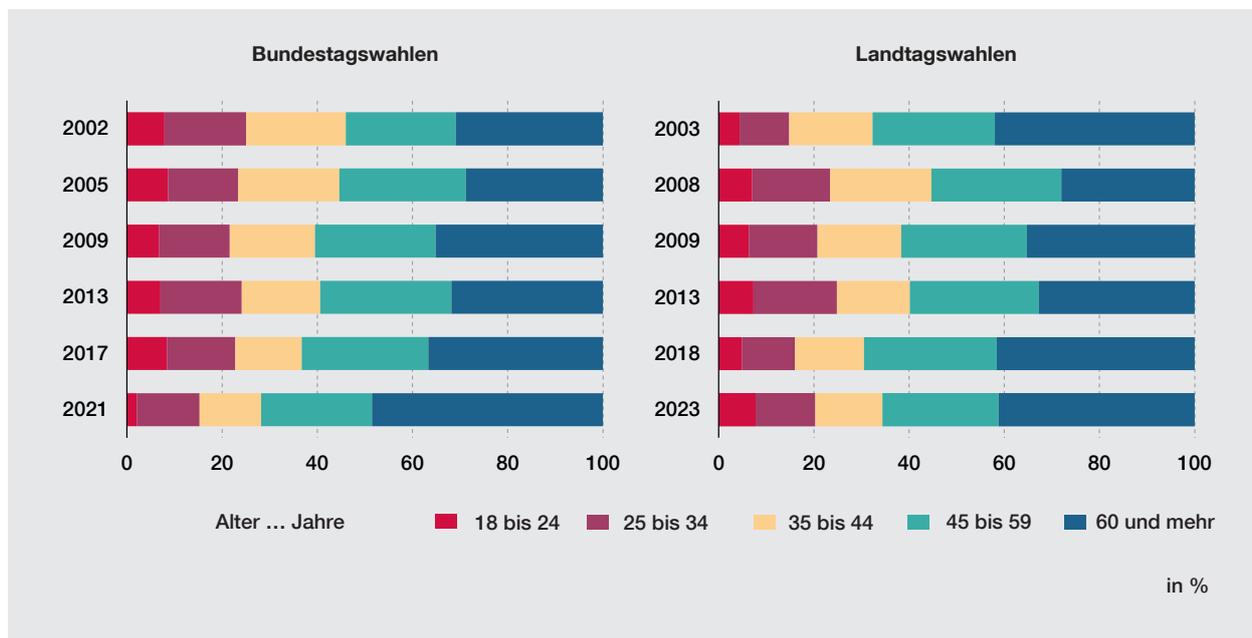
ergebnisse zwischen Bundes- und Landtagswahlen festzustellen.

Wählerinnen und Wähler der CDU

Die Wahlergebnisse der CDU, die in Abbildung 10 zusammengefasst sind, resultieren vor allem aus den Stimmenanteilen der Wählerinnen und Wähler über 60 Jahre. Festzustellen ist, dass der Anteil am Ergebnis der Christdemokraten mit zunehmendem Alter wächst. Während junge Wählerinnen und Wähler einen relativ geringen Anteil am Ergebnis der Union abbilden, steigt mit zunehmender Altersgruppe auch die Bedeutung der jeweiligen Wählerschaft für die Partei. Interessant ist hier die Entwicklung sowohl bei Bundes- wie auch bei Landtagswahlen.

Während bei den Bundestagswahlen der Anteil der ältesten Wählerinnen und Wähler am Ergebnis der CDU im Laufe der Zeit fast kontinuierlich zurückging, stieg er bei der letzten Bundestagswahl wieder stark an – auf 55,6 Prozent. Diese Entwicklung ist bei den Landtagswahlen nicht festzustellen. Hier sank der Anteil der Wählerschaft am Ergebnis der Christdemokraten auf 43,7 Prozent. Während bei den Bundestagswahlen die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen gut ein Fünftel der Stimmen für die CDU ausmachen, so ist sie bei den Landtagswahlen für die Union wichtiger geworden und stieg tendenziell an (leichter Rückgang 2023). Bei Bundes- und Landtagswahlen machten die beiden ältesten Jahrgänge (ab 45 Jah-

Abb. 11 Wählerinnen und Wähler der SPD bei Bundes- und Landtagswahlen



Quelle: Eigenberechnung.

ren) mit gut zwei Drittel bis drei Viertel der Stimmenanteile stets den größten Teil des Ergebnisses der Christdemokraten aus, mit Ausnahme der letzten Landtagswahl (2023). Hier stiegen besonders die Anteile der jüngsten Altersgruppen an, dafür sank im Gegenzug der Anteilswert der beiden ältesten Gruppen auf gut 60 Prozent. Die jüngste Altersgruppe hat ansonsten an den Ergebnissen der CDU nur einen geringen Anteil.

Wählerinnen und Wähler der SPD

Ähnlich wie bei der CDU sind für die SPD die älteren Jahrgänge für ihr Ergebnis wichtiger, insbesondere bei den Bundestagswahlen. Hier stieg der Anteil der 60-jährigen und älteren Wählerinnen und Wähler kontinuierlich auf die Hälfte an. Dafür sank parallel der Anteil der jüngeren Altersgruppen. Zu sehen ist dies in Abbildung 11. Die Sozialdemokraten sind bei den Landtagswahlen in ihrer Wählerstruktur ähnlich aufgestellt, wenngleich wie bei der CDU bei den Ergebnissen der letzten Landtagswahl (2023) in Frankfurt ein Rückgang beim Anteil der ältesten Wählergruppe zu verzeichnen war. Die Ergebnisse der 45- bis 59-Jährigen und der jüngeren Altersgruppen liegen bei den Landtagswahlen über denen der Bundestagswahlen.

Generell ist die Bedeutung der ältesten Wählergruppe für die Sozialdemokraten sehr hoch, aber nicht in der Deutlichkeit wie für die CDU. Sie ist bei den

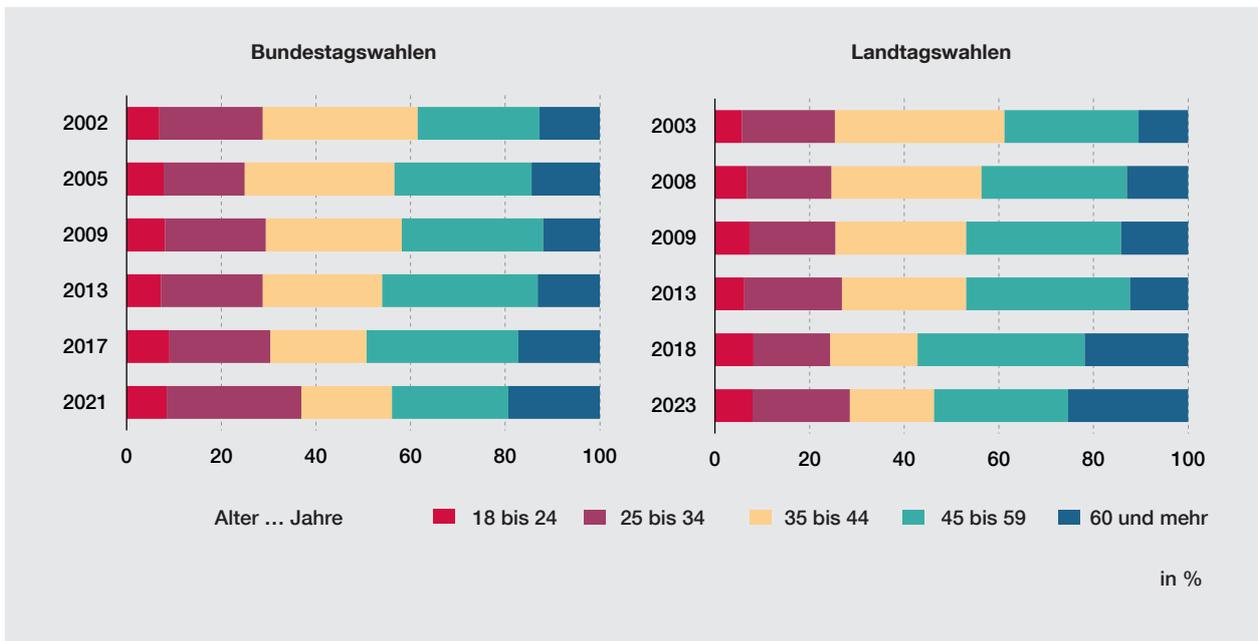
jüngeren Wählergruppen etwas breiter aufgestellt als die Christdemokraten. Der Anteil der jüngsten Altersgruppe ist bei der SPD bis zu den letzten Wahlen etwa doppelt so hoch wie bei der CDU. Auch das Verschieben der Anteile der älteren Wählerinnen und Wähler zugunsten der jüngeren gestaltet sich bei den Sozialdemokraten ähnlich wie bei der CDU. Ohnehin ist festzustellen, dass die letzte Landtagswahl die Ergebnisse in jeder Hinsicht auf den Kopf gestellt hat.

Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN

Die Resultate der Grünen, dargestellt in Abbildung 12 (Seite 48), setzen sich vor allem aus den mittleren Altersgruppen zusammen, wobei zunehmend auch die älteste Altersgruppe an Bedeutung für das Ergebnis der Grünen gewinnt, insbesondere bei den Landtagswahlen. Während der Anteil der mittleren Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen am Wahlergebnis kontinuierlich abnimmt (bei Bundes- und Landtagswahlen) steigt der Anteil am Ergebnis bei den Gruppen der 25- bis 34- und 60-Jährigen und Älteren.

Der Anteil der jüngsten Altersgruppe am Ergebnis der Grünen ist bei den Bundestagswahlen relativ konstant, während er bei den Landtagswahlen stärkeren Schwankungen unterliegt. Die Landtagswahlen 2023 fallen auch bei der Zusammensetzung der Wählerschaft der Grünen besonders auf: Es ist ein

Abb. 12 Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN bei Bundes- und Landtagswahlen



Quelle: Eigenberechnung.

deutlich höherer Anteil bei den Wählerinnen und Wähler über 60 Jahre festzustellen und ein deutlich geringerer Anteil bei den beiden beziehungsweise drei jüngsten Altersgruppen.

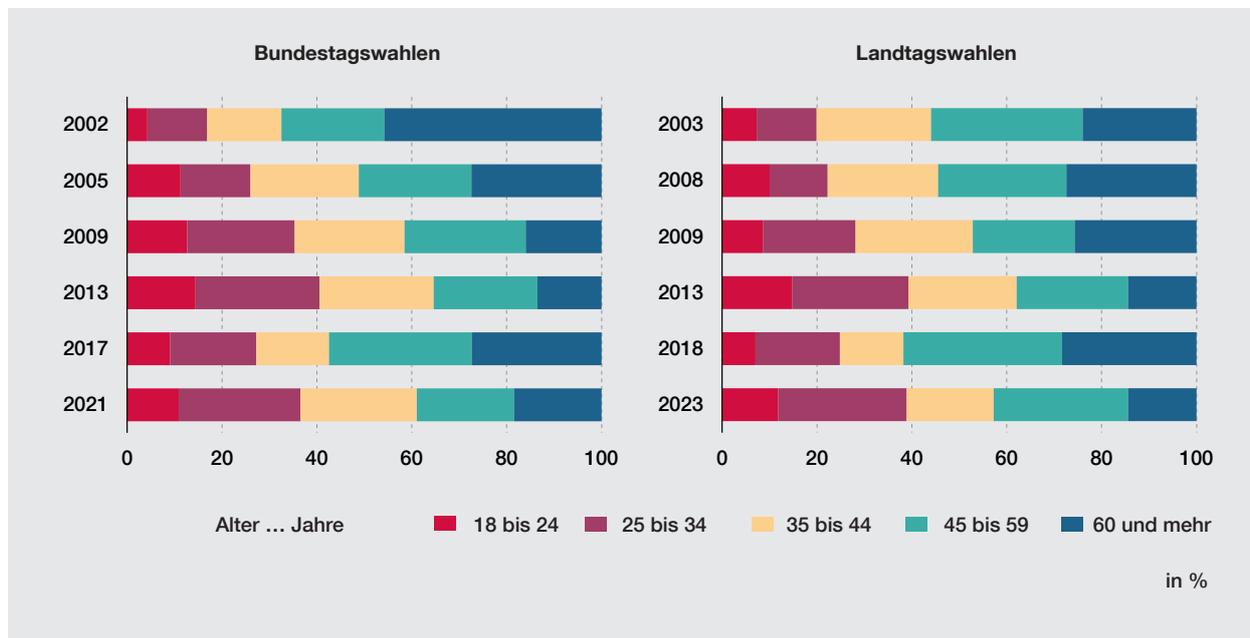
Besonders erwähnenswert ist bei den Grünen auch die Bundes- und Landtagswahl 2013, die zusammen abgehalten wurden. Hier sind deutlichere Unterschiede zwischen den Altersgruppen der jeweiligen

Abb. 13 Wählerinnen und Wähler der FDP bei Bundes- und Landtagswahlen



Quelle: Eigenberechnung.

Abb. 14 Wählerinnen und Wähler der sonstigen Parteien bei Bundes- und Landtagswahlen



Quelle: Eigenberechnung.

Wahlen festzustellen als zum Beispiel bei CDU und SPD.

Generell setzt sich die Wählerschaft der Grünen verglichen mit Sozial- und Christdemokraten über die Altersgruppen homogener zusammen.

Wählerinnen und Wähler der FDP

Auch die Wählerschaft der FDP ist, wie bei den Grünen, über die Altersgruppen breiter aufgestellt als bei CDU und SPD. Die Liberalen weisen die homogenste Verteilung über die Altersgruppen auf, wie in Abbildung 13 (Seite 48) gut zu erkennen ist. Die Schwankungen bei den Strukturen sind ebenfalls nicht ganz so groß. Auch die Unterschiede zwischen Bundes- und Landtagswahlen differieren nicht so sehr wie bei CDU, SPD und GRÜNEN. Bei den jeweils letzten Wahlen auf Bundes- und Landesebene zeichnete sich ein zunehmend höherer Anteil der jüngsten Wählergruppe am Gesamtergebnis der Liberalen ab.

Bei den Landtagswahlen ist gegenüber den Bundestagswahlen eine leichte Verschiebung des Anteils zu den älteren Wählergruppen festzustellen. Aus der Reihe fällt auch hier das Wahljahr 2013, in dem Bundes- und Landtagswahl zusammen abgehalten wurden. Hier erzielte die FDP bei der Landtagswahl in den Frankfurter repräsentativen Wahlbezirken einen deutlich geringeren Anteil in der ältesten Wähler-

gruppe, dafür aber einen höheren Anteil bei den 45- bis 59-Jährigen für ihr Wahlergebnis.

Wählerinnen und Wähler der sonstigen Parteien

Unter den sonstigen Parteien werden auch DIE LINKE ab 2005 und die AfD (seit 2013) subsummiert. Bei beiden ist eine Betrachtung über einen längeren Zeitraum nur bedingt möglich. Gleichwohl lassen sich einige Entwicklungen feststellen, die in Abbildung 14 dargestellt sind.

Insgesamt setzt sich die Wählerschaft der Sonstigen gleichmäßiger aus den Altersgruppen zusammen als bei den anderen Parteien. Während das Anteilsplus in den jungen Altersgruppen ab 2005 vor allem auf DIE LINKE zurückzuführen ist, dürfte der Anstieg bei den Anteilen der beiden ältesten Altersgruppen ab 2017 vor allem auf die AfD zurückzuführen sein, auch wenn DIE LINKE ebenfalls in den älteren Jahrgängen überdurchschnittlich gut abschnitt.

Interessant ist hier vor allem der Verlauf bei den Bundestagswahlen. Bis zum Jahr 2013 waren die Anteile am Ergebnis der Sonstigen bei den über 60-Jährigen rückläufig, um dann stark anzusteigen (Grund: Erscheinen der AfD auf der politischen Bühne) und wieder abzuschwächen. Dies ist bei den Landtagswahlen nicht in der Deutlichkeit festzustellen (außer bei der letzten Landtagswahl).

Tab.2 Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 2002 und der Landtagswahlen seit 2003 nach Geschlecht

Jahr	Merkmal	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	AfD	Sonstige
Bundestagswahlen									
2002	weiblich	76,6	32,4	36,9	18,8	6,7	–	–	5,2
	männlich	77,7	32,9	34,2	17,5	8,8	–	–	6,7
	insgesamt	77,1	32,6	35,6	18,2	7,7	–	–	5,9
2005	weiblich	76,8	29,9	30,2	19,4	11,4	5,3	–	3,7
	männlich	78,4	28,8	30,8	15,6	13,1	8,1	–	3,6
	insgesamt	77,5	29,4	30,5	17,7	12,2	6,6	–	3,7
2009	weiblich	71,8	28,5	24,2	19,2	14,8	9,7	–	3,7
	männlich	74,3	22,8	22,2	16,2	18,9	13,5	–	6,5
	insgesamt	73,0	25,7	23,2	17,7	16,8	11,5	–	5,1
2013	weiblich	72,3	34,9	27,4	16,9	4,7	9,1	3,5	3,5
	männlich	73,8	29,1	27,4	13,7	6,8	11,0	6,8	5,2
	insgesamt	73,0	32,1	27,4	15,3	5,8	10,0	5,1	4,3
2017	weiblich	72,0	28,0	22,4	15,6	10,0	12,3	7,3	4,4
	männlich	71,4	21,6	22,2	12,4	13,6	13,3	12,7	4,3
	insgesamt	71,7	24,9	22,3	14,0	11,8	12,8	9,9	4,4
2021	weiblich	78,6	18,2	24,8	26,6	11,5	6,4	3,8	8,6
	männlich	76,9	16,8	22,2	21,7	16,7	7,8	7,0	7,8
	insgesamt	77,8	17,5	23,6	24,3	13,9	7,1	5,3	8,2
Landtagswahlen									
2003	weiblich	61,6	42,5	27,9	17,0	8,0	–	–	4,6
	männlich	65,5	41,7	27,0	16,6	9,7	–	–	5,1
	insgesamt	63,3	42,1	27,5	16,8	8,8	–	–	4,8
2008	weiblich	61,1	35,1	35,0	11,6	8,9	5,8	–	3,7
	männlich	63,2	31,0	33,1	10,5	11,3	9,5	–	4,6
	insgesamt	62,1	33,1	34,0	11,1	10,1	7,6	–	4,1
2009	weiblich	58,1	34,0	20,8	21,5	14,8	6,2	–	2,7
	männlich	59,8	30,3	20,9	17,3	17,1	10,5	–	4,0
	insgesamt	58,9	32,2	20,9	19,5	15,9	8,3	–	3,3
2013	weiblich	71,9	32,9	29,1	18,8	4,5	8,3	2,5	3,9
	männlich	72,9	29,6	29,0	15,8	6,5	9,6	4,0	5,5
	insgesamt	72,4	31,3	29,1	17,4	5,5	8,9	3,2	4,7
2018	weiblich	66,7	24,5	19,1	27,6	6,6	9,1	7,6	5,5
	männlich	67,1	22,3	18,3	23,0	7,6	9,9	13,1	5,8
	insgesamt	66,9	23,4	18,7	25,3	7,1	9,5	10,3	5,7
2023	weiblich	64,3	28,8	16,3	27,9	4,8	8,3	6,6	7,3
	männlich	63,2	26,3	15,4	21,3	8,6	6,7	13,0	8,6
	insgesamt	63,7	27,6	15,9	24,7	6,7	7,5	9,7	7,9

Quelle: Eigenberechnung.

Tab.4 Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 2002

Jahr	Alter ... Jahre	Wahlbeteiligung	in %						
			CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	AfD	Sonstige
2002	18 bis 24	64,9	19,9	44,0	19,7	9,9	-	-	6,4
	25 bis 34	75,7	22,6	35,6	25,0	11,0	-	-	5,8
	35 bis 44	78,4	21,9	35,9	28,1	7,4	-	-	6,7
	45 bis 59	79,1	29,2	35,9	20,3	7,5	-	-	7,1
	60 und mehr	78,4	49,0	33,7	6,9	6,0	-	-	4,5
	insgesamt	77,1	32,6	35,6	18,2	7,7	-	-	5,9
2005	18 bis 24	65,6	15,7	38,6	20,1	10,7	8,7	-	6,2
	25 bis 34	73,5	19,6	31,5	21,2	16,3	7,1	-	4,3
	35 bis 44	80,1	21,4	30,5	26,3	11,7	6,3	-	3,8
	45 bis 59	80,2	24,1	32,7	20,6	10,1	9,1	-	3,4
	60 und mehr	78,6	45,7	26,8	7,8	12,6	4,2	-	2,9
	insgesamt	77,5	29,4	30,5	17,7	12,2	6,6	-	3,7
2009	18 bis 24	61,2	15,5	24,9	22,9	12,6	13,9	-	10,2
	25 bis 34	71,3	20,7	19,5	21,5	22,1	9,8	-	6,5
	35 bis 44	76,6	21,2	19,7	24,1	19,0	10,6	-	5,6
	45 bis 59	74,3	18,7	23,8	21,5	12,9	17,8	-	5,3
	60 und mehr	73,5	39,5	26,8	7,0	16,3	7,7	-	2,7
	insgesamt	73,0	25,7	23,2	17,7	16,8	11,5	-	5,1
2013	18 bis 24	57,5	20,9	30,6	17,7	3,8	13,6	3,4	10,0
	25 bis 34	71,0	27,6	26,1	18,4	7,0	10,4	4,2	6,3
	35 bis 44	75,0	29,3	23,6	20,1	7,0	8,5	6,0	5,4
	45 bis 59	75,3	26,9	27,7	18,5	4,9	12,9	5,6	3,5
	60 und mehr	75,2	43,8	29,8	6,9	5,4	7,3	4,9	2,0
	60 bis 69	77,0	34,1	31,3	11,6	4,1	11,6	5,0	2,4
	70 und mehr	74,0	50,4	28,8	3,6	6,3	4,3	4,8	1,7
	insgesamt	73,0	32,1	27,4	15,3	5,8	10,0	5,1	4,3
2017	18 bis 24	61,7	14,9	24,4	16,5	12,6	18,6	5,5	7,6
	25 bis 34	68,1	21,3	18,5	17,3	14,3	14,9	7,1	6,6
	35 bis 44	71,3	24,5	19,7	18,0	11,5	12,5	7,6	6,3
	45 bis 59	74,9	22,3	21,5	16,3	10,4	12,7	12,7	4,0
	60 und mehr	74,1	31,7	25,8	7,6	11,4	10,5	11,3	1,7
	60 bis 69	76,0	22,9	24,7	10,9	10,5	16,4	12,4	2,2
	70 und mehr	72,7	38,4	26,6	5,1	12,2	6,0	10,4	1,2
	insgesamt	71,7	24,9	22,3	14,0	11,8	12,8	9,9	4,4
2021	18 bis 24	67,4	5,6	8,7	35,5	20,9	12,9	1,4	15,0
	25 bis 34	79,2	9,1	15,6	34,8	16,1	8,8	3,7	11,8
	35 bis 44	82,0	11,4	19,0	29,0	15,5	8,1	5,1	11,8
	45 bis 59	80,1	16,4	23,5	25,6	13,9	5,9	7,4	7,2
	60 und mehr	75,3	27,9	32,9	13,5	10,8	5,4	5,4	4,0
	60 bis 69	77,5	17,8	32,7	17,7	10,2	8,4	6,8	6,3
	70 und mehr	73,6	35,6	33,0	10,3	11,3	3,1	4,4	2,3
	insgesamt	77,8	17,5	23,6	24,3	13,9	7,1	5,3	8,2

Quelle: Eigenberechnung.

Tab.5 Ergebnisse der Landtagswahlen seit 2003

Jahr	Alter ... Jahre	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	AfD	Sonstige
		in %							
2003	18 bis 24	41,0	33,7	27,8	22,1	8,4	-	-	8,2
	25 bis 34	54,6	34,1	22,5	26,0	12,7	-	-	4,8
	35 bis 44	62,0	30,7	24,8	30,9	7,5	-	-	6,0
	45 bis 59	67,2	36,9	28,8	19,8	8,1	-	-	6,3
	60 und mehr	69,5	54,5	29,6	4,3	8,7	-	-	2,9
	insgesamt	63,3	42,1	27,5	16,8	8,8	-	-	4,8
2008	18 bis 24	46,2	21,1	45,1	13,9	6,9	6,0	-	7,0
	25 bis 34	52,7	23,0	40,9	14,6	13,4	4,5	-	3,6
	35 bis 44	63,7	23,5	35,9	17,4	11,5	7,2	-	4,5
	45 bis 59	65,4	25,4	36,1	13,2	8,8	12,1	-	4,3
	60 und mehr	66,3	50,1	27,2	4,1	9,3	5,9	-	3,5
	insgesamt	62,1	33,1	34,0	11,1	10,1	7,6	-	4,1
2009	18 bis 24	42,6	20,4	25,6	27,6	10,5	10,5	-	5,5
	25 bis 34	49,1	23,7	21,4	25,2	19,2	5,8	-	4,6
	35 bis 44	60,2	23,9	19,1	27,9	17,4	7,4	-	4,2
	45 bis 59	61,3	24,4	21,2	24,6	13,9	13,2	-	2,7
	60 und mehr	64,3	47,4	20,6	7,7	16,0	5,9	-	2,4
	insgesamt	58,9	32,2	20,9	19,5	15,9	8,3	-	3,3
2013	18 bis 24	59,1	19,6	33,2	16,7	2,8	14,0	2,9	10,8
	25 bis 34	69,9	26,1	29,3	20,7	6,0	8,5	2,8	6,6
	35 bis 44	74,2	28,7	23,5	24,0	6,8	8,1	3,3	5,6
	45 bis 59	74,7	25,5	28,8	22,0	4,7	11,4	3,7	4,0
	60 und mehr	74,3	43,7	31,9	7,2	5,6	6,3	3,0	2,3
	60 bis 69	77,0	34,3	33,4	12,1	4,3	10,2	3,2	2,6
	70 und mehr	72,5	50,0	30,9	3,8	6,5	3,7	3,0	2,0
	insgesamt	72,4	31,3	29,1	17,4	5,5	8,9	3,2	4,7
2018	18 bis 24	50,8	13,9	14,8	33,0	9,5	13,2	5,0	10,6
	25 bis 34	57,3	13,3	15,0	29,7	9,3	13,2	8,0	11,5
	35 bis 44	65,1	19,0	18,4	31,6	7,9	10,3	7,2	5,6
	45 bis 59	72,2	22,4	16,5	28,3	5,7	8,6	13,3	5,2
	60 und mehr	71,4	32,3	23,1	16,5	6,6	7,9	10,8	2,8
	60 bis 69	74,2	23,3	20,8	22,1	6,2	12,1	11,6	3,9
	70 und mehr	69,4	39,9	25,1	11,8	6,9	4,3	10,2	1,9
	insgesamt	66,9	23,4	18,7	25,3	7,1	9,5	10,3	5,7
2023	18 bis 24	46,7	13,8	16,6	26,4	7,6	15,2	7,9	12,6
	25 bis 34	58,2	16,4	12,4	31,6	9,4	10,2	6,7	13,3
	35 bis 44	62,7	23,5	13,9	27,2	8,6	7,1	10,6	9,0
	45 bis 59	70,0	29,6	14,2	25,7	5,9	5,2	11,2	8,2
	60 und mehr	69,1	36,4	19,8	18,9	4,8	6,7	9,9	3,5
	60 bis 69	70,5	27,3	17,4	26,1	4,0	7,0	12,9	5,3
	70 und mehr	68,1	43,6	21,7	13,3	5,4	6,4	7,6	2,0
	insgesamt	63,7	27,6	15,9	24,7	6,7	7,5	9,7	7,9

Quelle: Eigenberechnung.

Tab.6 Wählerinnen und Wähler der Parteien bei den Bundestagswahlen

Alter ... Jahre	2002	2005	2009	2013	2017	2021
	in %					
CDU						
18 bis 24	3,9	3,7	3,8	4,1	4,6	1,8
25 bis 34	12,2	9,5	14,2	15,5	14,8	10,3
35 bis 44	14,3	15,5	17,5	17,5	15,6	10,4
45 bis 59	20,4	20,4	17,9	22,9	24,7	21,8
60 und mehr	49,2	51,0	46,7	40,0	40,3	55,6
60 bis 69	-	-	-	12,7	12,6	15,3
70 und mehr	-	-	-	27,3	27,7	40,3
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
SPD						
18 bis 24	7,9	8,7	6,8	7,0	8,5	2,1
25 bis 34	17,2	14,7	14,8	17,1	14,3	13,1
35 bis 44	20,9	21,2	18,0	16,5	14,0	13,0
45 bis 59	23,1	26,6	25,3	27,6	26,6	23,3
60 und mehr	30,9	28,8	35,2	31,8	36,7	48,5
60 bis 69	-	-	-	13,6	15,3	20,8
70 und mehr	-	-	-	18,2	21,4	27,7
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
GRÜNE						
18 bis 24	6,9	7,8	8,2	7,2	9,1	8,4
25 bis 34	21,9	17,1	21,3	21,5	21,3	28,5
35 bis 44	32,7	31,7	28,7	25,2	20,3	19,2
45 bis 59	25,7	29,0	29,9	32,9	32,1	24,6
60 und mehr	12,8	14,4	12,0	13,1	17,2	19,4
60 bis 69	-	-	-	9,0	10,7	10,9
70 und mehr	-	-	-	4,1	6,5	8,4
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
FDP						
18 bis 24	7,6	6,0	4,7	4,2	8,3	8,7
25 bis 34	26,4	19,0	23,1	21,7	21,0	23,0
35 bis 44	20,7	20,4	23,9	23,3	15,5	17,9
45 bis 59	22,1	20,6	18,9	23,3	24,4	23,3
60 und mehr	23,2	34,0	29,4	27,5	30,8	27,1
60 bis 69	-	-	-	8,4	12,2	11,0
70 und mehr	-	-	-	19,0	18,6	16,1
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigenberechnung.

noch Wählerinnen und Wähler der Parteien bei den Bundestagswahlen

Alter ... Jahre	2002	2005	2009	2013	2017	2021
	in %					
Sonstige						
18 bis 24	4,2	11,2	12,6	14,4	13,5	10,9
25 bis 34	12,7	14,8	22,6	26,2	26,0	25,7
35 bis 44	15,7	22,8	23,2	24,0	22,8	24,5
45 bis 59	21,7	23,7	25,6	21,9	25,5	20,5
60 und mehr	45,8	27,4	16,0	13,5	27,4	18,4
60 bis 69	-	-	-	6,6	7,0	11,8
70 und mehr	-	-	-	6,9	5,1	6,6
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigenberechnung.

Tab. 7 Wählerinnen und Wähler der Parteien bei den Landtagswahlen

Alter ... Jahre	2003	2008	2009	2013	2018	2023
	in %					
CDU						
18 bis 24	3,4	3,4	3,3	4,0	3,7	3,7
25 bis 34	10,3	9,5	10,3	14,5	7,9	9,6
35 bis 44	14,2	14,3	14,3	17,4	11,9	13,7
45 bis 59	22,1	19,7	19,6	22,4	30,2	29,3
60 und mehr	50,0	53,1	52,5	41,7	46,3	43,7
60 bis 69	-	-	-	13,2	15,3	14,4
70 und mehr	-	-	-	28,5	31,1	29,3
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
SPD						
18 bis 24	4,4	7,0	6,3	7,3	4,9	7,7
25 bis 34	10,4	16,4	14,4	17,5	11,1	12,6
35 bis 44	17,6	21,2	17,6	15,4	14,5	14,1
45 bis 59	25,7	27,3	26,4	27,1	27,9	24,3
60 und mehr	42,0	28,0	35,2	32,8	41,6	41,2
60 bis 69	-	-	-	13,8	17,1	16,0
70 und mehr	-	-	-	18,9	24,5	25,3
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigenberechnung.

noch Wählerinnen und Wähler der Parteien bei den Landtagswahlen

Alter ... Jahre	2003	2008	2009	2013	2018	2023
	in %					
GRÜNE						
18 bis 24	5,7	6,7	7,3	6,2	8,1	7,9
25 bis 34	19,7	18,0	18,2	20,6	16,3	20,6
35 bis 44	35,8	31,7	27,6	26,3	18,4	17,8
45 bis 59	28,3	30,7	32,7	34,6	35,3	28,4
60 und mehr	10,5	12,9	14,2	12,3	21,9	25,3
60 bis 69	-	-	-	8,4	13,4	15,4
70 und mehr	-	-	-	3,9	8,5	9,9
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
FDP						
18 bis 24	4,1	3,6	3,4	3,3	8,4	8,4
25 bis 34	18,3	18,2	16,9	19,2	18,3	22,7
35 bis 44	16,5	23,1	21,1	23,6	16,4	20,9
45 bis 59	22,9	22,6	22,6	23,3	25,6	24,3
60 und mehr	38,2	32,4	35,9	30,7	31,3	23,7
60 bis 69	-	-	-	9,4	13,5	8,7
70 und mehr	-	-	-	21,3	17,7	15,0
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Sonstige						
18 bis 24	7,3	10,0	8,6	14,7	11,7	11,8
25 bis 34	12,6	12,2	19,6	24,5	28,2	27,0
35 bis 44	24,1	23,3	24,7	22,8	14,6	18,4
45 bis 59	32,0	27,0	21,5	23,5	28,9	28,3
60 und mehr	24,0	27,4	25,7	14,4	16,7	14,4
60 bis 69	-	-	-	6,6	10,5	9,7
70 und mehr	-	-	-	7,8	6,2	4,7
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigenberechnung.

Maß- und Mengeneinheiten

%	Prozent
m ²	Quadratmeter
km ²	Quadratkilometer

Sonstige Abkürzungen

AfD	Alternative für Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Zeichenerklärungen

–	nicht angetreten/Vergleich nicht möglich/genau Null
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

Hinweise

Die Angaben beziehen sich auf den jeweiligen Gebietsstand, wenn nichts anderes vermerkt ist.
Bestandszahlen gelten für das Ende der jeweiligen Berichtszeit, falls nichts anderes angegeben ist.
Abweichungen durch Rundungen sind möglich.
In den Karten werden die Ergebnisse überwiegend in Quartilen dargestellt.

